



HESSISCHER LANDTAG

26. 02. 2013

130. Sitzung

Wiesbaden, den 26. Februar 2013

Amtliche Mitteilungen	9135	Frage 810	9140
<i>Entgegengenommen</i>	9136	Ulrich Caspar	9140
Präsident Norbert Kartmann	9135, 9149, 9182	Minister Jörg-Uwe Hahn	9140
1. Fragestunde		Frage 811	9140
– Drucks. 18/6955 –	9136	Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	9140
<i>Abgehalten</i>	9149	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	9140
Frage 805	9136	Frage 812	9141
Dirk Landau	9136	Daniel May	9141, 9141, 9141
Ministerin Lucia Puttrich	9136	Minister Dr. Thomas Schäfer	9141, 9141, 9141, 9142
Frage 806	9136	Mathias Wagner (Taunus)	9141
Alexander Bauer	9137	Frage 813	9142
Ministerin Lucia Puttrich	9137	Sabine Waschke	9142
Frage 807	9137	Minister Dr. Thomas Schäfer	9142
Daniel Mack	9137, 9138	Frage 814	9142
Minister Boris Rhein	9137, 9138, 9138, 9138	Peter Stephan	9142
Norbert Schmitt	9138	Ministerin Lucia Puttrich	9142, 9143
Jürgen Frömmrich	9138	Torsten Warnecke	9143
Frage 808	9139	Frage 815	9143
Manfred Pentz	9139	Klaus Dietz	9143
Minister Jörg-Uwe Hahn	9139	Ministerin Lucia Puttrich	9143
Frage 809	9139	Frage 816	9143
Marjana Schott	9139, 9140	Marius Weiß	9143, 9144
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz	9139, 9140	Minister Dr. Thomas Schäfer	9143, 9144, 9144, 9144
		Tarek Al-Wazir	9144
		Norbert Schmitt	9144

Frage 817	9144	58. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Energiewende voranbringen – sichere, umweltschonende, bezahlbare und akzeptierte Energieversorgung für Hessen gewährleisten – Drucks. 18/7045 –	9149
Marius Weiß	9144, 9145	<i>Angenommen</i>	9183
Ministerin Lucia Puttrich	9145, 9145	Ministerin Lucia Puttrich	9150
Frage 818	9145	Timon Gremmels	9156
Timon Gremmels	9145, 9145, 9146	René Rock	9160
Minister Jörg-Uwe Hahn	9145, 9145, 9146	Angela Dorn	9166
Frage 819	9146	Janine Wissler	9171
Torsten Warnecke	9146, 9146	Peter Stephan	9177, 9182
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz	9146, 9146	Frank-Peter Kaufmann	9181
Frage 820	9147	3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Aufgaben nach §§ 802k Abs. 1, 882h Abs. 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung und § 6 Abs. 1 Schuldnerverzeichnisverordnung zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder – Drucks. 18/7006 –	9183
Torsten Warnecke	9147, 9147, 9147	<i>Nach erster Lesung dem Rechts- und Integrationsausschuss überwiesen</i>	9183
Minister Stefan Grüttner	9147, 9147, 9147	Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit	9183
Frage 821	9147	7. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) – Drucks. 18/6977 zu Drucks. 18/6180 –	9184
Daniel May	9147	<i>In zweiter Lesung in geänderter Fassung angenommen: Gesetz beschlossen</i>	9189
Ministerin Eva Kühne-Hörmann	9147	Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP – Drucks. 18/7057 –	9184
Frage 822	9147	<i>Angenommen</i>	9188
Günter Rudolph	9147, 9148	13. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ökodumping bei Sonderabfällen verhindern – echte Lösungen für die Steuerung von Sonderabfällen – Drucks. 18/6744 –	9184
Minister Axel Wintermeyer	9148, 9148	<i>Abgelehnt</i>	9189
Frage 823	9148	Kurt Wiegel	9184
Ernst-Ewald Roth	9148	Dirk Landau	9184
Minister Stefan Grüttner	9148, 9149, 9149	Tobias Eckert	9185
Dr. Ulrich Wilken	9149	Angela Dorn	9186
Mürvet Öztürk	9149	Frank Sürmann	9187
<i>Anlage</i>	9191	Ministerin Lucia Puttrich	9188
<i>Die Fragen 824, 825, 830, 831 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 826 bis 829 sollen auf Wunsch der Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>			
2. Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz betreffend „Innovativ, zukunftsfähig, verlässlich und bezahlbar – Hessens fortschrittliche Energiepolitik“	9149		
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	9182		
39. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Strompreise senken und Zubau der erneuerbaren Energien voranbringen – Schwarz-Gelb torpediert Energiewende durch die Hintertür – Drucks. 18/7012 –	9149		
<i>Abgelehnt</i>	9183		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund
Michael Boddenberg
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
Sozialminister Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretär Horst Westerfeld
Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Peter Beuth
Nancy Faeser
Dieter Posch
Florian Rentsch
Andrea Ypsilanti

(Beginn: 14:04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 130. Plenarsitzung des Hessischen Landtags am heutigen Dienstag. Zunächst darf ich die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen. – Dem widerspricht keiner. Dann ist das so festgestellt.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Sie bitten, sich zu einem Nachruf zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute eines ehemaligen Kollegen zu gedenken, der verstorben ist. Am 15. Februar 2013 ist der ehemalige hessische SPD-Landtagsabgeordnete Manfred Mutz im Alter von 68 Jahren verstorben.

Manfred Mutz wurde am 18. Januar 1945 in Werdorf im Lahn-Dill-Kreis geboren. Nach dem Besuch der Mittelschule in Herborn machte er 1964 eine Lehre als Maschinenschlosser. Nach seiner Hochschulreife und dem Abitur am Hessenkolleg studierte er Mathematik und Physik in Gießen, wo er seit 1975 als Lehrer an einer beruflichen Schule tätig war.

Manfred Mutz war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er engagierte sich in dieser Partei und war Vorsitzender des Stadtverbandes Gießen der SPD. Manfred Mutz – das ist uns allen bekannt – war viele Jahre Oberbürgermeister der Stadt Gießen, von 1985 bis 2003, also 18 Jahre lang. Davor war er Mitglied des Hessischen Landtags, und zwar ab dem Dezember 1978 bis zum Tag seiner Wahl zum Oberbürgermeister am 13. Dezember 1985; da legte er sein Mandat nieder. Einige Kollegen haben noch gemeinsam mit ihm die Landtagsbänke gedrückt.

Unser aller Anteilnahme gilt seinen Angehörigen, denen wir kondolieren haben. Ich darf Sie um ein stilles Gedenken für den verstorbenen Kollegen bitten.

(Schweigeminute)

– Herzlichen Dank.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, nun zur Geschäftsmäßigkeit unserer Sitzung. Die Tagesordnung vom 19. Februar 2013 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 52 Punkten liegen Ihnen vor.

Sie können dem Nachtrag in den Tagesordnungspunkten 47 bis 51 entnehmen, dass wir fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde vorliegen haben. Das sind fünf Minuten je Fraktion pro Aktuelle Stunde. Am Donnerstag um 9 Uhr werden diese Punkte aufgerufen.

In der Geschäftsführerbesprechung heute Morgen wurden ein paar Änderungen besprochen und vereinbart, über die ich Sie nun in Kenntnis setze:

Tagesordnungspunkt 3 wird ohne Aussprache heute aufgerufen.

Da wir dadurch Zeit einsparen, haben die parlamentarischen Geschäftsführer vereinbart, Tagesordnungspunkt 7, verbunden mit Tagesordnungspunkt 13, heute nach Tagesordnungspunkt 3 aufzurufen.

Aus den verbundenen Tagesordnungspunkten 37, 40 und 41 wird Tagesordnungspunkt 41 herausgenommen und am Donnerstag nach Tagesordnungspunkt 50 aufgerufen und ohne Aussprache direkt abgestimmt. Die Tagesordnungspunkte 37 und 40 werden beide dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, und zwar nur dem Sozialpolitischen Ausschuss.

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben vereinbart, ihre Setzpunkte zu tauschen. Das heißt, Tagesordnungspunkt 42 wird am Mittwoch um 9 Uhr und Tagesordnungspunkt 44 am Donnerstag um 14 Uhr aufgerufen.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend LFA-Klage ist reines Wahlkampfmanöver und birgt hohes Risiko für Hessen, Drucks. 18/7035. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Keiner widerspricht, dann ist das so. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 53, und wir können ihn mit Tagesordnungspunkt 44 aufrufen. – Einverständnis liegt vor, damit verfahren wir so.

Weiter eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Wasser ist ein Menschenrecht – Privatisierung verhindern, Drucks. 18/7041. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 54, und wir können ihn mit Tagesordnungspunkt 34 aufrufen. – Dem wird nicht widersprochen, dann ist das so. Fünf Minuten je Fraktion ist hier die Redezeit.

Es ist eingegangen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Schließung der „Frankfurter Rundschau“, Drucks. 18/7042. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Keiner widerspricht, dann ist das so. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 55. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion

Ich rufe auf den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Entwurf zum Hessischen Kinderförderungsgesetz zurückzunehmen, Drucks. 18/7043. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Wenn keiner widerspricht, ist das so. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 56 und kann mit Tagesordnungspunkt 35 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Auch hier kein Widerspruch, dann wird so verfahren.

Es ist eingegangen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend verfassungsrechtliche Gleichbehandlung der Ehe mit gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften endlich umsetzen, Drucks. 18/7044. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Kein Widerspruch, dann ist das so. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 57, und wir können ihn nach Tagesordnungspunkt 48, der Aktuellen Stunde, aufrufen und ohne Aussprache direkt abstimmen. – Einverständnis vorhanden, somit können wir so verfahren.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Energiewende voranbringen – sichere, umweltschonende, bezahlbare und akzeptierte Energieversorgung für Hessen gewährleisten, Drucks. 18/7045. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Keiner widerspricht, dann ist das so. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 58, und wir können ihn mit Tagesordnungspunkt 2, der Regierungserklärung, behandeln und anschließend abstimmen.

Jetzt frage ich Sie: Widerspricht jemand der so festgestellten Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so beschlossen.

Wir tagen bis 19 Uhr. Wir beginnen mit der Fragestunde, danach mit der Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Wir haben Herrn Staatsminister Jörg-Uwe Hahn zu entschuldigen. Noch ist er hier; er geht dann zum Flieger. Herr Staatsminister Rentsch ist krankheitsbedingt nicht anwesend. Frau Staatsministerin Beer ist krankheitsbedingt nicht anwesend.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Die jungen Leut!)

Bei den Abgeordneten ist Herr Kollege Posch krankheitsbedingt abwesend.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wo war denn die FDP?)

– Bitte keine Kommentierungen, auch keine falschen. Auch Bakterien sind Liberale.

Nancy Faeser fehlt heute.

(Günter Rudolph (SPD): Auch krank!)

Kollegin Andrea Ypsilanti ist auch krank. Schön, dass noch ein paar da sind.

(Heiterkeit – Minister Axel Wintermeyer: Wir können uns gegenseitig anstecken!)

– Man weiß nie, wie die Inkubationszeit ist.

Damit können wir jetzt tagen. Ich darf Sie noch einmal darüber informieren, dass Vertreter der Wikimedia e. V. in diesen drei Tagen im Hause sind. Die Fotografen stehen während der Plenartage in den Räumen 120 M, 121 M und 122 M zur Verfügung. Sie kennen den Vorgang. Er ist Ihnen erläutert worden.

Wir haben in den Sichtfenstern ausgewählte Persönlichkeiten der hessischen Geschichte, die von den Schülerinnen und Schülern der Diltheyschule ausgewählt wurden. Es sind Anne Frank, Alexej von Jawlensky, Adam Opel, Arthur Schopenhauer, Jacob Grimm, Wilhelm Grimm und Clara Schumann. Das wollte ich zu Ihrer Information sagen.

Last, but not least gratuliere ich nach meinen geschäftlichen Anmerkungen Herrn Kollegen Ernst-Ewald Roth ganz herzlich zum Geburtstag, den er am 2. Februar gefeiert hat und an dem er 60 Jahre alt geworden ist. Lieber Herr Kollege, alles Gute und Gottes Segen für Ihre nächsten Lebensjahre.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, damit steigen wir in die Abfolge der Tagesordnung ein. Wir haben 14:14 Uhr.

Ich rufe zunächst **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde – Drucks. 18/6955 –

Wir beginnen mit **Frage 805** des Herrn Abg. Landau.

Dirk Landau (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Optimierung des Hochwasserschutzes mittels der Winterdeiche an Rhein und Main, die gemeinsam mit den benachbarten Bundesländern umgesetzt werden?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Landau, die Sanierung und Erhaltung der rund 120 km landeseigener Winterdeiche an Rhein und Main mit dem Schwerpunkt im Hessischen Ried ist neben der Förderung der kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen einer der Schwerpunkte, den die Landesregierung im Gesamtkonzept zum Hochwasserschutz in Hessen setzt. Dies wird in dem „Landesaktionsplan Hochwasserschutz Hessen“ aus dem Jahr 2007 auch entsprechend dargestellt.

Die Sanierung der Winterdeiche am Rhein erfolgt auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zur Regelung der Fragen des Hochwasserschutzes am Oberrhein vom 28. Februar 1991. Mit dieser Vereinbarung haben sich die Partner auf die verbindliche Lage der Deiche und deren maximale Höhe geeinigt.

Die Deiche schützen im Hessischen Ried ca. 240.000 Einwohner und etwa 30.000 ha Ländereien mit einem Schadenspotenzial in Höhe von rund 3 Milliarden € vor Hochwasser mit einer Wiederkehrwahrscheinlichkeit von 200 Jahren. Das seit 1975 laufende Sanierungsprogramm umfasst eine Deichlänge von rund 105 km. Davon befinden sich über 87 km am Rhein und 17,5 km am Main.

Die aktuell noch zu sanierenden Deichabschnitte von 8,7 km am Rhein und 0,9 km am Main werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel in der Reihenfolge der Dringlichkeit instand gesetzt. Zum weiteren Sachstand der Sanierungsarbeiten ist zu vermerken: Abgeschlossen ist die Sanierung der Deiche am Rhein auf einer Strecke von 69,1 km. Am Main sind es 16,6 km.

Die Sanierungsarbeiten sind am Rhein auf einer Strecke von 9,6 km in den Abschnitten Winterdeich Weschnitz rechts mit 7,3 km, Winterdeich Ginsheim II mit einem halben Kilometer und Winterdeich Ginsheim V mit 1,8 km im Gange. Am Main findet derzeit keine Sanierung der Winterdeiche statt.

Der Fortschritt der Deichsanierung hängt von den entsprechenden finanziellen Mitteln ab, die im Haushalt bereitgestellt werden. Es wird damit gerechnet, dass die Deichsanierung an Rhein und Main mit geschätzten Gesamtkosten in Höhe von rund 250 Millionen € bis zum Jahr 2016 andauern wird.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe nun **Frage 806** des Herrn Abg. Stephan auf.

(Wortmeldung des Abg. Alexander Bauer (CDU))

– In Vertretung stellt Herr Kollege Bauer die Frage.

Alexander Bauer (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Kommen bereits Entwicklungen oder Forschungsergebnisse aus dem „HIER!-Projekt“ in hessischen Unternehmen konkret zur praktischen Anwendung?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Bauer, das Leitprojekt „HIER!“ ist auf Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Reduzierung des Energieverbrauchs der Unternehmen gerichtet. Das Projekt orientiert sich an den praktischen Bedürfnissen der Industrie- und Gewerbebetriebe und zeichnet sich durch eine integrierende Betrachtung der Bereiche Energiebereitstellung, Infrastruktur und Produktionsprozesse aus. Es verbindet bereits bestehende Projekte und vorhandene Produkte mit neuen Aktivitäten.

Unternehmen sollen bei der Entwicklung der Produkte in der Minderung des Energieverbrauchs unterstützt werden. Ebenso sollen sie eine Steigerung der Energieproduktivität in den Produktionsprozessen erreichen.

Im Einzelnen geht es dabei um die Reduzierung des Strombedarfs bei den in der Industrie besonders relevanten Stromwendungen, z. B. durch druckluftarme Produktion, durch Kraft-Wärme-Kopplung, durch gerechte Produktion und durch Produktion in klimatisierten Räumen. Darüber hinaus beinhaltet es einen neuen Kommunikationsansatz und bezieht gleichzeitig die Komponenten Aus- und Weiterbildung sowie Innovation mit ein. Die Ergebnisse sollen hessischen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden und Eingang in die betriebliche Praxis finden.

Konkrete Umsetzungen aus dem „HIER!“-Projekt in Hessen gibt es z. B. bei Ferrero in Stadtallendorf. Da geht es um die Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeiter im Rahmen des Vier-Jahreszeiten-Projektes und der druckluftlosen Förderpumpen.

Eine weitere konkrete Umsetzung erfolgt bei der Eisengießerei Fritz Winter in Stadtallendorf zum Thema Energiemonitoringsystem. Eine weitere konkrete Umsetzung findet bei der Junghans Kunststoffwarenfabrik in Hessisch Lichtenau statt. Dabei geht es um den Ersatz pneumatischer Handlingsysteme in der Kunststoffindustrie.

Eine weitere Umsetzung findet bei der Maria Soell GmbH in Nidda statt. Dabei geht es um energieeffiziente Schichtlüftung in der Blasfolienfertigung. Ein weiteres konkretes Projekt gibt es bei Rack & Rüter in Kassel. Dabei geht es um energieeffiziente technische Gebäudeausrüstung in der Fleischverarbeitung.

Weitere umfangreiche Umsetzungen gibt es bei Volkswagen in Kassel. Dabei geht es um die Themen Substitution der Pneumatik bei Hubtüren, Eliminierung des 12-bar-Druckluftnetzes durch den Ersatz pneumatischer Schweißzangen, Standardisierung und Optimierung der Aufblasdüsen bei den Druckgussmaschinen in der Gießerei, energieeffiziente Absaugsysteme in der Gießerei, Energiemonitoring in der Demonstrationshalle der Think Blue Factory,

bei der Elektroantriebsfertigung und bei der Abwärmeverstromung an den Formhärtelinien mittels SRC/ORC.

Ein weiteres Projekt gibt es bei Wetekam in Melsungen. Dabei geht es um die Visualisierung und Optimierung der Druckluftversorgung.

Folgende hessische Unternehmen setzen bei der technischen Gebäudeausrüstung Technologien als Multiplikatoren um: Das sind die Imtech Deutschland GmbH & Co. KG aus Kassel, die etwas zum Thema energieeffiziente technische Gebäudeausrüstung und dezentrale Energieversorgung macht, und die Mohn GmbH aus der Nähe von Kassel, die etwas bei den Energiemonitoringsystemen und der Druckluftsubstitution macht.

Ein weiteres Unternehmen ist die Linak GmbH. Sie arbeitet hinsichtlich des Ersatzes der Druckluftkomponenten. – Das war es.

Präsident Norbert Kartmann:

Gibt es Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu der **Frage 807** des Herrn Kollegen Mack.

Daniel Mack (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Auf welchen Gesamtbetrag belaufen sich die vom Staatsminister des Innern und für Sport zugesagten zusätzlichen Mittel für die Fußball-Fanprojekte in Hessen in den Jahren 2013 und 2014?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abg. Mack, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Haushaltsjahr 2012 sind für die Fußball-Fanprojekte in Hessen aus Mitteln des Innenministeriums insgesamt 124.000 € veranschlagt worden. Dieser Betrag hat sich wie folgt aufgeteilt: 53.000 € für das Projekt in Frankfurt – dieses Projekt betraf bislang die Eintracht und den FSV; darauf komme ich gleich zurück –, 38.000 € für das entsprechende Projekt in Offenbach und 33.000 € für das Projekt in Darmstadt.

Im Rahmen der Strategie für mehr Sicherheit in den Fußballstadien habe ich die Zusage gegeben, dass die Fanprojekte aufgestockt werden, und zwar wie folgt:

In Kassel startet erstmals ein Fanprojekt, und dafür sind dem Verein jährlich 10.000 € zugesagt worden. Ich habe den Verein gefragt: „Was wird benötigt? Welche Summe ist angemessen, um entsprechende Strukturen schaffen zu können?“ Diese Summe hat der Verein genannt.

Das Gleiche gilt für Wiesbaden. Dort ist die Arbeit anders aufgebaut als ein normales Fanprojekt, auch anders als in Kassel. Hier wird die Fanarbeit erstmals mit einem Betrag in Höhe von ebenfalls 10.000 € unterstützt.

Jetzt komme ich zu dem, was ich eben gesagt habe. Die Fans des FSV Frankfurt bekommen erstmals – und in

Klammern füge ich hinzu: endlich – ein eigenes Fanprojekt mit einer Stelle. Wir teilen sozusagen die beiden Fanprojekte Eintracht und FSV, weil das nicht zusammen funktioniert. Der Träger ist die Sportjugend Frankfurt. Sie wird sich auch als Träger für den FSV bewerben. Es ist natürlich eine Überforderung, das mit einer Stelle zu machen. Deswegen bekommen die Fans des FSV Frankfurt jetzt erstmals ein eigenes Fanprojekt mit einer Stelle. Bei der Berechnung können Sie ungefähr 50.000 € bis 60.000 € zugrunde legen, wobei hier die Frage noch offen ist, ob sich die anderen Partner beteiligen, also der DFB und die Stadt.

Die bestehenden Fanprojekte in Offenbach und Darmstadt werden jeweils auf zwei Stellen aufgestockt. Auch das halte ich für einen wichtigen und richtigen Schritt.

Wenn Sie es mit den Zahlen, die ich eben genannt habe, umrechnen – etwa 50.000 € für eine Stelle –, dann kommen Sie auf einen ungefähren Gesamtbetrag von 120.000 €.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Minister, eben haben Sie über den Haushaltsplan 2012 gesprochen. Können Sie bitte ungefähre Zahlen für den Doppelhaushalt 2013/2014 benennen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Schmitt, da müssen Sie mich missverstanden haben. Ich habe die Zahlen für das Jahr 2012 genannt und die Zahlen für jetzt, für das Jahr 2013. Das habe ich Ihnen hier zusammengerechnet.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Mack.

Daniel Mack (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister Rhein, ich frage Sie nochmals: Wo haben die zusätzlichen Mittel für 2013 und 2014 in den Haushaltsberatungen eine Rolle gespielt?

(Günter Rudolph (SPD): Virtuell sind sie da!)

Vor allem: In welchem Einzelplan, in welchem Kapitel und unter welchem Produkt sind sie im Haushaltsplan zu finden?

(Günter Rudolph (SPD): Das ist unseriös!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Lieber Herr Mack, freuen Sie sich doch einfach, dass wir es so machen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Freuen Sie sich doch einfach, dass es in Sachen Fanprojekte jetzt endlich vorangeht. Reden Sie die Sache nicht klein oder kaputt.

Natürlich haben wir bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht explizit gewusst, dass wir mit den Vereinen in diese Verhandlungen hineinkommen und dass wir es so machen. Aber selbstverständlich wird am Ende das Geld zur Verfügung stehen. Das ist doch ausschlaggebend: dass am Ende das Geld bei den Fanprojekten ankommt und für die Fanarbeit verwendet wird.

Das werden natürlich Ausgabereste sein, Umschichtungen, das werden auch Gelder aus der Rücklage sein. Seien Sie versichert, dass Sie in einem Haushalt wie dem Einzelplan 03 durch entsprechende Umschichtungen durchaus noch das Geld hinbekommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

– Lieber Herr Schmitt, das ist nicht unglaublich. Gehen Sie doch einmal vor Ort. Gehen Sie doch einmal zu den Fanprojekten. Gehen Sie einmal zur Eintracht. Gehen Sie einmal zum FSV. Die finden das auch unglaublich – die freuen sich nämlich darüber.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt und Dr. Thomas Spies (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Frömmrich.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, in dieser Frage geht es nicht darum, ob man diese Projekte gut oder schlecht findet, sondern es geht darum, dass wir uns hier im Hessischen Landtag befinden. Der Hessische Landtag ist der Haushaltsgesetzgeber, und ich frage Sie, wo Sie diese Mittel, die Sie öffentlich angekündigt haben, in den Haushalten 2013 und 2014 etatisiert haben. Denn in der kursorischen Lesung für die Haushalte 2013 und 2014 haben diese Beträge keine Rolle gespielt. Ich frage Sie: Wo haben Sie diese Haushaltsmittel etatisiert?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ich habe Ihnen die Antwort ausführlich gegeben,

(Beifall des Abg. Holger Bellino (CDU) – Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

wie wir diese Summen zur Verfügung stellen und wie wir die Fanprojekte finanzieren werden, damit die Fanarbeit vor Ort einen großen Fortschritt macht. Deswegen: Lassen Sie uns einfach uns gemeinsam freuen. Haben Sie einmal

die Grandezza, zu sagen: Das ist genau richtig, wie man das macht. Reden Sie nicht alles klein und kaputt.

Ich glaube, man sollte den Leuten vor Ort das Protokoll zeigen: wie Sie hier über die Fanprojekte reden und wie Sie meinen, wie man diese Dinge voranbringen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Gegenruf des Ministers Boris Rhein)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, die Frage ist beendet. – Danke.

Ich rufe die **Frage 808** auf. Ab jetzt sind es neue Fragestellungen. Herr Kollege Pentz.

Manfred Pentz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Auswirkungen hat nach ihrer Einschätzung das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz zur Neuregelung des gesetzlichen Messwesens auf das hessische Eich- und Messwesen?

Präsident Norbert Kartmann:

In Vertretung des Wirtschaftsministers, Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Sehr geehrter Kollege Pentz, mit dem Systemwechsel von der Ersteichung reglementierter Messgeräte durch die Eichverwaltung der Länder zu von Herstellern und beauftragten Dritten durchzuführenden Konformitätsbewertungsverfahren, darüber hinaus mit der Streckung der Nacheichpflichten sowie der Einrichtung und Anerkennung privatrechtlich agierender Konformitätsbewertungsstellen geht die Verantwortung der metrologischen Übereinstimmung der in den Verkehr gebrachten und genutzten Geräte auf Private über.

Die Hessische Eichdirektion, HED, gewinnt dadurch freie Kapazitäten zur Intensivierung der allgemeinen Marktüberwachung, was nach EU-Recht zunehmend geboten ist und von Industrie und Verbänden erwartet wird, damit unter anderem keine nicht regelkonformen Messgeräte und Waren auf den Markt gelangen.

Die Gebühreneinnahmeverluste sind in der Umstellungsphase gering. Es wird erwartet, dass sich diese und später alle Ausfälle durch anderweitige entgelt- und gebührenpflichtige Pflichtaufgaben ausgleichen lassen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf daran erinnern: Der im Bundesrat zurzeit beratene Entwurf eines Gesetzes der Bundesregierung zur Neuregelung des gesetzlichen Messwesens, Bundesratsdrucksache 32/13, regelt das Eich- und Messwesen im Hinblick auf vorgreifliches EU-Recht – eine Richtlinie –, Deregulierung – das ist die Freistellung von Eichpflichten – und Privatisierung – das ist die Herstellerkonformität – sowie staatliche Markt- und Verwendungsüberwachung systematisch anders als bisher. Der Grundsatz, der nunmehr gelten soll, heißt: privat vor Staat.

Die hoheitliche Ersteichung wird gemäß dem Rahmen einer Mess- und Eichordnung, RVO, nach und nach aufgegeben, unter anderem abhängig von ausreichend arbeitsfähigen anerkannten Konformitätsbewertungsstellen und einem unionsrechtskonformen Schutzniveau.

Mit der Aufgabe der Ersteichung und den gestreckten Nacheichungsfristen entfallen Gebühreneinnahmen der HED, erwartet im Endstadium: brutto ca. 400.000 € pro Jahr, das sind 8 % der Gesamteinnahmen.

Die Marktüberwachung generiert keine laufenden Gebühreneinnahmen, sondern nur fallweise – bei geahndeten Verstößen. Kompensiert werden kann der Gebührenaussfall durch die von der HED – in der Anlaufzeit zur Unterstützung der Wirtschaft – als anerkannte Konformitätsbewertungsstelle durchzuführenden entgeltpflichtigen Anerkennungsverfahren, bis ausreichend viele unabhängige, anerkannte Privatstellen zur Verfügung stehen.

Derzeit lässt sich nicht einschätzen, ob das aus dem Wegfall der Ersteichung und der Abnahme gesetzlicher Nacheichung frei werdende Personal der Hessischen Eichdirektion für die Erfüllung der Marktüberwachungspflichten ausreichend ist. Anfangs werden zudem eigene Qualifizierungsmaßnahmen und Beratungsleistungen für kleine und mittlere Unternehmen im Umgang mit dem neuen Regelungssystem erforderlich sein. Am Ende des vollständig vollzogenen Systemwechsels wird derzeit zwar mit einer Unterdeckung der Aufwendungen im Mess- und Eichwesen gerechnet – ungefähr 50.000 € pro Jahr –, die aber durch Deckungsbeiträge aus anderweitigen Aufgaben nach dem Einheiten- und Zeitgesetz, dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz auszugleichen sein dürften.

(Heiterkeit und Zurufe)

Präsident Norbert Kartmann:

Bitte nicht zu viele Zusatzfragen. – Keine Zusatzfragen.

Wir kommen zu **Frage 809**. Frau Abg. Schott.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Ist im Rahmen der neuen Verordnung für die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auch ein neuer Rahmenlehrplan für die Erzieherinnen und Erzieher vorgesehen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Prof. Lorz für die Frau Ministerin.

Prof. Dr. Alexander Lorz, Staatssekretär im Kultusministerium:

Frau Abg. Schott, Lehrpläne werden nicht im Rahmen von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen geregelt. Die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung trifft dementsprechend auch keine Aussagen zu den Lehrplänen.

Es gibt allerdings bundesweite Entwicklungen. Ich nenne insbesondere den Orientierungsrahmen „Bildung und Erziehung in der Kindheit“, beschlossen von der Jugend- und Familienministerkonferenz am 14. Dezember 2010 und von der Kultusministerkonferenz am 16. September 2010,

das kompetenzorientierte Qualifikationsprofil für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern an Fachschulen und Fachakademien, beschlossen von der Kultusministerkonferenz am 1. Dezember 2011, sowie die bundesweite Entwicklung eines länderübergreifenden Rahmenlehrplanes, die auch eine Überarbeitung des hessischen Lehrplanes erforderlich machen. Diese wird erfolgen und dabei selbstverständlich vor allen Dingen die bundesweiten Entwicklungen berücksichtigen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Schott.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Heißt das im Klartext, die Verkürzung der Ausbildung wird sich nicht im Umfang der zu vermittelnden Inhalte widerspiegeln?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär.

Prof. Dr. Alexander Lorz, Staatssekretär im Kultusministerium:

Frau Abg. Schott, wie ich schon dargestellt habe, gibt es eine ganze Reihe von Vereinbarungen auf der Ebene der Kultusministerkonferenz, die mit der Jugend- und Familienministerkonferenz abgesprochen sind. Neben dem Qualifikationsprofil und dem Orientierungsrahmen könnte ich Ihnen noch die Rahmenvereinbarung über Fachschulen nennen, die von der Kultusministerkonferenz zuletzt am 2. März 2012 überarbeitet und beschlossen worden ist. Der hessische Lehrplan, den wir dazu erarbeiten, wird sich, wie in allen anderen Bundesländern, an diesen Beschlüssen orientieren.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe **Frage 810** auf. Herr Kollege Caspar.

Ulrich Caspar (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die Entscheidung des EU-Verkehrsministerrates, die Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Umrüstung älterer Güterwaggons auf neue, lärmindernde Techniken nun zu genehmigen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Sehr geehrter Herr Kollege Caspar, die vom Bund angebotene Fördersumme von insgesamt 152 Millionen € für den Zeitraum von 2013 bis 2020 ist an den sehr knapp kalkulierten Umrüstmehrkosten auf die sogenannte LL-Sohle

ausgerichtet. Diese potenziell kostengünstigere Technik ist noch nicht dauerhaft zugelassen. Ob und wann dies erfolgt, steht nach wie vor nicht fest. Auch ist fraglich, ob die bisher angenommenen geringeren Kosten der LL-Sohle auch nach der Zulassung von der Industrie in dieser Höhe gehalten werden können und ab wann ausreichende Produktionskapazitäten zur Verfügung stehen werden. Das vom Bund proklamierte Ziel der Umrüstung von rund 23.000 Wagen pro Jahr zwischen 2013 und 2020 wird unter diesen Bedingungen wohl kaum einzuhalten sein.

Der Bund legt seinen Berechnungen nur die Investitionskosten für die Umrüstung auf die LL-Sohle zugrunde. Die darüber hinaus erhöhten Betriebskosten der LL-Sohle im Vergleich zur Graugusssohle bleiben unberücksichtigt. Durch diese Betriebsmehrkosten wird der Wagenhalter aber zusätzlich belastet. Die Betriebsmehrkosten schlagen bei der LL-Sohle mit durchschnittlich 540 € pro Wagen und Jahr zu Buche.

Für die Wirksamkeit dieses Systems müssen die finanziellen Anreize erhöht und bis zur Zulassung der LL-Sohle auf die höheren Umrüstkosten der zugelassenen K-Sohlen ausgerichtet werden, wie es die Schweiz vormacht. Außerdem müssen nach Auffassung der Hessischen Landesregierung, dem Schweizer Vorbild entsprechend, ergänzend zu den finanziellen Anreizen zum Ende der Umrüstperiode betriebliche Einschränkungen für laute Wagen, insbesondere für den Einsatz in der Nacht, festgelegt werden.

Der Bundesrat hat umfassende Vorschläge für eine bessere Wirksamkeit beschlossen. Die Landesregierung erwartet, dass die Bundesregierung diese Vorschläge aufgreift.

Ich erbitte, dass Sie mich nicht befragen, was der technische Unterschied zwischen den beiden Sohlen ist.

(Heiterkeit)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich stelle fest, dass es keine Zusatzfragen gibt.

Wir kommen zu **Frage 811**. Herr Dr. Müller (Gelnhausen).

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie lautet die bisherige Bilanz des „Professorinnen-Programms“ aus hessischer Sicht?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgelegte Programm war sehr, sehr erfolgreich. In Hessen wurden im Rahmen des „Professorinnen-Programms“ 19 Professuren für Frauen gefördert.

Das Land Hessen hat insgesamt rund 3,8 Millionen € Fördermittel für folgende sieben hessische Hochschulen bewilligt: die Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt, die Universität Kassel, die Hochschule Fulda, die

Philipps-Universität Marburg, die Fachhochschule Frankfurt, die Justus-Liebig-Universität in Gießen und die Technische Hochschule Mittelhessen. Hessen stellt dabei Landesmittel zur Finanzierung zukunftsorientierter Gleichstellungskonzepte zur Verfügung. Wir würden das Programm gern weiterhin fördern.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 812, Herr Abg. May.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Ist ihr jetzt bekannt, ob und gegebenenfalls wann die European Business School mit der Realisierung des Baus in der Moritzstraße in Wiesbaden beginnen wird?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abg. May, Ihre Anfrage erweist sich als großes Erfolgsmodell, sodass Sie sie in jeder Sitzung wiederholen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es passiert ja nichts! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre schön, wenn auch die Antwort einmal ein Erfolg wäre! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

– Das stellt sich unterschiedlichen Bewertungskriterien, die möglicherweise differenziert zu betrachten sind.

Bereits in den letzten beiden Plenarsitzungen habe ich Ihnen den Sachstand dargestellt. Mit Schreiben vom 15. Januar ist die European Business School von unserem Hause gebeten worden, ihre Planungen zu konkretisieren. Eine Rückmeldung der EBS wird bis zum 28. Februar erfolgen. An diesem Tag endet die von meinem Haus gesetzte Frist.

In diesen Tagen finden erste Gespräche auf Fachebene statt, auch mit meinem Hause. Dabei zeichnet sich ab, dass die European Business School mit einem weiteren privaten Bildungsträger ein gemeinschaftliches Projekt auf dem Areal zu verwirklichen beabsichtigt. Welche Konstruktion die Durchführung dieser Maßnahme genau beinhalten wird, ist Gegenstand der Erörterung. Sie wird sicherlich auch Gegenstand der abschließenden Antwort der EBS an unser Haus sein.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege May.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, habe ich es richtig verstanden, dass auch Sie keine Kenntnis darüber haben, was die EBS derzeit an dem Standort plant: dass das Land also von der EBS nicht fortlaufend über die Entwicklung informiert wird?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Ich habe Ihnen eben vorgetragen, dass in diesen Tagen Gespräche stattfinden. Es hat eine erste Erörterung gegeben, in der die Eckpunkte einer möglichen Zusammenarbeit der beiden Träger auf diesem Gelände vorgestellt worden sind. Dies wird in den nächsten Tagen zu vertiefen sein und – ich wiederhole es – sicherlich auch Gegenstand der abschließenden Antwort der European Business School sein.

Präsident Norbert Kartmann:

Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege May.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vor dem Hintergrund einer Lösung, die nicht nur die EBS, sondern wohl auch einen anderen Träger betrifft, frage ich die Landesregierung, ob es bezüglich der vertraglichen Ausgestaltung und der Absicherung dieses Baus Neuverhandlungen – vielleicht zusammen mit dem zweiten Bildungsträger – geben wird.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, das wird von der konkreten Gestaltung abhängen, d. h. von dem, was uns die Vertreter der EBS dort vortragen werden. Die Zusammenarbeit mehrerer auf einem Gelände kann sich unterschiedlich darstellen. Sie kann in einer immobilienrechtlich unveränderten Situation erfolgen. Es kann aber auch immobilienrechtlich eine andere Gemeinschaftskonstruktion gewählt werden. In einem solchen Fall wären Anpassungen des Erbbaurechtsvertrags und dergleichen erforderlich. Genau das, was dort geplant wird, wird Gegenstand der abschließenden Erörterung sein.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Wagner.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Finanzminister Schäfer, habe ich Ihre Ausführungen richtig verstanden, dass die European Business School ihre ursprünglichen Pläne nicht weiterverfolgen, sondern durch eine neue Planung, bei der ein Partner vorgesehen ist, ersetzen wird?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Die European Business School hat uns mit Schreiben vom Dezember mitgeteilt, dass sie im Moment verschiedene Überlegungen anstellt. Bei einer der Überlegungen geht es um die unveränderte Fortführung des bisherigen Konzepts, gegebenenfalls unter Hinzuziehung eines privaten Partners auf dem Mietweg.

Die EBS hat uns auch mitgeteilt, dass es möglicherweise beabsichtigt ist, eine kleinere Lösung zu realisieren, was wiederum Änderungen der vertraglichen Grundlagen erforderlich machen würde. Genauso ist es möglich, dass auf dem Gelände eine gemeinschaftliche Aktivität unter der Bedingung einer immobilienrechtlichen Trennung konzipiert wird, was ebenfalls Anpassungen der Verträge zur Folge hätte.

Wie gesagt, wir erwarten, dass wir in den abschließenden Erörterungen erfahren, welche Vorstellungen die EBS hat. Dann werden wir zu prüfen haben, ob das mit den Vorstellungen, die das Land bezüglich der Entwicklung dieses Areals hat, in Übereinstimmung zu bringen ist. Anschließend wird über das weitere Verfahren zu sprechen sein.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe die **Frage 813** auf. Frau Abg. Waschke.

Sabine Waschke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzeitäquivalent sind bei den Hauptzollämtern – Kontrolle Schwarzarbeit – derzeit in Hessen beschäftigt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Frau Abgeordnete, die Hauptzollämter einschließlich der Zollämter als Dienststellen und die Zollfahndungsämter sind nach § 6 Abgabenordnung in Verbindung mit § 1 Finanzverwaltungsgesetz örtliche Behörden der Bundesfinanzbehörden. Sie unterstehen der Bundesfinanzdirektion als Mittelbehörde und somit dem Bundesfinanzministerium als oberster Behörde.

Aus nachvollziehbaren Gründen – Föderalismus – sehe ich mich als hessischer Finanzminister nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten. Wie Ihnen bereits informell mitgeteilt worden ist, haben wir Ihre Frage zur Erleichterung Ihrer Arbeit an das Bundesfinanzministerium weitergereicht. Sobald wir von dort eine Antwort erhalten, werden wir sie selbstverständlich weiterleiten.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Waschke, Sie haben keine Zusatzfrage mehr?

Dann kommen wir zur **Frage 814**. Herr Abg. Stephan.

Peter Stephan (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Was unternimmt sie für die Erforschung und Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnologie in Hessen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Stephan, das Land Hessen hat die Wasserstoff- und Brennstoffzelleninitiative – „H2BZ-Initiative“ genannt – als Plattform mit zuletzt 1 Million € pro Jahr gefördert. Im Jahr 2013 wird sich der Betrag um ca. 200.000 € auf 1,2 Millionen € erhöhen.

Die Initiative erfüllt folgende Aufgaben: Technologiemarketing, Projektakquisition, Technologieförderung, Funktion als zentrale Informationsstelle für die Landesregierung und die Wirtschaft – z. B. Brennstoffzellenforum und Kompetenzatlas –, Technologietransfer und Unternehmensberatung. Das von der Initiative veranstaltete Brennstoffzellenforum hat inzwischen bundesweite Bedeutung. Auch die regelmäßig von der H2BZ-Initiative durchgeführten Workshops werden bundesweit beachtet und sind sehr gut besucht. Die H2BZ-Initiative ist mit dem Forschungscampus Rüsselsheim eng vernetzt.

Als Mitglied in der Clean Energy Partnership – CEP – hat Hessen in seinem Fuhrpark zwei Brennstoffzellenfahrzeuge im Betrieb. Aufgrund dieser Mitgliedschaft konnte durch die Standortvorschläge – z. B. Kassel – eine entsprechende Positionierung bei dem Projekt zum Ausbau von Wasserstofftankstellen von Daimler und Linde erfolgen.

Da Hessen eine hervorragende Struktur für die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie besitzt, wird derzeit geprüft, ob ein Anwendungszentrum unter Zusammenführung der Entwicklungsaktivitäten in der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik einen Sinn ergibt. Die Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie zur Schaffung eines Anwendungszentrums Wasserstoff Hessen sollen im März dieses Jahres vorliegen. Auf der Basis der dann vorliegenden Erkenntnisse wird über die nächsten Schritte zu beraten sein.

Ich möchte noch auf ausgewählte Förderprojekte in der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie hinweisen: Zum Beispiel wurde ein stationäres Brennstoffzellenprojekt in einem Rechenzentrum Ende 2012 mit 54.000 € gefördert. Ein weiteres, gleich gelagertes Projekt befindet sich im Antragsverfahren.

Im Antragsverfahren befindet sich weiterhin die Demonstration und Erprobung eines Elektrolyseverfahrens zur Wasserstoffversorgung eines Brennstoffzellentestzentrums aus erneuerbarem Strom. In der Förderung befindet sich auch ein weiteres „Power to Gas“-Projekt mittels saurer Elektrolyse.

Schließlich soll im Rahmen der Energietechnologieoffensive, für deren Durchführung 4 Millionen € zur Verfügung gestellt werden, voraussichtlich auch ein Wasserstoffprojekt gefördert werden. Es soll sich mit der Beladung und Speicherung von Wasserstoff befassen.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Herr Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Kooperieren Sie auch mit der Firma Opel?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Wir kooperieren mit vielen. Über eine konkrete Kooperation mit der Firma Opel kann ich Ihnen im Moment nichts Detailliertes sagen. Das würde ich gern nachreichen.

Präsident Norbert Kartmann:

Das ist damit erledigt.

Ich rufe somit die **Frage 815** auf. Herr Abg. Dietz.

Klaus Dietz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welcher Anteil der Landesfläche steht unter besonderem Naturschutz, z. B. als Natura-2000-Gebiet, Nationalpark, Biosphärenreservat, Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Dietz, bitte erlauben Sie, dass ich Herrn Abg. Warnecke die Antwort auf die von ihm zuvor gestellte Frage gebe: Zu den großen Mitgliedern der H2BZ-Initiative gehört die Opel AG. Somit ist diese Frage gleich abgearbeitet.

Nun sind wir bei der Frage bezüglich der Naturparks. Folgende Anteile der Landesfläche stehen unter besonderem Naturschutz – Stand: November 2012; das sind gerundete Zahlen –: Natura-2000-Gebiete 21 %, Landschaftsschutzgebiete 10,3 %, Naturschutzgebiete 1,7 %, Biosphärenreservat 3,1 % und Nationalpark 0,3 %. Die Gebietsflächen der verschiedenen Schutzkategorien können in einigen Fällen identisch sein oder sich teilweise überschneiden. Nach Herausrechnen der Überschneidungen beträgt der Anteil der Natura-2000-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete und des Nationalparks an der Landesfläche rund 27,1 %. Der hessische Teil des Biosphärenreservats Rhön ist nicht durch eine das gesamte Gebiet umfassende Schutzgebietsverordnung im Landesrecht ausgewiesen. Er ist jedoch überwiegend als Natura-2000-Gebiet, Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet geschützt.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Keine Zusatzfragen.

Dann rufe ich die **Frage 816** des Abg. Weiß auf.

Marius Weiß (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Weshalb sind die Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich von 2007 bis 2012 um 1,5 Milliarden € gesunken, während im gleichen Zeitraum die Zahlungen von Baden-Württemberg um 0,4 Milliarden € und die von Bayern sogar um 1,6 Milliarden € gestiegen sind?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abg. Weiß, um eine Vergleichbarkeit herzustellen, ist es sinnvoll, auf die Pro-Kopf-Belastung abzustellen. Dabei erkennen Sie, dass Hessen noch immer extrem hoch durch den Länderfinanzausgleich belastet ist. Unser Land hat seit 1995 immer die höchste Pro-Kopf-Belastung durch den Länderfinanzausgleich gehabt, in einigen Jahren sogar eine höhere Belastung je Einwohner als Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

Zum ersten Mal seit 1995 ist im letzten Jahr die Pro-Kopf-Belastung in Hessen niedriger als in den beiden anderen Ländern. Schwankungen in der absoluten Höhe der LFA-Zahlungen hat es jedoch immer gegeben, z. B. in den Jahren 2000 bis 2005. Im letzten Jahr zahlten jeder Hesse und jede Hessin 217 € in den Länderfinanzausgleich. Die gesunkenen LFA-Leistungen Hessens spiegeln den Rückgang der originären Finanzkraft des Landes wider. Im Jahr 2007 lag die relative Finanzkraft vor Länderfinanzausgleich noch bei 124 %. Bis 2012 ist sie auf nunmehr 111 % gesunken.

Spiegelbildlich ist seit dem Jahr 2007 die relative Finanzkraft Bayerns stetig gewachsen und übertrifft im Jahr 2012 erstmalig die hessische Finanzkraft. Wenn Sie sich das anschauen, stellen Sie fest, dass die Finanzkraftanteile nunmehr sehr dicht beieinander sind. Bayern liegt bei 115 %, Baden-Württemberg bei 112 %, und wir liegen bei 111 %.

Baden-Württembergs Finanzkraft hat sich dagegen zunächst infolge der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 deutlich verschlechtert. Mittlerweile hat Baden-Württemberg aber wieder annähernd dieselbe relative Finanzkraft wie vor der Krise und liegt damit auch leicht vor Hessen.

Die Ursachen für diese für Hessen unbefriedigende originäre Steuerentwicklung sind vielfältig. Eine Hauptursache ist sicher in der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2009 zu sehen. Wegen des hohen Gewichts des Bankensektors und der Finanzdienstleistungen war Hessen von der Krise unmittelbar weit überproportional betroffen. Der folgende Aufschwung nach 2010 fand schwerpunktmäßig im exportorientierten verarbeitenden Gewerbe statt. Hier ist der hessische Anteil seit jeher unterproportional, insbesondere im Vergleich zu Bayern und Baden-Württemberg.

Hessen besitzt insgesamt noch immer eine deutlich höhere Pro-Kopf-Wirtschaftskraft als Bayern und Baden-Würt-

temberg. Insofern muss der Rückfall der Landessteuerkraft hinter diese Länder noch andere steuererhebungstechnische Ursachen haben. Zu nennen sind hier folgende Effekte. Der Verlust einer lohnsteuerlichen Betriebsstätte im Juli 2010 hat einen monatlichen Aufkommensverlust von brutto rund 75 Millionen € zur Folge gehabt. Das sind, auf das Jahr gerechnet, 850 Millionen € weniger Steuereingang. Da die Lohnsteuerzerlegung nur mit dreijähriger Verzögerung angepasst wird, hat der hessische Landeshaushalt in der Zwischenzeit hier einen Verlust nach LFA von 400 Millionen € jährlich zu verzeichnen.

Ein weiterer schwer zu verifizierender Erklärungsansatz könnte in einem überproportionalen Einbruch der gewinnabhängigen Gehaltsbestandteile am Bankenstandort in Frankfurt zu finden sein. Im Jahr 2012 wurde außerdem die hessische Steuerkraft insbesondere durch eine Sonderentwicklung bei der Körperschaftsteuerzerlegung – wir haben darüber ausführlich im Haushaltsausschuss gesprochen – wesentlich belastet.

Das als Versuch einer kurzen Erklärung dieses Sondereffekts. Aber es zeigt sich, dass die besonders steuerstarken Länder in Bezug auf ihre Finanzkraft sehr eng zusammengedrückt sind. Ob sich diese Entwicklung verstetigen wird oder ob es wieder zu einem Auseinandergehen der Steuerkraft auch auf der Ebene der Zahlerländer kommt, wird abzuwarten sein.

Präsident Norbert Kartmann:

Mir liegen drei weitere Fragen vor. Zunächst Herr Kollege Weiß, dann Herr Kollege Al-Wazir und dann Herr Kollege Schmitt. – Herr Weiß.

Marius Weiß (SPD):

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Finanzkraft Hessens in den letzten fünf Jahren – so haben Sie es gerade ausgeführt – im Gegensatz zu der Finanzkraft Baden-Württembergs und Bayerns gesunken ist. Meine Nachfrage: Kann ich aus der Tatsache, dass sich die Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich in den letzten fünf Jahren mehr als halbiert haben, schließen, dass für den mehr als unwahrscheinlichen Fall, dass diese Landesregierung im September wiedergewählt wird, Hessen nach weiteren fünf Jahren Nehmerland ist?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Holger Belino (CDU): Das wäre der Fall, wenn wir verlieren!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

In Ihrer Frage spiegeln sich zwei sehr unterschiedliche Eintrittswahrscheinlichkeiten wider. Welche, können Sie sich aussuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, hat es das schon jemals in der Geschichte des Landes Hessen gegeben, dass sowohl Bayern als auch Baden-Württemberg über eine höhere Finanzkraft verfügen als das Bundesland Hessen, und ist damit auch zu erklären, dass der Anteil der LFA-Zahlungen an den Gesamtausgaben des Landes so niedrig ist wie seit 17 Jahren nicht mehr?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Ich habe das nicht seit Beginn der Aufzeichnungen vollständig im Kopf. Aber seit Beginn des Länderfinanzausgleichs in der Struktur unter Einbeziehung der neuen Bundesländer, seit 1995, liegen erstmalig beide anderen Länder vor uns, wenn auch nur in sehr bescheidenem Umfang.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Ist es richtig, dass sich die Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich schon vor der Krise reduziert haben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sie wissen, dass die relative Finanzkraft immer deutlich geschwankt hat. Wir haben im Jahr 2007 eine extrem hohe relative Finanzkraft mit 124 % gehabt. Die war in den Jahren vorher signifikant niedriger. Wir hatten also einen sehr deutlichen Anstieg. Sie wissen auch, dass Hessen bereits im Jahr 2008 als einziges Bundesland zurückgehende Steuereinnahmen hatte, während alle anderen Bundesländer noch steigende Steuereinnahmen hatten. Das spiegelt den unmittelbaren Einschlag der Finanz- und Wirtschaftskrise mit dem ersten Einschlag in der Finanz- und Dienstleistungsbranche wider. Trotzdem hatte Hessen noch im Jahr 2008 eine relative Steuerkraft von 120 %.

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen zu **Frage 817**. Herr Abg. Weiß.

Marius Weiß (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Planungen verfolgt sie in Bezug auf die Landesdomäne Steinheimer Hof in Eltville/Walluf, für die der Vertrag mit dem jetzigen Pächter in diesem Jahr ausläuft?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Weiß, nachdem der bisherige Pächter der Domäne Steinheimer Hof eine Verlängerung des Pachtvertrags über den 30.06.2014 hinaus nicht wünscht, wurde im Oktober 2012 die Ausbietung der Domäne zur Neuverpachtung eingeleitet. Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren führt die mit der Verwaltung des domänenfiskalischen Grundvermögens beauftragte Hessische Landgesellschaft GmbH durch.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Weiß.

Marius Weiß (SPD):

Gerne noch als Zusatzfrage. Ich habe nach den Zielen der Landesregierung gefragt, also was sie mit der Domäne Steinheimer Hof vorhat. Davon war in Ihrer Antwort nichts zu erkennen. Liegt das daran, dass die Landesregierung dort keine Ziele hat?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Weiß, das liegt nicht daran, dass wir keine Vorstellungen haben, sondern vielleicht liegt die Antwort an Ihrer Fragestellung.

Ich darf darauf hinweisen, dass es eine Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von Frau Feldmayer und Herrn Klose, gibt, die im Moment in der Abstimmung ist und die entsprechend beantwortet wird. Ich darf Ihnen aber im Vorgriff zu den Zielen gerne eine Auskunft geben, wenn Sie mit Ihrer Frage nicht nur die zeitlichen Pläne gemeint haben, sondern auch, welche inhaltlichen Pläne wir mit der Neuverpachtung verfolgen.

Die Domänen werden an Bewerber verpachtet, die eine den Anforderungen entsprechende Qualifikation haben, nämlich Ausbildung und Berufspraxis in der Landwirtschaft, und die die zur Übernahme der Domänen erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen erfüllen.

Im Rahmen der Ausbietung werden die Interessenten aufgefordert, ein Betriebskonzept vorzulegen. Bei der Auswahl der Pachtinteressenten haben solche Bewerber bzw. Bewerberfamilien Vorrang, die in der Domänenverpachtung eine wirtschaftliche Existenz suchen. Darüber hinaus werden Domänen auch zur Unterstützung von Forschung, Lehre und Beratung sowie zur Erfüllung weiterer Sonderfunktionen verpachtet, z. B. als Ausbildungs- und Beschäftigungsbetrieb für die Bereiche Landwirtschaft sowie Garten- und Landwirtschaftsbau. Insofern können Sie sehen, dass es sehr konkrete Vorstellungen gibt, wenn wir Domänen ausschreiben.

Präsident Norbert Kartmann:

Damit haben wir die Frage abgehandelt.

Ich rufe **Frage 818** auf. Herr Abg. Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie den Entwurf des Landesentwicklungsplans in den Landtag einbringen?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Gute Frage!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Sehr verehrter Herr Kollege Gremmels, ich darf für den dafür zuständigen Kollegen Rentsch wie folgt antworten: Nach § 4 Abs. 5 HLPG ist vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung im kommenden Monat zunächst eine Entscheidung der Landesregierung über die Ergebnisse der Anhörung und Offenlage sowie die Feststellung des Planentwurfs zur Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 – Vorgaben zur Nutzung der Windenergie – durch Rechtsverordnung herbeizuführen. Vorbehaltlich der Entscheidung der Landesregierung ist die Rechtsverordnung anschließend dem Landtag zur Zustimmung zuzuleiten. Um es noch einmal zusammenzufassen: Voraussichtlich im kommenden Monat gibt es eine Entscheidung der Landesregierung.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Ist Ihnen bewusst, dass die drei hessischen Regionalversammlungen im Vorgriff auf den Entwurf die Regionalpläne schon mit dem Inhalt des im Entwurf stehenden Landesentwicklungsplans eingereicht haben, und wie bewerten Sie das?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Es gibt verschiedene Ebenen der Entscheidungsfindung. Die Frage, die Sie an die Landesregierung gestellt haben, ist – jedenfalls zunächst – in der fachlichen, juristischen und damit auch der formalen Verantwortung der Landesregierung. Ich habe auf die verschiedenen Ebenen hingewiesen, die zunächst zu beachten sind.

Die Offenlegung muss ausgewertet und zusammengefasst werden. Es muss ein Entwurf einer Idee eines Planes vorgelegt werden. Das ist bis zum Ende nächsten Monats beabsichtigt. Darüber hinaus muss es eine Feststellung der

Landesregierung geben. Dann muss sich der Landtag im Rahmen seiner Rechte mit dem Landesentwicklungsplan auseinandersetzen. Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist – und das sollte in diesem Hause unstrittig sein, weswegen man sich nicht jeden Tag mit diesem Thema zu beschäftigen braucht –, dass sich die Entscheidungen, die die drei regionalen Einrichtungen selbst fällen, letztlich an der Obervorgabe des Landesplanungsrechtes orientieren müssen. Das können wir erst feststellen, wenn die entsprechende Entscheidung hier letztverbindlich gefallen ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Gremmels, eine zweite Zusatzfrage.

Timon Gremmels (SPD):

Ich frage die Landesregierung noch einmal: Das ist ja genau das Problem, es gibt noch keinen Landesentwicklungsplan, aber die drei Regionalversammlungen haben schon ihre Regionalpläne in der Offenlage. Sehen Sie darin ein Problem?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Ein Problem wäre es dann, wenn die regionalen Verbände meinten, damit endgültig Recht setzen zu können. Alle Beteiligten wissen, dass sie das nicht können, sondern dass es davor eine entsprechende Entscheidung der Landesregierung und dann des Landtags geben muss.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 819, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich darf die Landesregierung fragen:

Warum sind in dem Erlass des HKM vom 17. Dezember 2012 ... die Landkreise künftig bei der Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung in „Schulen mit den Bildungsgängen Haupt- und Realschule“ sowie in „Schulen mit dem Bildungsgang im Förderschwerpunkt Lernen“ als Partner nicht mehr vorgesehen?

Präsident Norbert Kartmann:

Prinzipiell die Fragen bitte trotzdem wegen des Protokolls vollständig vorlesen. – Herr Staatssekretär Dr. Lorz.

Prof. Dr. Alexander Lorz, Staatssekretär im Kultusministerium:

Herr Abg. Warnecke, der angesprochene Erlass zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung in Schulen mit den Bildungsgängen Haupt- und Realschule sowie in Schulen mit dem Bildungsgang im Förderschwerpunkt

Lernen vom 17. Dezember 2012 manifestiert die notwendigen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen bei der Planung von praxisbezogenen Konzepten zur Berufs- und Studienorientierung. Hierzu werden die für die Schulen und die Bildungsverwaltung notwendigen personellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen beschrieben.

Der Erlass setzt damit die im Rahmen des Hessischen Paktes für Ausbildung entwickelte Strategie OloV um, d. h. die Aufgaben und Zuständigkeiten des schulischen Sektors hinsichtlich der Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule/Beruf. Der Erlass schließt weder die Mitwirkung der Landkreise noch die der Kommunen hinsichtlich der Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung aus. Er trifft auch keine Regelungen hinsichtlich der Zusammenarbeit der Partner der regionalen OloV-Netzwerke.

Im Übrigen sind die Landkreise durch ihre vielfältigen gesetzlichen Aufgaben und nicht zuletzt als Schulträger in jedem Falle auch fester Ansprechpartner der Schulen bzw. der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern. Eines besonderen Hinweises auf die Mitwirkung der Gebietskörperschaften bedarf es in diesem Erlass daher nicht.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr Staatssekretär, ich darf Sie fragen: Erkennen Sie nicht zumindest einen Mangel darin, dass auf der einen Seite die Berufsberatungen der Agenturen für Arbeit genannt sind, aber beispielsweise die Optionskommunen nicht genannt sind?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Dr. Lorz.

Prof. Dr. Alexander Lorz, Staatssekretär im Kultusministerium:

Herr Abg. Warnecke, wie schon gesagt, ist im Erlass in erster Linie zu regeln, welche Qualitätsstandards OloV vonseiten des schulischen Bereichs erfüllen muss. Wir haben bewusst unter V 2.2, Zusammenarbeit mit Kammern, Verbänden und sonstigen Institutionen, die offene Formulierung gewählt:

Die Angebote der Kammern, Verbände und sonstigen Institutionen zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie Informationen für Jugendliche und deren Eltern können den Prozess der schulischen Arbeit wirksam unterstützen.

Das ist eine bewusst offene Formulierung, die selbstverständlich auch Platz für die Gebietskörperschaften und andere mögliche Partner lässt.

Im Übrigen darf ich Sie auf unsere Broschüre über die OloV-Qualitätsstandards hinweisen, die ich Ihnen auch gerne direkt zur Verfügung stelle, wenn Sie möchten. Auch darin finden sich die Gebietskörperschaften ausdrücklich wieder.

(Zuruf)

Präsident Norbert Kartmann:

Er hat sie schon.

Ich rufe die **Frage 820** auf. Herr Kollege Warnecke, bitte.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Ist es zutreffend, dass die Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Sozialministeriums (VwKostO-HSM) sich im Verwaltungskostenverzeichnis unter Nr. 341 auf das Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG) bezieht, das seit dem 30. November 2011 außer Kraft gesetzt worden ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Ich gebe nur den Hinweis: Lassen Sie die Abkürzungen künftig weg, dann geht es viel einfacher.

(Torsten Warnecke (SPD): Das geht also?)

– Das geht.

Herr Staatsminister Grüttner, bitte.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter: ja.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Wie gedenken Sie, dem Mangel abzuhelfen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter: ja.

(Zurufe: Wie? – Torsten Warnecke (SPD): Ich hatte gefragt, wie Sie gedenken, dem Mangel abzuhelfen!)

– Herr Abgeordneter, ich habe das „wie“ akustisch nicht verstanden. Insofern habe ich nur auf die Frage geantwortet, ob die Landesregierung dem Mangel abzuhelfen gedenkt.

Wir sind momentan wieder in einem sehr aufwendigen Anhörungsverfahren zur Änderung der Verwaltungskostenordnung. In diesem Zuge wird das auch entsprechend revidiert.

Ich will an dieser Stelle sagen: Es ist uns zur Verabschiedung der Verwaltungskostenordnung schon aufgefallen, dass sich dies geändert hat und Gebühren trotzdem erhoben werden konnten. Das Problem bei dieser Verwaltungskostenordnung ist, dass wir monatelange Anhörungsverfahren haben und es an dieser Stelle häufig so ist, dass, wenn sich bundesgesetzliche Regelungen geändert haben, dann auch noch eine Fortgeltung besteht. Wir sind zurzeit

im Änderungsverfahren, und dabei wird auch das Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG) entsprechende Berücksichtigung finden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, heißt das also, dass es für die Praxis der Gebührenerhebung im Moment keine negativen Auswirkungen mit Blick auf die Einnahmen hat?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, es gibt eine Diskussion zwischen dem Fachreferat des Hessischen Sozialministeriums und der ausführenden Behörde des Regierungspräsidiums, die an dieser Stelle zum jetzigen Zeitpunkt sagt: Nachdem das ein Jahr fortgeolten hat, werden wir keine Gebühren erheben. – Deswegen sind wir in der Änderung. Es geht um maximal 5.000 € p. a. Das ist die maximale Größenordnung, um die es geht. Wir haben an dieser Stelle eine andere Auffassung, weil kein neuer Gebührentatbestand normiert worden ist, weil sich durch das Geräte- und Produktsicherheitsgesetz nur die Ziffern geändert haben.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 821, Herr Abg. May.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Hat sie die letzte Förderrate zum Aufbau der Law School der European Business School bzw. den Zuschuss für den laufenden Betrieb der EBS für das Jahr 2012 ausgezahlt?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter: nein.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 822, Herr Abg. Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann gibt sie bekannt, welche Kommune den Hessentag im Jahre 2015 durchführen soll?

Präsident Norbert Kartmann:

(Beifall des Abg. Holger Bellino (CDU))

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident! Herr Abg. Rudolph, die Hessische Landesregierung wird nach Abschluss der Gespräche mit den Interessenten so bald wie möglich die ausrichtende Kommune für den Hessentag 2015 bekannt geben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2016 dann?)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Gibt es Bewerbungen, und können Sie die Zeitschiene eingrenzen? Denn normalerweise ist der Vorlauf aus den letzten Jahren immer einige Jahre gewesen. Nach meiner Erinnerung gab es das noch nie, dass die Kommune zwei Jahre zuvor nicht feststand.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abg. Rudolph, wir befinden uns derzeit in intensiven Gesprächen mit möglichen Hessentagsstädten. Ein wesentlicher Bestandteil der Gespräche ist die Weiterentwicklung des Hessentags unter dem Anspruch, Kosten zu reduzieren. Die Einführung der Schuldenbremse und des Kommunalen Schutzschirms bedeutet natürlich auch Veränderungen für den Hessentag. Wir hatten im Hessischen Landtag bereits über diese Frage diskutiert.

Die Hessische Landesregierung ist auch gewillt, keine Schutzschirmkommune von der Ausrichtung des Hessentags auszuschließen. Es wird an einer Struktur gearbeitet, die es auch Schutzschirmkommunen erlaubt, den Hessentag auszurichten. Der Hessischen Landesregierung ist es sehr wichtig, dass der Hessentag auch über 2014 hinaus auf sicheren Beinen steht und ein Finanzierungskonzept die solide Grundlage für künftige Hessentagsstädte bildet.

Den zweiten Teil Ihrer Frage möchte ich Ihnen dahingehend beantworten, dass wir nach Abschluss der Gespräche auf jeden Fall zügig eine Entscheidung treffen wollen. Es muss auch die Stadtverordnetenversammlung noch zugestimmt haben. Nach meinem persönlichen Willen ist es so, dass wir das noch vor Ausrichtung des Hessentages in Kassel verkünden können.

(Günter Rudolph (SPD): Vor 2015?)

– Um die Frage zu beantworten, die Herr Rudolph gerade gestellt hat: Der Hessentag in Kassel findet in diesem Jahr, im Juni 2013, statt.

(Günter Rudolph (SPD): Das war jetzt ein Scherz!)

Wir hoffen, dass wir es bis dahin hinkriegen.

Präsident Norbert Kartmann:

Wir behandeln noch die **Frage 823** des Abg. Roth. Bitte schön, Herr Roth.

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Aus welchen Gründen hat sie bei Asylbewerbern in der Erstaufnahmestelle in Gießen und in der Außenstelle am Frankfurter Flughafen eigenständig Abzüge am Taschengeld vorgenommen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, von August 2012 bis Januar 2013 belief sich der durchschnittliche Aufenthalt eines Flüchtlings in einer hessischen Erstaufnahmeeinrichtung auf rund 30 Tage. Das ist der Zeitraum, um den es an dieser Stelle geht. Insofern erstreckt sich die Frage des Taschengeldes nur auf diesen kurzen Zeitraum.

Die bisherige Position des Sozialministers, in einer Übergangszeit, d. h. bis zu einer vollständigen Neuregelung des Asylbewerberleistungsrechts durch den Bundesgesetzgeber, in der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung weiterhin Sachleistungen vorzuhalten, ist nachvollziehbar und mit gutem Menschenverstand eigentlich nicht zu kritisieren. Denn wir haben es mit Flüchtlingen zu tun, die völlig mittel- und orientierungslos einreisen. Sie sollen und müssen Lebensbedingungen vorfinden, die sie dazu befähigen, sich zu erholen und sich auf ihr Asylverfahren angemessen vorzubereiten. Dazu ist es notwendig, dass Sachleistungen gewährt werden. Man muss wissen, was solche Sachleistungen sind. Sachleistungen sind z. B. Zahnpasta, Zahnbürste, Toilettenpapier, Seife. Es ist auch klar, dass an dieser Stelle keine Doppelleistungen vorgenommen werden dürfen.

Die Diskussion und auf der Grundlage dieser Diskussion inzwischen eingegangene Widersprüche haben allerdings dazu geführt, dass ab sofort möglichst keine Sachleistungen mehr gewährt werden, dafür der volle Taschengeldbetrag. Darunter muss man sich allerdings auch vorstellen, dass dann die Seife, die Zahnbürste, die Zahnpasta gekauft werden müssen. Auch der Verkehr, der bisher als Sachleistung für notwendige Krankentransporte in der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen gewährt worden ist, der kostenfrei für die Asylbewerber gewesen ist, kann in Zukunft nicht mehr gewährt werden. Weil er eine Sachleistung ist, muss er von dem Taschengeld bezahlt werden. Betreuungs-, Kultur- und Freizeitangebote, die vorgehalten worden sind, sind Sachleistungen und haben zu einem Abzug vom Taschengeld geführt. Sie werden in Zukunft auch nicht mehr angeboten werden können, ohne dass sie vom Taschengeld bezahlt werden.

Das Gleiche gilt beispielsweise auch für Leistungen wie die Vorhaltung eines Waschalons, von Waschmaschinen, Waschmittel und anderem. Das waren Sachleistungen. Damit keine Doppelleistungen vorgenommen werden, muss

in Zukunft das Taschengeld in Anspruch genommen werden, um entsprechende Bedarfe durch selbstständige Einkäufe zu decken.

Das ist das soziokulturelle Existenzminimum. Das ist das, was mit dem Taschengeld bezahlt wird. Diese Diskussion und die Art und Weise, wie sie geführt wird, sind aus meiner Sicht nicht im Interesse der Menschen. Allerdings sehe ich, dass es gewisse Kräfte gibt, die wollen, dass hier volles Taschengeld gezahlt wird. Dann machen wir das, aber Doppelleistungen sind nicht hinnehmbar.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Wilken.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Staatsminister, ich wundere mich, warum Sie in der Beantwortung Ihrer Frage den Zeitraum von 30 Tagen so betont haben. Muss ich das so verstehen, dass Sie die nach höchstrichterlichem Beschluss notwendige Taschengeldauszahlung von der Aufenthaltsdauer abhängig machen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Natürlich wird das nicht von der Aufenthaltsdauer abhängig gemacht. Man muss aber letztlich sehen, dass es in der Erstaufnahmeeinrichtung am Flughafen – Hessen hat mit dem Flughafen die größte Schengen-Außengrenze – Situationen gibt, in denen es überhaupt keine Einreise von Flüchtlingen gibt, sondern dass sie sofort zurückgeschickt werden. An dieser Stelle muss tagesgenau, und zwar innerhalb von ein bis zwei Tagen, das Taschengeld auf die Anwesenheitstage heruntergerechnet werden.

Ich habe, um die Dimension an dieser Stelle zu verdeutlichen, gesagt, wie lange die durchschnittliche Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung ist. Denn in dem Moment, wenn die Flüchtlinge den Kommunen zur Unterbringung zugewiesen worden sind, ist die Sachlage sowieso eine vollkommen andere. Deswegen machen diese 30 Tage einen Sinn, um die Dimension zu sehen.

Ich sage an dieser Stelle noch einmal: Es werden grundsätzlich keine Doppelleistungen gewährt. Wir haben bisher im Sinne eines menschenwürdigen Aufnehmens von Flüchtlingen Sachleistungen gewährt, die dringend für den täglichen Bedarf notwendig sind.

Diese Diskussion führt dazu, dass sie Geldleistungen bekommen, aber keine Sachleistungen mehr, übrigens wie in allen anderen Bundesländern auch. Wir haben auf der Grundlage dieser Diskussion eine Abfrage gestartet. Sie hat in verschiedenen Ländern zu der gleichen Reaktion geführt, dass Ähnliches vorgenommen worden ist wie in Hessen. Das wird dazu führen, dass es nirgendwo mehr Sachleistungen gibt, sondern nur noch die Geldleistungen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Roth. – Das hat sich erledigt? Dann kommt Frau Kollegin Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, ich frage Sie, auf welcher rechtlichen Grundlage Sie die Sachleistungen gewährt und das Taschengeld entsprechend gekürzt haben.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Die bisherige rechtliche Grundlage war bis zur Übergangsregelung, die das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat, gegeben. Wir haben sie fortgeführt und entsprechend den Sachleistungsanteil im Hinblick auf die Deckung des Lebensbedarfes hochgerechnet. An dieser Stelle haben wir die Abzüge vorgenommen, ob das für den Busverkehr ist, für Freizeit, Kultur, Waschen und anderes.

Ich glaube, dass man an dieser Stelle sehr deutlich überlegen muss, was im Interesse der Menschen geleistet werden muss. Das war unsere Maxime, an der wir uns orientiert haben. Wir werden jetzt Geld ausbezahlen und Sachleistungen einstellen.

Präsident Norbert Kartmann:

Dann beende ich die Fragestunde für den heutigen Tag.

(Die Fragen 824, 825, 830, 831 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 826 bis 829 sollen auf Wunsch der Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich darf zunächst einmal darauf hinweisen, dass ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Länder-einnahmen verbessern, Länderfinanzausgleich bis 2020 gemeinsam reformieren, Drucks. 18/7046, eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt worden ist.

Wird die Dringlichkeit bejaht? – Niemand widerspricht. Dann ist das der Fall, und der Dringliche Antrag wird Tagesordnungspunkt 59. Wir rufen ihn zusammen mit den Punkten 44 und 53 auf. – Auch kein Widerspruch, dann verfahren wir so.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz betreffend „Innovativ, zukunftsfähig, verlässlich und bezahlbar – Hessens fortschrittliche Energiepolitik“

Wir rufen dazu den **Tagesordnungspunkt 39:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Strompreise senken und Zubau der erneuerbaren Energien voranbringen – Schwarz-Gelb torpediert Energiewende durch die Hintertür – Drucks. 18/7012 –

und den **Tagesordnungspunkt 58** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Energiewende voranbringen – sichere, umweltschonende, bezahlbare und akzeptierte Energieversorgung für Hessen gewährleisten – Drucks. 18/7045 –

Wir haben 30 Minuten Redezeit pro Fraktion vereinbart – analog dazu das „Limit“ für die Regierung. Es ist noch mitzuteilen, dass wir bei der Reihenfolge der Stellungnahmen nach der Regierungserklärung in der Reihenfolge SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und CDU-Fraktion arbeiten. Damit ist alles Formale mitgeteilt. – Ich erteile das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung Frau Ministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in einer anspruchsvollen und auch sehr spannenden Zeit, in der wir uns in Deutschland und in Hessen mitten im Komplettumbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien befinden. Es geht schon lange nicht mehr um die Frage des Ob, sondern um die Frage des Wie.

Dieses Projekt des Komplettumbaus der Energieversorgung ist ein Generationenprojekt, das man mit Fug und Recht als eine der größten Herausforderungen unseres Landes seit der Wiedervereinigung bezeichnen darf.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieses Projekt ist eines, das in dieser Form weltweit einzigartig ist. Es ist sehr anspruchsvoll, und es ist sehr vielschichtig. Das ist auch der Grund, warum dieses Projekt eines ist, das auf der einen Seite große Faszination ausübt, auf der anderen Seite aber auch durchaus Skepsis bei dem einen oder anderen mit sich bringt, ob diese Aufgabe erfolgreich zu bewältigen ist.

Der Komplettumbau – wie ich ihn eben beschrieben habe – ist mehr, als dass wir uns bei dem Erzeugen von Energie umstellen. Wir haben uns vorgenommen, dass wir bis zum Jahr 2050 in Hessen möglichst 100 % erneuerbare Energien am Endenergieverbrauch ohne Verkehr einsetzen wollen. Wir wissen, dass das Ziel für Deutschland bis 2050 80 % sind. Es geht aber nicht nur um den Bereich der Erzeugung, sondern um wesentlich mehr.

Der Komplettumbau beschäftigt sich mit den unterschiedlichsten Bereichen. Es beinhaltet, dass wir neue Technologien anwenden werden, dass wir Energie effizienter nutzen und einsparen müssen, die Netzstruktur anpassen, dass wir die Einspeisung und den Verbrauch intelligent steuern und auch neue Speichermöglichkeiten erforschen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, deshalb ist die Aufgabe anspruchsvoll und vielschichtig, wie ich sie eben gerade beschrieben habe, aber nicht nur das. Wir haben auch den Anspruch, dass wir eine erfolgreiche Energiewende so machen, dass sie bezahlbar und versorgungssicher ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zur Energiewende gehören nicht nur die technischen Fragen. Es gehört auch dazu, dass wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen anpassen müssen, dass wir wissen, dass wir uns mittel- und langfristig mit einem neuen Marktdesign auseinandersetzen müssen. Und dafür setzt sich die Hessische Landesregierung auch mit Vehemenz ein.

Ich will gleich vorweg sagen: Diejenigen, die die Energiewende daran messen, dass sie einzelne Windräder zählen, bezeichne ich schlicht und einfach als energiepolitische Dinosaurier, die in der Vergangenheit leben, aber nicht Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir beschäftigen uns mit der Zukunft. Wir beschäftigen uns damit, dass wir eine Energieversorgung haben wollen, die innovativ, zukunftsfähig, verlässlich und bezahlbar ist. Wir werden mit dem, was wir in Hessen tun und auf den Weg bringen, die führende Marktposition hessischer Unternehmen, die wir schon in großen Bereichen haben, in der Umwelt- und Energietechnologie ausbauen. Wir machen diese Energiewende zur Chance für die Wirtschaft, für Kommunen und für die Bürgerinnen und Bürger.

Dieses Generationenprojekt, das wir uns vorgenommen haben, bedeutet, dass wir damit unseren Wohlstand dauerhaft sichern können, wenn wir es erfolgreich gestalten, und dass wir damit den uns nachfolgenden Generationen die gleichen guten Chancen bieten, wie wir sie haben. Ich möchte an der Stelle ein chinesisches Sprichwort bemühen, das sinngemäß heißt: Wir bauen jetzt die Straße, welche die nächste Generation befahren wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte gleich dazu sagen: Die Energiewende in Hessen wird zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg keine Gegensätze sind. Diese Energiewende in Deutschland wird zeigen, dass wir als Landesregierung sowohl die Verantwortung für nachfolgende Generationen wahrnehmen als auch ein besonderes Augenmerk in großer Verantwortung auf die Bewahrung der Schöpfung richten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben die Aktivitäten in Hessen bestärkt, indem der Hessische Energiegipfel von Ministerpräsident Volker Bouffier einberufen wurde. Mit diesem Energiegipfel haben wir eines geschaffen: Wir haben gezeigt, dass wir für das Gelingen der Energiewende eines brauchen, nämlich den gesamtgesellschaftlichen Konsens. – Ich finde es auch sehr erfreulich, dass die Arbeitsgruppen des Energiegipfels weiterhin konstruktiv mitarbeiten und die Landesregierung entsprechend begleiten. Es ist das Angenehme bei der Arbeit dieser entsprechenden Arbeitsgruppen: Die Sitzungen finden intern statt; sie finden nicht öffentlich statt. Ich darf das an dieser Stelle als sehr konstruktiv bezeichnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nicht nur die Arbeitsgruppen, sondern auch die Treffen des Energiegipfels selbst zeigen, wie wichtig das Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik, Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern bei dem Gelingen dieser großen Aufgabe ist. Die Teilnehmer des Energiegipfels haben gemeinsam formuliert, welche Rolle Hessen bei der Energiewende spielen kann und soll. Es ist gelungen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam vereinbart haben, wo der Weg hinführen kann.

Wenn wir den Blick zurück in den November 2011 richten und die damaligen Vereinbarungen betrachten, dann kann ich sagen: Ja, wir sehen uns heute nach wie vor in dem bestätigt, was damals vereinbart wurde. Es war vollkommen richtig, dass damals ein Zielkorridor vereinbart wurde. Es war vollkommen richtig, dass wir uns darauf verständigt haben, die Ziele technologieoffen und technologiefreundlich umzusetzen.

Und es war vollkommen richtig, dass wir keine einzelnen festen Ausbauquoten formuliert haben, die wiederum auf bestimmte Jahre festgesetzt wären, weil wir wissen, dass es kontraproduktiv ist, wenn einzelne Länder feste Quoten in festen Jahren ohne Rücksicht auf die Aktivitäten von ande-

ren Ländern vereinbaren. Das sehen wir im Moment bei der bundesweiten öffentlichen Diskussion. Wir sehen, dass unabgestimmte Ausbauziele der Bundesländer die Energiewende gefährden und sie nicht fördern.

Deshalb ist auch der Ruf, der an der einen oder anderen Stelle kommt – vielleicht auch heute wieder –, nach einem hessischen Masterplan meines Erachtens vollkommen verfehlt. Hessen ist keine energiepolitische Insel. Die Energiewende wird nur erfolgreich sein, wenn wir die föderalen Egoismen zugunsten des Gesamterfolgs in den Hintergrund stellen

(Beifall bei der CDU und der FDP)

und wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dass diese Energiewende in Deutschland erfolgreich ist. Hessen hat eine besondere Stellung innerhalb der Bundesländer. Hessen ist erfolgreich und wirtschaftsstark. Ich sage klar: Wir wollen erfolgreich und wirtschaftsstark bleiben. – Deshalb sind die Aktivitäten, die wir durchführen, selbstverständlich immer gemeinsam mit dem Bund und auch innerhalb der Aktivitäten Europas abgestimmt. Hessen ist keine Insel. Energiepolitik geht über die Grenzen eines Bundeslandes hinaus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch der andere Grundsatz gilt: Nicht die Schnelligkeit des Ausbaus der Energieerzeugung entscheidet über den Erfolg der Energiewende.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wird langsam immer lauter!)

Die Gründlichkeit ist entscheidend. Ich sage klar: Mit dieser Landesregierung bekommen Sie keinen Pfusch am Bau.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Pfusch ohne Bau!)

Hessen ist eines der wirtschaftsstärksten und energieintensivsten Bundesländer. Wir stehen aufgrund der hohen Wirtschaftskraft unseres Landes schon in einer besonderen Verantwortung für eine stabile und bezahlbare Energiepolitik.

Hessen hat immerhin die höchste Wirtschaftskraft, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, unter den Flächenländern. Wir liegen noch vor Bayern und Baden-Württemberg. Hessen hat nach Luxemburg und Dänemark, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, im europäischen Vergleich die höchste Wirtschaftskraft. Ich sage ganz klar: Das soll so bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Für Hessen ist eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ein entscheidender Standortfaktor. Wir können es uns weder leisten, dass Unternehmen abwandern, noch wollen wir, dass Einzelne überfordert werden. In dieser Verantwortung bringt sich Hessen auf der Bundesebene bei entsprechenden gesetzlichen Regelungen ein, insbesondere bei den aktuellen Diskussionen um die Strompreispbremse und die grundlegende Reformierung des EEG.

Ein überarbeitetes EEG muss sicherstellen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorangeht. Das ist unbestritten. Es stellt sich überhaupt nicht die Frage, ob erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden. Es stellt sich

aber schon die Frage: Zu welchem Preis? Wer verdient wie viel daran? Und wer muss es bezahlen?

Was die rot-grünen Eltern des EEG im Jahr 2000 nicht bedacht haben, ist, dass die damals auf viele Jahre festgeschriebenen Vergütungen heute den Strompreis für den Verbraucher nach oben treiben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau so ist es! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Puttrich!)

Sie waren darauf fixiert, die erneuerbaren Energien marktfähig zu machen, und haben nicht bedacht, was jahrzehntelange Vergütungsgarantien – ohne Rücksicht auf technologische Entwicklungen – bewirken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb: als Markteinführungsinstrument richtig, als jahrzehntelanges Instrument dringend reformierungsbedürftig.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die rot-grünen Eltern haben es richtig gemacht!)

Deshalb ist es gut, dass Umweltminister Altmaier Vorschläge gemacht hat, in welchen Bereichen man kurzfristig etwas ändern kann, und auch die Diskussion um das EEG mittelfristig auf den Weg gebracht hat.

Wenn wir uns heute die EEG-Umlage anschauen, müssen wir die Realität ansehen: Von rund 16 Milliarden € EEG-Umlage im Jahr entfallen rund 14,5 Milliarden € auf Bestandsanlagen. Das bedeutet, dass der Spielraum für eine Kostenbremse, wie sie nun von mehreren Seiten angedacht ist, relativ gering ist, wenn man nicht in den Bestand eingreifen will, wenn man nicht getätigte Einspeise Garantien zurücknehmen will.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unglaublich!)

Die Vergütung bei Bestandsanlagen zu kürzen – das möchte ich sehr deutlich sagen –, ist nicht nur schwierig, sondern ich glaube auch, dass sich der Staat angreifbar macht, wenn er getätigte Versprechen nicht einhält.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Staat muss halten, was er versprochen hat. Er braucht das Vertrauen der Investoren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das zerstören Sie doch gerade!)

Die Investoren – das sind Unternehmen, das sind Privatpersonen, das sind Genossenschaften, und das sind Kommunen. Auch wenn wir heute wissen, dass zu viel versprochen wurde, sind wir der Meinung, dass das, was versprochen wurde, dennoch eingehalten werden muss.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sehr richtig!)

Wir werden in den nächsten Wochen sehr schwierige Diskussionen haben, insbesondere auch bezüglich der Rücknahme von Entlastungen für stromintensive Betriebe. Ich bin schon gespannt auf die Diskussionen, die im Moment teilweise öffentlich stattfinden, noch öffentlicher werden, bezüglich der Meinungsunterschiede von Rot-Grün. Große Teile der SPD lehnen die Änderungen bezüglich der Rücknahme der Entlastungen ab, weil sie wissen, wie wichtig die Entlastungen für stromintensive Unternehmen sind, wenn sie im internationalen Wettbewerb stehen. Teile der

GRÜNEN fordern die Rücknahme mit populistischen falschen Beispielen. Es wird immer wieder behauptet, dass z. B. Rechenzentren und Golfplätze entlastet würden. Egal, wie häufig Herr Trittin das sagt – es ist falsch. Er soll uns einen einzigen Golfplatz zeigen, der entsprechend entlastet wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was ich aber auch ganz klar für diese Landesregierung sage: Ja, und dennoch müssen wir die Entlastungen der energieintensiven Unternehmen auf den Prüfstand stellen. Wir müssen schauen, was sinnvoll und was weniger sinnvoll ist. Unter Umständen muss an der einen oder anderen Stelle auch etwas modifiziert werden. Aber eines ist vollkommen klar, eines dürfen wir uns nicht leisten: Wir dürfen uns nicht leisten, dass wir energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, aus unserem Land treiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt auch für Windkraftinvestoren, die an weniger windhöffigen Standorten als an der Küste investieren wollen. Die in diesem Bereich geplante Kürzung der EEG-Vergütung tragen wir nicht mit, weil sie allein zulasten dieser Projekte geht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Wir brauchen Windkraft in der Nähe von Abnahmezentren. Das spart Netzkosten. Das nimmt auch das auf, was der Energiegipfel vereinbart hat. Wir haben gesagt: so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig. Insofern ist die logische Konsequenz, dass wir diese Position bei der Windkraft gegenüber dem Bund vertreten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte noch einen anderen Punkt anmerken. Wir sehen auch die Abschaffung des Güllebonus sehr kritisch. Ich bin der Meinung, dass der Güllebonus in dieser Form nicht abgeschafft werden darf, aus dem einfachen Grund heraus, dass wir nach den jetzigen Schätzungen wissen, dass ungefähr ein Drittel der betroffenen Anlagen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden könnte und es aus Umweltgesichtspunkten schon Sinn macht, dass man dort Reststoffe verwendet und auch einen entsprechenden Anreiz schafft.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt möchte ich aber nicht nur sagen, was wir nicht tun, sondern ich möchte auch sagen, welche Vorstellungen wir haben. Denn es gibt genug, die alle Vorschläge, die Bundesminister Altmaier gemacht hat, ablehnen, wobei Bundesminister Altmaier bewusst eine Vielzahl von Vorschlägen nannte und zur Diskussion aufrief.

Ich will an der Stelle sagen, wie wir uns vorstellen können, was geändert werden könnte. Gerade bei der Windkraft halte ich ein verändertes Referenzmodell für sinnvoll, um Investoren an weniger windhöffigen Standorten als an der Küste Sicherheit bieten zu können. Damit könnten 2014 schätzungsweise 40 Millionen € eingespart werden.

Ein weiterer Vorschlag. Wenn wir nicht in den Bestand hineingehen, müssen wir andere Vorschläge machen; und Bestandsschutz ist Vertrauensschutz. Eine weitere Entlas-

tung der Stromverbraucher kann die Befreiung von der Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage sein. Das bedeutet, dass sich Bund und Länder gemeinsam vereinbaren müssten, hier ein Zeichen zu setzen. Immerhin wäre es möglich, hier rund 1,4 Milliarden € im Jahr einsparen.

Darüber hinaus wird sich Hessen bei der Diskussion um die Senkung der EEG-Umlage dafür einsetzen, dass die Managementprämie abgesenkt wird. Auch hier ließen sich rund 120 Millionen € einsparen.

Ich habe Ihnen jetzt nur drei Beispiele genannt, mit denen wir uns konstruktiv auf Länderebene einbringen, um zu zeigen, wo der Weg entlanggehen kann.

Ich will aber auch eines ganz deutlich machen. Wir führen im Moment eine Diskussion um Strompreise. Strom allein ist aber nicht die Energiewende, Strom ist ein kleiner Bereich. Aber die öffentliche Diskussion um die Strompreise ist ein Gradmesser für die Akzeptanz der Energiewende. Wenn die Menschen den Eindruck haben, dass bestimmte Kosten nicht in irgendeiner Form absehbar seien und eine Spirale nach oben ginge, dann wird die Akzeptanz sinken. Insofern ist der Strompreis natürlich ein Lackmustest für die Akzeptanz der Menschen für eine Energiewende, auch wenn wir wissen, dass der Anteil des Stroms ein relativ geringer ist, rund 17 % am Endenergieverbrauch gegenüber rund 40 % Wärme. Das heißt, der größere Bereich ist die Wärme.

Deshalb will ich an der Stelle auch noch einmal deutlich machen und in die Diskussion einbringen: Wir diskutieren über das, was wir im Bereich des Strompreises kurzfristig entlasten können. Wir müssen die Diskussion aber schon noch ein Stück dahin führen, dass wir sagen: Es kann schon jeder selbst etwas dafür tun, dass seine eigene Stromrechnung ein Stück niedriger wird. Das, was durch eine kurzfristige Änderung der EEG-Umlage kommen würde, ist geringer als das, was jemand durch sein persönliches Verhalten ändern kann.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die einfachen Dinge. Das sind Standby-Schaltungen, das sind Beleuchtungen, das sind entsprechende Geräte im Haushalt. Es ist auch der Wechsel des Stromanbieters. Insofern spielt in der aktuellen Diskussion, wenn es um Strompreise geht, nicht nur das Thema Kosten eine Rolle, sondern auch das, worauf die Landesregierung schon von Anfang an gesetzt hat: fördern und beraten. Menschen, die gut informiert sind, können sich selbst helfen und können auch selbst an der Strompreisspirale ein Stück nach unten drehen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich die Energiewende anspreche, dann muss einem schon klar sein, dass es eine vielschichtige Aufgabe ist. Ich möchte es so beschreiben: Sie ist nicht eindimensional, sondern sie ist mehrdimensional. Ich möchte sie in drei Bereiche aufteilen. Ein Bereich ist der Ausbau der Erzeugungskapazitäten, der zweite ist die Steigerung der Effizienz und der Einsparungen, und der dritte ist die Anpassung des Versorgungssystems.

Lassen Sie mich auf die einzelnen Bereiche eingehen:

Die Grundlagen für den Ausbau der Erzeugungskapazitäten in Hessen sind geschaffen. Wir haben alle Potenziale für die Energieträger erfasst.

Der Landesentwicklungsplan befindet sich in der Aufstellung. Er stellt die Grundlage für die Regionalplanung dar, damit Flächen für die Windkraftnutzung bereitgestellt werden können, die mehrere Ansprüche erfüllen müssen. Es muss bei der Bevölkerung die entsprechende Akzeptanz für diese Flächen vorhanden sein. Es müssen wirtschaftliche und effektive Standorte gewählt werden. Es müssen Standorte gewählt werden, die für die Natur am verträglichsten sind.

Das darf ich an der Stelle auch sagen: In Hessen hat sich der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Stromverbrauch in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. Rechnerisch werden 1,2 Millionen Haushalte mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Hessen stehen heute rund 80.000 Fotovoltaikanlagen mit einer installierten Leistung von 1.427 MW. Ich will das vergleichen. Das entspricht ungefähr der Leistung eines großen fossilen Kraftwerks. Wir haben heute immerhin doppelt so viele Anlagen wie im Jahr 2009 stehen.

Wir haben aktuell 710 Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von 790 MW. Im Jahr 2009 waren es 592 Anlagen mit einer Leistung von 534 MW. Es gibt in unserem Bundesland 168 Biogasanlagen mit 7,3 MW elektrischer Leistung.

Ich habe Ihnen genannt, was wir an Nutzung erneuerbarer Energien haben. Ich will Ihren Blick bewusst auch auf die technologischen Entwicklungen lenken. Wenn Sie sich die Veränderung der Leistungsfähigkeit der Windkraftanlagen ansehen, werden Sie wissen, dass sich deren Leistung in den letzten zehn Jahren verzehnfacht hat. Ich glaube deshalb nicht, dass wir uns Sorgen bezüglich des Ausbaus der Nutzung der erneuerbaren Energien machen müssen, wenn wir diese technologischen Möglichkeiten nutzen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Na ja, Rheinland-Pfalz ist dreimal so gut wie wir!)

Wir brauchen den Ausbau der Kapazitäten der Energieerzeugung. Wir brauchen ihn so schnell wie möglich, und wir brauchen so viel wie nötig. Bis wir den Strom- und Wärmebedarf aus der Nutzung erneuerbaren Energiequellen decken können, werden wir noch viele Jahre fossile Kraftwerke brauchen. Das wissen wir. Wir brauchen flexible Gaskraftwerke.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Thema noch einmal besonders ansprechen. Dabei geht es um die Frage der Investitionsbereitschaft in die Gaskraftwerke. Im Moment haben wir die Situation, dass die Emissionszertifikate sehr billig und damit zu billig sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Bravo, so ist das! – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen mit seinen vielen Kohlekraftwerken setzt auf einen anderen Weg. Im Moment wird in der Europäischen Union die Diskussion um die Verknappung der Emissionszertifikate geführt. Das könnte ein gangbarer Weg sein, um mittelfristig Investitionen anzukurbeln. Damit könnte die Netzstabilität entsprechend gewährleistet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch Folgendes erwähnen. Ja, wir brauchen den Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien. Ich sage aber auch klar: Wir brauchen ihn nicht um jeden Preis. Es kann nicht sein, dass wir Strom erzeugen, ihn subventionieren, um ihn dann zu verschenken. Es ist nur sinnvoll, ihn zu erzeugen, wenn man ihn auch verbrauchen kann, damit er bezahlbar bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich die zweite Ebene bezüglich der Energieerzeugung ansprechen. Dabei geht es um die Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung.

Ja, wir brauchen mehr Effizienz. Der Erfolg der Energieerzeugung wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingen wird, weniger Energie zu verbrauchen. Die Einsparpotenziale beim Stromverbrauch der privaten Haushalte sind enorm. Wir wissen, dass allein schon mit der Umstellung der Gewohnheiten und mit relativ geringen Investitionen 100 € pro Jahr eingespart werden können.

Die Einsparpotenziale bei der Wärme sind wesentlich größer. Sie sind erheblich. Wir wissen, dass wir bei den Bestandsgebäuden Möglichkeiten haben, viel zu tun. Das kostet dann aber auch richtig viel Geld. Das heißt, die Investitionen sind dort erheblich. Wir wissen, dass wir bei den Bestandsgebäuden durchschnittlich rund 50 % Energie einsparen können. Hier besteht entsprechender Handlungsbedarf.

Die technologische Entwicklung hinsichtlich der Energieeffizienz gibt uns auf alle Fälle recht. Hinsichtlich der Einsparungen bei industriellen Prozessen, bei mittelständischen Betrieben und bei privaten Gebäuden geht die Entwicklung der Materialien und der Techniken in riesigen Schritten voran. Um das zu sehen, muss man nur mit offenen Augen durch das Land laufen. Egal, ob es sich um ein Einfamilienhaus, ein Mehrfamilienhaus, den Kindergarten oder das Bürohaus handelt, wir benötigen viel Energie, um schlicht und einfach warm über die neunmonatige Heizperiode in unseren Breitengraden hinwegzukommen.

Auch dazu will ich ein paar Zahlen nennen. Wir haben in Hessen rund 1,3 Millionen Wohngebäude und rund 200.000 Zweckbauten. Sie müssen beheizt werden. Das macht rund 40 % des jährlichen Energieverbrauchs aus.

Grund dafür ist, dass geheizt und dass Warmwasser zubereitet werden muss. Oft ist kein ausreichender Wärmeschutz vorhanden, und zwar schlicht und einfach deshalb, weil in der Zeit, in der die Bestandsgebäude gebaut wurden, davon weniger die Rede war. Wir wissen, dass rund 80 % der Heizungen nicht auf dem aktuellen Stand sind.

Auch hier geht es wieder um Informieren und Beraten. Hier geht es darum, dass die Häuser nach guten Standards renoviert und saniert werden. Es geht darum, dass wir neue Häuser auf dem höchsten Standard bauen. Aber wenn wir uns nur den Neubauten widmen würden, dann – das wissen wir – würden wir nur 1 % des Gebäudebestands erreichen. Deswegen liegt unser Hauptaugenmerk auf dem Energieverbrauch der Altbauten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wer sein Haus eh sanieren muss und es dabei zum Energieparhaus umbaut, weiß, wenn er die Gelegenheit nutzt

und die entsprechenden Maßnahmen durchführt, dass sich die Mehrkosten in einem Rahmen bewegen, dass das auch wirtschaftlich ist. Er kann sein Gebäude damit im Wert verbessern. Der Wert seines Hauses steigt, und, wie gesagt, die Bausubstanz wird dabei verbessert.

Ich habe eben die Energieeinsparung und die Energieeffizienz gerade bei den Gebäuden angesprochen. Da haben wir einen großen Handlungsbedarf, der zu erfüllen ist. Es gilt auch hier: Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, muss nicht erzeugt werden. – Insofern könnte man zu der ganzen Diskussion auch sagen: Eigentlich ist unsere wichtigste Energiequelle die Energieeinsparung und das effiziente Nutzen der Energie.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Seitenhieb machen, den ich Ihnen schlichtweg nicht ersparen kann. Das gilt Rot-Grün. Wir wissen, wie wichtig die energetische Sanierung der Bestandsgebäude ist. Wir wissen, dass die Menschen bereit sind, da etwas zu tun. Deshalb halte ich es schon für ein Stück weit unerträglich, dass den Menschen die Anreize nicht gegeben werden, die sie haben könnten, um zu sanieren, indem sie steuerlich abschreiben könnten. Hier blockiert Rot-Grün schlicht und einfach seit Dezember letzten Jahres.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Da gibt es einen deutlichen Unterschied dieser Landesregierung zu der Opposition. Diese Landesregierung will die Menschen mitnehmen. Diese Landesregierung will die Menschen bei dem, was sie tun, fördern. Sie wollen das mit Zwang tun.

Ich habe es eben bereits gesagt: Zum Thema Energieeinsparung muss es vielfältige Informationen geben. Es muss informiert, beraten und gefördert werden.

Ich möchte auf ein paar Dinge hinweisen, von denen ich glaube, dass wir damit wirklich großen Erfolg hatten. Wir haben ein Beratungsangebot für Energieeffizienz im Mittelstand für 100.000 Betriebe angekurbelt. Das geschah gemeinsam mit mehreren Partnern.

Wir haben ein sehr erfolgreiches Förderprogramm auf den Weg gebracht, in dem wir innerhalb kürzester Zeit effektiv gefördert haben. Dabei haben Menschen die Umwälzpumpe ihrer Heizung ausgetauscht. Erst sollten es 10.000 sein. Dann wurden es 20.000. Wir haben damit erreicht, dass sich die Menschen mit der Thematik intensiv beschäftigt haben. Wenn sie sehen, dass man dort etwas tun kann, dann tun sie auch mehr. Wir haben mit einem geringen Einsatz sehr viel erreicht.

Zum Schluss wurde das von den Energieversorgungsunternehmen übernommen. Das freut mich in besonderem Maße. Das heißt, wir haben es begonnen, und andere haben es übernommen. Das muss die Rolle des Staates sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte nur am Rande darauf hinweisen: Ich habe vorhin von dem hohen Energieeinsparpotenzial gesprochen. Selbstverständlich legen wir unsere Aktivitäten und unser besonderes Augenmerk auf das, was die Menschen da ein Stück weit schlauer macht. Deswegen haben wir die „Hessische Energiespar-Aktion“. Deshalb bieten wir den Energiepass an. Deshalb gehen wir auf Messen, in die Region hinein und zu den Menschen hin. Wir arbeiten intensiv mit dem hessischen Handwerk zusammen. In diese „Hessische Energiespar-Aktion“ sind allein in den Jahren

2012/2013 905.000 € geflossen. Das ist ein sinnvolles und ein gutes Projekt.

Vorhin bei den mündlichen Fragen ging es auch um das „HIER!-Projekt“. Ja, wir steuern 1,2 Millionen € dazu bei, dass Unternehmen bei der effizienteren Gestaltung der Produktionsprozesse unterstützt werden. Sie senken damit den Verbrauch in ihren Unternehmen.

Die Landesregierung unterstützt darüber hinaus nicht nur die Unternehmen, sondern sie unterstützt auch die Kommunen. Wir haben im Kommunalen Finanzausgleich rund 40 Millionen € zur Verfügung gestellt, damit die Kommunen ihre Gebäude, die nicht dem Wohnen dienen, energetisch sanieren können.

Wir unterstützen nicht nur die Kommunen, sondern wir gehen auch mit gutem Beispiel voran. Die Landesregierung hat einen „Energieeffizienzplan 2030“ aufgestellt, der sich mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Minderung der CO₂-Emissionen auseinandersetzt. Seit dem Jahr 2010 wurden 18 Neubauprojekte umgesetzt. Wir setzten rund 160 Millionen € für die Sanierung der Bestandsbauten ein.

Das heißt, wir reden nicht nur darüber, was man tun kann – wir tun es auch.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte die dritte Ebene der Energiewende ansprechen: die Anpassung des Versorgungssystems.

Ja, wir brauchen eine Netzstruktur, ein neues Versorgungssystem, das auf die Bedürfnisse der erneuerbaren Energien abgestimmt ist und das die neue, wesentlich dezentralere Versorgungsstruktur mitdenkt. Deshalb: Wenn wir uns über den Ausbau von Netzen unterhalten, dann erschöpft sich das nicht im Netzausbau von großen Überlandleitungen von Nord nach Süd zur Anbindung der großen Kraftwerkparks an der Küste in Richtung Bayern, sondern ein wesentlicher Bereich liegt in der Investition in Verteilnetze. Die Verteilnetze müssen ausgebaut werden, damit sie den neuen Anforderungen genügen. Wir brauchen Lösungen, wie mittelfristig Strom aus fossilen und erneuerbaren Energien gleichermaßen und ohne Risiken für die Netzstabilität – Stichwort: Versorgungssicherheit – transportiert werden kann.

Wir müssen bedenken, der Hausanschluss von gestern war nur für den Bezug von Strom gedacht und wurde so genutzt – heute liefert das gleiche Haus Strom ins Netz.

Damit bin ich wieder bei den gesetzlichen Anforderungen. Wenn wir über die Fortentwicklung des EEG reden, dann ist der Vorschlag von Bundesminister Altmaier richtig, darüber nachzudenken, inwieweit man diejenigen, die selbst Strom erzeugen, verbrauchen und ins Netz einspeisen, an den Infrastrukturkosten partizipieren lässt, die notwendig sind, um Netze zur Verfügung zu stellen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin, ich verweise nur auf die Fraktionsredezeit.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die Netzbetreiber stehen zusätzlich vor der großen Herausforderung, dass sie parallel zum Ausbau der Übertragungs-

und Verteilnetze intelligente Systeme für das Energiemanagement von morgen schaffen müssen.

Der Ausbau der Energieerzeugung, die Energieeinsparung und die Energieverteilung – die drei Bereiche, die ich eben angesprochen habe – sind wesentliche Herausforderungen der Energiewende. Ich sage ganz klar: Der Schlüssel zum Erfolg ist, dass wir zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Technologien haben.

Deshalb hat sich die Landesregierung insbesondere mit dem Thema der Technologien für die Zukunft auseinandergesetzt. Ja, wir haben eine Technologieoffensive gestartet, die sich mit Innovationsideen von hessischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen beschäftigt. Ich möchte ein paar Stichworte nennen, die im Rahmen dieser Technologieoffensive mit gefördert werden.

Da geht es um intelligente Stromnetze, Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzelle, Wasserstoff, effiziente Stromnutzung und Speicher, neue Materialien, Energieeffizienz und innovative Stromerzeugungstechnologien.

Bewusst habe ich diese Beispiele genannt, damit man eine Idee davon bekommt, was Energiewende wirklich heißt: nicht nur die Erzeugung von erneuerbaren Energien, sondern wesentlich mehr.

Es hat uns gefreut, dass die Anzahl der Bewerbungen ausgesprochen groß ist. Das Interesse und die Leistungsfähigkeit von Unternehmen und der Wissenschaft sind in Hessen in einem hohen Maße vorhanden. Deshalb gehen wir diesen Weg der Zukunftstechnologien, z. B. Technologieoffensive. Ich möchte drei Beispiele nennen, die im Moment schon unabhängig davon eingesetzt werden. Es sind drei durchaus interessante und innovative Beispiele, und sie könnten durchaus maßgebend für andere sein, das nachzumachen.

Lassen Sie mich z. B. die Rechenzentren im Rhein-Main-Gebiet nennen. Die Rechenzentren im Rhein-Main-Gebiet verbrauchen extrem viel Strom. Wir unterstützen z. B. den Betreiber eines Rechenzentrums, der erforscht, inwieweit die Versorgung seiner Server mit Strom ausschließlich aus einer Brennstoffzelle sichergestellt werden kann. Das ist eine neue Technologie. Sie bedeutet, dass man energieeffizient, sicher und umweltfreundlich versorgen kann. Damit kann international Aufmerksamkeit errungen werden.

Zweites Beispiel. Im vergangenen Jahr haben wir den Staatspreis für intelligente Energien ausgelobt. Für den Staatspreis können Unternehmen ihre zukunftsweisenden Projekte in den Kategorien Energienetze, Energiespeicher und Energieinformationstechnik einreichen und damit ihre Innovationskompetenz im Markt unterstreichen. Im Rahmen dieses Wettbewerbs hat ein Darmstädter Unternehmen den Preis für ein Projekt zur Speicherung von elektrischer Energie errungen. Dieses Unternehmen wurde dafür ausgezeichnet, dass es als erster deutscher Hersteller einen Lithium-Ionen-Batteriespeicher für die effiziente Nutzung erneuerbarer Energien in Ein- und Mehrfamilienhäusern entwickelt hat.

Sie merken, worauf ich hinauswill: Es geht darum, innovativ zu arbeiten und diejenigen zu unterstützen, die in dieser Weise forschen – damit wir die Technologien der Zukunft bekommen, um die Energiewende erfolgreich durchführen zu können.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte ein drittes Beispiel nennen. Heute habe ich in der „Frankfurter Rundschau“ gelesen, dass das Projekt am Eichhof von Frau Dorn in besonderem Maße geschätzt wird. Dort verwandeln wir in Biogasanlagen Biogas in Bioerdgas – ich verkürze das jetzt ein bisschen. Diese Umwandlung bedeutet, dass wir mit diesem Erdgas all das machen können, was Erdgas heute schon kann: Wärme erzeugen, Strom erzeugen oder es als Antriebsstoff für Fahrzeuge verwenden.

Bei diesen Dingen, die ich Ihnen eben genannt habe, weiß ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir dürfen nie sagen, weil etwas heute noch nicht funktioniert, könnte es auch zukünftig nicht funktionieren. Wir forschen in vielen Feldern, beispielsweise bei Speichern. Vielleicht sind Speicher im kleinen Bereich heute noch nicht wirtschaftlich, aber wir dürfen nicht aufhören, da zu forschen, denn wir wissen: Die Energiewende ist eine Generationenaufgabe. Wir werden die Aufgaben in Jahren und Jahrzehnten lösen, weil wir die Energiewende versorgungssicher und bezahlbar machen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ja, das Land Hessen gibt für die Energiewende viel Geld aus. In den Jahren 2013/2014 haben wir immerhin Förderprogramme im Bewilligungsvolumen von rund 171 Millionen € für Energie und Klimaschutz zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es gilt, mit Sachverstand eine Energieversorgung der Zukunft so aufzubauen, wie wir glauben, wie die Energieversorgung der Zukunft aussehen wird. Ich möchte Ihnen sagen, welche Ziele wir da vor Augen haben.

Die Energiewelt von morgen sieht anders aus als die von heute. Die Energiewelt von morgen bedeutet ein intelligentes Versorgungssystem. Das wird heute schon entwickelt. Es wird dafür sorgen, dass der Verbrauch von Strom und Wärme sich eng an den Erzeugungskapazitäten orientiert.

Die Vision ist: Zukünftig sind wir unabhängig von fossilen Energieträgern, weil wir aus erneuerbaren Quellen so viel Strom erzeugen, dass auch die Wärmeversorgung wirtschaftlich und effizient erfolgen kann.

Wir werden Energiespeicher haben, die mögliche Versorgungsschwankungen ausgleichen. Große Wind- und Solarkraftwerkparcs werden einer Vielzahl von kleineren Erzeugungsanlagen gegenüberstehen. Zahlreiche private Haushalte werden sich zum Teil alleine versorgen.

Insgesamt werden die Gebäude dank moderner Heizungen und Dämmmaterialien nur noch einen Bruchteil des Energiebedarfs von heute haben.

Nicht zuletzt wird diese Energiewelt von morgen bedeuten, dass wir eine hervorragende CO₂-Bilanz haben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage schlicht und einfach: Nein, das ist nicht nur eine Vision, sondern das werden wir als Hessische Landesregierung mit unseren Aktivitäten möglich machen. Wir werden das zur Realität machen, was ich Ihnen eben beschrieben habe.

Wir werden unseren Weg weiterhin konsequent gehen. Wir haben einen Plan: Wir wollen, dass die hessische Energiepolitik innovativ ist, zukunftsfähig, verlässlich und bezahlbar. – Besten Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin, vielen Dank für die Regierungserklärung.

Ich eröffne die Aussprache. Ich stelle fest, dass die Opposition zwei Minuten mehr Redezeit hat. Sie hat 37 Minuten gesprochen, 7 Minuten geteilt durch drei ergibt 2 Minuten und 20 Sekunden. – Als Erster in der Aussprache hat Herr Abg. Gremmels für die Fraktion der SPD das Wort.

Timon Gremmels (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Puttrich, Ihr nettes chinesisches Sprichwort zeigt, dass Sie die Herausforderungen der Energiewende gar nicht verstanden haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagten: „Wir bauen jetzt die Straße, welche die nächste Generation befahren wird.“ – Das ist doch falsch. Vielmehr bauen wir die Straße um, während unsere Generation gerade darauf fährt.

(Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) unterhält sich an der Regierungsbank mit Minister Boris Rhein. – Günter Rudolph (SPD): Moment einmal! Wir warten, wir wollen nicht stören!)

Wir bauen also die Straße um, während unsere Generation schon darauf fährt, und wir alle hoffen, dass es keinen Stau gibt. Wenn diese Landesregierung dabei so erfolgreich ist wie bei ihrem Projekt „Staufreies Hessen“, dann müssen wir uns um die Energiewende wirklich Sorgen machen.

Nach den Aktionismuswochen zum Thema Bildung und zum Thema Wirtschaft hat diese Landesregierung nun die dritte Aktionismuswoche gestartet. Das Thema ist diesmal die Energie. Weil sonst nicht darüber berichtet wird, gibt es obendrein eine eher lustlos vorgetragene Regierungserklärung, ganz nach dem Motto: „Wenn uns keiner lobt, dann loben wir uns halt selbst“.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Angesichts der mageren Bilanz der Energieministerin ist das ganz schön mutig. Da werden 82 mehr oder weniger sinnvolle Einzelmaßnahmen präsentiert. Aber: Ein Sammelurium aus Einzelmaßnahmen ersetzt keine Gesamtstrategie für eine Energiewende.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Sonst lässt diese Landesregierung keine Möglichkeit aus, Hessen mit anderen Bundesländern zu messen. Sie haben das auch heute bei der Frage der Wirtschaftskraft wieder getan, Frau Puttrich. Aber zu der Frage, wo Hessen bei der Umsetzung der Energiewende im Vergleich zu den anderen Bundesländern steht, stand in Ihrer Regierungserklärung kein Wort. Das ist kein Wunder, ist Hessen bei den erneuerbaren Energien doch zum dritten Mal in Folge Schlusslicht unter den Flächenländern geworden. Das sagen die „Agentur für erneuerbare Energien“ und das DIW in einer Studie aus dem Dezember 2012.

Das hat Ihnen nicht gefallen. Sie haben zunächst versucht, die Studie totzuschweigen. Als wir Ihnen das nicht haben

durchgehen lassen, haben Sie die Erhebungsmethode kritisiert, ganz nach dem Motto: „Wenn mir die Ergebnisse nicht gefallen, kritisiere ich das Verfahren“. Frau Puttrich, das ist völlig unsouverän. Kritik muss man annehmen können, zumal wenn sie nicht von der Opposition kommt. Auch wenn Sie es nicht hören wollen, rufe ich Ihnen die zentralen Ergebnisse dieser Vergleichsstudie noch einmal in Erinnerung:

Erstens. Hessen ist im Bundesländervergleich bei den Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Vergleich zu 2010 sogar noch zurückgefallen und erreicht nur Platz 11 – trotz des ein Dreivierteljahr dauernden Energiegipfels.

Zweitens. Die Zufriedenheit mit der Landespolitik ist ebenfalls sehr gering: Platz 12. Ich erinnere daran: Wir haben 16 Bundesländer.

Drittens. Erschreckend ist die Tatsache, dass sich Hessen bei den Anstrengungen zum technologischen Wandel nur um einen Platz auf Rang 14 verbessern konnte.

Viertens. Bezüglich der Entwicklungen in der Solarbranche belegt Hessen den letzten Platz. Gerade das ist ein Beweis dafür, dass Sie insbesondere die Interessen der nordhessischen Solarregion mit Tausenden Beschäftigten nie richtig ernst genommen haben, Frau Puttrich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen schon auf dem Hessischen Energiegipfel vorgeschlagen, die Umsetzung der Gipfelbeschlüsse wissenschaftlich zu begleiten, den Prozess zu evaluieren und dann zu schauen, wo nachgesteuert werden muss. Sie haben diesen Vorschlag brüsk ausgeschlagen. Stattdessen wurde am Jahrestag der Energiewende zu einem Folgetreffen des Energiegipfels eingeladen. Es war ein lockerer Gedankenaustausch. Er hat eher an ein Kaffeekränzchen erinnert als der Erörterung der Frage gedient, wo und wie man nachsteuern, wie man optimieren kann. Aber was soll denn auch evaluiert werden? Bei wichtigen landespolitischen Fragen der Energiewende treten Sie bis heute auf der Stelle. Unseren deutlich breiter angelegten Gesetzentwurf für ein Energiekonjunkturgesetz haben Sie zugunsten Ihres dünnen sogenannten Energiezukunftskonzepts abgelehnt.

Wir wollen die Beschlüsse des Hessischen Energiegipfels konsequent umsetzen – Sie nicht. Kein Wort von Ihnen dazu – weder im Gesetz noch in Ihrer heutigen Regierungserklärung –, wie wir die Kommunen und ihr großes, brachliegendes Potenzial bei der Energiewende heben können. Wir werden nach einer Regierungsübernahme die kommunalwirtschaftliche Betätigung der Kommunen erleichtern. Wir wollen die Kreise, Städte und Gemeinden zu Motoren der Energiewende machen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

– Herr Kollege Stephan, es geht hier nicht um das, was die Opposition sagt. Reden Sie einmal mit dem VKU, dem Verband kommunaler Unternehmen. Die haben bei ihrer Jahrestagung genau das beklagt, was ich hier vorgetragen habe. Es ist nicht nur die Opposition, die das kritisiert, es sind auch die Fachverbände der Kommunalwirtschaft, die sagen, sie könnten für die Energiewende mehr machen, wenn man sie nur lassen würde.

(Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Ich sage Ihnen: Wir wollen die Kommunen machen lassen, weil das für sie eine spannende zusätzliche Einnahmequelle für ihre kommunalen Haushalte ist. So stellen wir uns die Energiewende vor, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrer Regierungserklärung fand sich auch kein Wort dazu, wie man die Bürgerinnen und Bürger über Energiegenossenschaften an der Energiewende aktiv beteiligen kann. Frau Puttrich, der Bürger kam bei Ihnen nur als Stromkunde vor. Sie haben da einen wesentlichen Teil der Energiewende immer noch nicht verstanden:

(Judith Lannert (CDU): Sie haben es nicht verstanden!)

Die dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energien macht die Bürger zu Energieproduzenten.

(Beifall der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch das werden wir nach einer Regierungsübernahme in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Wir werden die Energieerzeugung demokratisieren.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind uns nämlich sicher: Die Akzeptanz für die Windkraft steht und fällt mit der Wahl des Betreibers. Die Bürgerinnen und Bürger sind durchaus bereit, Windkraft im Wald zu akzeptieren, wenn sie wissen, dass mehrheitlich regionale Stadtwerke, Kommunen und Energiegenossenschaften diese Windparks betreiben. Doch was macht die Umweltministerin? Sie schottet den Staatswald ab. Sie argumentiert ausschließlich betriebswirtschaftlich. Den Zuschlag soll der erhalten, der das meiste zahlt. Ich sage Ihnen, zu was das führen wird. Das wird dazu führen, dass örtliche Akteure nicht mithalten können. Ortsfremde Investoren werden den Zuschlag erhalten, weil sie ganz anders kalkulieren können als regionale Kleinakteure.

(Ministerin Lucia Puttrich: Das stimmt doch nicht!)

Während Großprojektierer eine Anlage errichten, diese an Renten- oder Investmentfonds verkaufen und dann weg sind, tragen regionale Investoren dauerhaft Verantwortung und schaffen Wertschöpfung vor Ort. Das ist eine sinnvolle gesamtwirtschaftliche, eine sinnvolle volkswirtschaftliche Betrachtung der Energiewende.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass wir im Abschlussbericht zum Hessischen Energiegipfel sogar von einer Beteiligung benachbarter Kommunen an den Pachteinnahmen von Hessen-Forst gesprochen haben. In unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz können Städte und Gemeinden bis zu 30 % an den Pachteinnahmen des Landes beteiligt werden. Das wäre auch für die hessischen Kommunen eine wichtige zusätzliche Einnahmequelle. Das sieht übrigens nicht nur die hessische SPD so, sondern das fordert auch der Hessische Städtetag. In Rheinland-Pfalz ist das möglich. Was in Rheinland-Pfalz möglich ist, sollte auch in Hessen gelten. Wir werden nach einer Regierungsübernahme die Anrainerkommunen angemessen beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Es ist doch klar: Die Nutzung der Windkraft wird unser Landschaftsbild verändern. Als Gegenleistung müssen wir daher Wertschöpfung in die Regionen holen. Ich dachte, wir wären uns beim Energiegipfel über die Beteiligung der Bürger und der Kommunen als Mittel der Akzeptanzsteigerung einig gewesen. In dieser Frage haben Sie bis heute nichts Konkretes vorgelegt, Frau Puttrich.

Auch was die rechtliche Absicherung des 2-%-Ziels angeht, also der Vorgabe, dass 2 % der Landesfläche als Windvorrangfläche ausgewiesen werden, sind wir bis heute kaum einen Schritt weitergekommen. Unseren Vorschlag, eine verbindliche Vorgabe im Landesplanungsgesetz zu verankern, haben Sie abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Stattdessen wollten Sie das 2-%-Ziel als sehr weiche Formulierung im Landesentwicklungsplan festschreiben – und zwar nicht als verbindliches Ziel, wie wir das auf dem Energiegipfel vereinbart haben, sondern lediglich als Grundsatz, von dem im Einzelfall abgewichen werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein klarer Verstoß gegen die Beschlüsse des Hessischen Energiegipfels.

(Peter Stephan (CDU): Sie haben das Energiegesetz nie gelesen!)

Bei der Mindestwindgeschwindigkeit scheren Sie alle Regionen Hessens über einen Kamm. Warum erkennen Sie nicht an, dass Hessen unterschiedlich ist? In Nordhessen werden wir die Vorgabe von 5,75 m/s erreichen. In Südhessen wird es Landkreise geben, die durch diese Vorgabe von der Windkraftnutzung faktisch ausgeschlossen werden. Mich wundert in dieser Frage auch die Haltung der FDP-Fraktion. Der Staat gibt hier eine Ertragsvorgabe vor. Ich dachte, das sei eine Form der Planwirtschaft, die Sie sonst immer bekämpfen, Herr Rock. Auf einmal soll dies der Maßstab sein.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir können Hessen unterschiedlich betrachten; dafür haben wir die Regionalpläne. Geben Sie den Regionalversammlungen die Chance, Entscheidungen vor Ort zu treffen, und stützen Sie nicht einen Landesentwicklungsplan darüber. Betreiben Sie in Hessen keine Gleichmacherei. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Wir haben es heute in der Fragestunde gehört: Bis heute liegt der Landesentwicklungsplan nur als Entwurf vor. Er ist aber eine wichtige Grundlage für die Energiewende in Hessen und die Basis für die Regionalpläne, die die einzelnen Windvorrangflächen ausweisen. Ich frage den Wirtschaftsminister, Herrn Rentsch: Worauf warten Sie? Die Kommunen wollen losmarschieren. Die Menschen wollen die Windkraft nutzen. Meine Damen und Herren von der Landesregierung und den Regierungsfractionen, Sie spielen hier auf Zeit.

Vielleicht hofft die FDP, dass die Nutzung der Windkraft an Land immer unattraktiver wird. Das kann in der Tat so

kommen. Sollten sich die Vorschläge von Rösler und Altmaier durchsetzen, würde es vielen Projekten in Hessen so gehen, wie es die „Süddeutsche Zeitung“ am Wochenende vermeldete: Die Münchner Stadtwerke haben erklärt, dass sie eigentlich vorgehabt hätten, in Deutschland bis 2025 9 Milliarden € in erneuerbare Energien zu investieren. Das hätten sie jetzt gestrichen; die Rechtsunsicherheit aufgrund der Vorschläge von Rösler und Altmaier zwingt sie dazu, diese Investition im Ausland zu tätigen.

Das verstehen Sie unter moderner Wirtschaftspolitik: kommunale Unternehmen zu verunsichern und aus dem Land zu treiben. Das ist ihre Energiepolitik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch: Wir brauchen gar nicht bis nach München zu gehen. Schauen Sie sich doch einmal im Vogelsberg um. Dort droht laut „Lautenbacher Anzeiger“ –

(Zuruf von der CDU: „Lauterbach“ heißt das!)

– Danke schön, Herr Kollege. Jetzt weiß ich auch, warum Sie im Parlament sitzen: um mir zu sagen, wie die Stadt heißt.

(Beifall bei der SPD – Holger Bellino (CDU): So eine Arroganz! – Dr. Walter Arnold (CDU): Ein bisschen Höflichkeit würde Ihnen nützen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Laut „Lautenbacher Anzeiger“ vom 22. Februar droht durch die faktische Senkung der Vergütung um 16,4 % vielen bereits geplanten Windkraftprojekten das Aus. Herr Bouffier, ich habe gehört, Sie waren selbst dort. Die Leute vor Ort haben Ihnen doch erzählt, was es bedeutete, wenn die Vorschläge von Rösler und Altmaier verwirklicht würden. Dann würden Investitionen von über 200.000 € pro Windkraftanlage, die bereits getätigt worden sind, verfallen; sie wären in den Sand gesetzt. Zwei Jahre Vorarbeit wären umsonst, weil Herr Altmaier abends um halb zwölf auf seinem Laptop seine Ideen zu Papier gebracht hat. Dabei weiß er gar nicht, welche Bedeutung das für die Energiewende in Hessen hat.

Frau Puttrich, dann sagen Sie allen Ernstes, bei Ihnen gebe es keinen Pfuscher am Bau. Das muss doch für die Beteiligten der pure Hohn sein. Das ist eine „tolle“ innovative, zukunftsfähige, verlässliche und bezahlbare Politik à la Schwarz-Gelb. Ich sage Ihnen, Wirtschaftsfreundlichkeit sieht wirklich anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Frau Puttrich, einerseits reklamieren Sie für sich, das Ziel formuliert zu haben, 2 % der Landesfläche für den Ausbau der Windkraft bereitzustellen, andererseits unterstützen Sie zunächst einmal die Altmaier-Vorschläge, obwohl sie den Ausbau der Windkraft in Hessen massiv gefährden. Das passt nicht zusammen. Anscheinend haben Sie das aber mittlerweile selbst erkannt.

Ich würde Ihnen raten, künftig erst die Auswirkungen auf Hessen zu prüfen und dann zu schauen, ob der Vorschlag eines Berliner Parteifreunds etwas taugt oder nicht. Frau Puttrich, auch für Sie gilt: erst das Land und dann die Partei. Das würde es Ihnen ersparen, zurückrudern zu müssen, wie Sie es heute gemacht haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh! Die getroffenen Hunde bellen! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt haben Sie bei ihnen die Lebensgeister geweckt! Jetzt sind sie wach!)

Frau Puttrich, Sie mussten heute also zurückrudern; das haben wir Ihrer Regierungserklärung sehr wohl entnommen. Sie haben eine 180-Grad-Wende vollzogen. Damit kennt sich die CDU aus.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist nicht das erste Mal!)

Anscheinend werden die 180-Grad-Wenden zum neuen Markenzeichen der CDU. Das ist interessant.

(Peter Stephan (CDU): Das ist der blanke Neid!)

Sie ändern Ihre Positionen so oft, dass einem richtig schwindlig werden kann. Ich erinnere Sie an Folgendes: Kurz nach der Veröffentlichung der Vorschläge von Altmaier unter dem Titel „Strompreisbremse“ haben Sie ihn dafür gelobt. „Puttrich für Öko-Kostenbremse“ heißt die Überschrift von hr-online am 28. Januar.

Heute distanzieren Sie sich deutlich von ihnen. Sowohl die Einführung des EEG-Solis für Bestandsanlagen als auch die Kürzung der Vergütung für Onshore-Windkraft wollen Sie nicht unterstützen. Das haben Sie heute hier gesagt. Sie haben hinzugefügt, dass Sie ihre Parteifreunde auch, was den Güllebonus betrifft, nicht unterstützen. Sie haben außerdem gesagt, dass Sie die Verknappung der Emissionszertifikate für den richtigen Weg halten. All das haben Sie hier gesagt. Sie haben sich in vier Punkten von ihrem Parteifreund Altmaier distanziert.

Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, dass Sie das auch durchsetzen. Sollten Sie nicht wieder eine Rolle rückwärts machen, haben Sie uns an Ihrer Seite. Wir unterstützen Sie in dieser Frage – was man allerdings von Ihrer Koalition nicht sagen kann. Ich habe mir eben die Tischvorlage, nämlich diesen Antrag, angeschaut. Eigentlich habe ich immer gedacht, dass die Anträge von Mehrheitsfraktionen zu Regierungserklärungen dazu dienen, die jeweilige Ministerin bzw. den Minister zu unterstützen. Die vier Punkte, die Frau Puttrich hier kritisiert hat,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die stehen gar nicht drin!)

stehen nicht drin. Frau Puttrich, eine solche kurze Halbwertszeit der Regierungserklärung einer Ministerin habe ich noch nicht erlebt. Damit haben Sie heute den Vogel abgeschossen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Koalition versagt Ihnen die Gefolgschaft bei einer zentralen Regierungserklärung. Ich finde, das ist ganz großes Kino. Frau Puttrich, ich sage Ihnen trotzdem: Wir unterstützen Sie weiter, auch gegen Ihre Koalition.

Ich sage aber ebenfalls: Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen. Wir werden Sie an Ihren Aussagen messen. Die Nagelprobe steht beim Gipfel der Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Merkel am 21. März an. Ich sage Ihnen deutlich: Es darf keine Kompromisse geben, die das Ziel des Hessischen Energiegipfels gefährden, 2 % der Landesfläche für

die Windkraft zu nutzen. Das wäre ein Verrat am Energiegipfel. Davor warnen wir Sie.

(Beifall bei der SPD)

Apropos Altmaier: Der Bundesumweltminister springt bei seiner sogenannten Strompreisbremse doch viel zu kurz. Statt sich allein auf den Strompreis zu konzentrieren, sollte er den Anstieg aller Energiekosten in den Blick nehmen. Die Preise für Kohle, Öl und Benzin sind in den letzten Jahren deutlich stärker gestiegen als der Strompreis inklusive EEG-Umlage. Doch von einer Energiepreisbremse hört man kein Wort, weder von Herrn Altmaier noch von Ihnen. Das wäre eine ernsthafte und sachlich angemessene Diskussion, nicht aber der Klamauk und die populistischen Aktionen, die Sie mit der Strompreisbremse losgetreten haben.

(Beifall bei der SPD)

Während die Kosten für die erneuerbaren Energien weitestgehend in die EEG-Umlage eingepreist sind, werden fossile und atomare Energieträger für den Verbraucher künstlich preiswert gehalten. Die Folgekosten – ich nenne als Beispiel die Bergung der Atommüllfässer aus der Asse – zahlt dann, ohne es zu merken, derselbe Verbraucher in seiner Rolle als Steuerzahler.

Würden wir, analog zum EEG, auch bei den fossilen und den atomaren Energieträgern alle Folgekosten in den Strompreis einbeziehen, läge diese Umlage nach einer Berechnung von Greenpeace Energy bei 10 Cent/kWh. Darum sollte sich der Bundesumweltminister kümmern; denn dann würden wir endlich Äpfel mit Äpfeln vergleichen und nicht, wie bisher, Äpfel mit Birnen. Dann hätten wir Wettbewerbsfähigkeit und Vergleichbarkeit.

(Beifall bei der SPD)

Frau Puttrich, dann beklagen Sie sich darüber, dass es im Vermittlungsausschuss keine Einigung über die steuerliche Abschreibung energetischer Sanierungsmaßnahmen gab. Sie wissen genau, dass es dabei um die Frage ging, wie die ausfallenden Steuermehreinnahmen zwischen Land und Bund kompensiert werden. Leider ist die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht auf die Länder zugekommen.

(Beifall bei der SPD)

Zu einem Kompromiss gehören immer zwei. Auch der Bund hätte sich deutlich bewegen können. Das gehört ebenfalls zur Wahrheit. Machen Sie es sich hier nicht so einfach, und versuchen Sie nicht, uns den Schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben. Wenn die Bundesregierung nicht auf die Länder zukommt: Auch wir müssen auf unsere Steuereinnahmen achten.

Um im Wärmesektor voranzukommen, könnte das Land Hessen selbst etwas machen. Wir haben Ihnen zweimal Entwürfe für ein Hessisches Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz vorgelegt, das sich auf Bestandsgebäude bezieht. Wir haben das analog zu dem Gesetz der damaligen schwarz-gelben Landesregierung von Baden-Württemberg formuliert, um Ihnen die Zustimmung zu erleichtern. Sie haben das in Bausch und Bogen abgelehnt, ohne eigene Vorschläge zu präsentieren. Dann haben Sie die Dreistigkeit, hier zu behaupten, Ihr Hauptaugenmerk liege auf dem Gebäudebestand. Aber was machen Sie denn konkret? Konkret machen Sie gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie einmal in die „FAZ“ von heute, und lesen Sie, was in Dänemark gemacht wird. Genau das, was ich Ihnen eben als Beispiel genannt habe, nämlich etwas für den Bestand zu tun, wird dort gemacht. Ich sage Ihnen: Auch dieses Thema werden wir nach einem Regierungswechsel aufgreifen.

Den Verkehr, der den größten Anteil am Energieverbrauch hat, haben Sie sowohl beim Energiegipfel als auch in Ihrer heutigen Regierungserklärung völlig ausgeklammert. Wir haben beim Energiegipfel mehrfach angeregt, darüber mitzudiskutieren. Sie haben sich dem verweigert. Sie haben den Verkehr einfach „wegdefiniert“. Auch so kann man sich einen schlanken Fuß machen.

Ich sage Ihnen klar und deutlich: Das ist nicht unsere Herangehensweise. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode die Einsetzung einer Enquetekommission für den Verkehrssektor in Hessen beantragen, damit wir uns endlich einmal auch um dieses Thema mit Sorgfalt und Gründlichkeit kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Damit aber kein Zweifel aufkommt: Auch wir verweigern uns keinen Gesprächen zur Senkung der Energiekosten. Wir haben dazu in Bezug auf den Strom auch einen klaren Vorschlag gemacht. Wir wollen die Stromsteuer senken. Das würde zu einer Entlastung in Höhe von 800 Millionen € führen.

(René Rock (FDP): SPD, die Steuersenkungspartei!)

Wir würden auch die Netzentgeltbefreiung für die Großverbraucher – 400 Millionen € – streichen. Es kann nicht sein, dass das der kleine Mann, dass das der Mittelstand mitbezahlen muss. Wir unterstützen auch die Forderung der GRÜNEN zur Abschaffung der Marktprämie. Die hat nur zu Mitnahmeeffekten geführt – wieder 300 Millionen €. Auch eine kritische Überprüfung der EEG-Umlagenbefreiung für Industrieunternehmen halten wir für sinnvoll. Sie sehen, auch wir haben konkrete Vorstellungen, wie wir die Energiekosten senken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allerdings lassen wir uns von einer Landesregierung, die seit 14 Jahren regiert und die Energiewende erst nach Fukushima halbherzig für sich entdeckt hat, keine Belehrungen machen.

(Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Herr Stephan, ich zeige Ihnen das einmal auf. Angefangen hat diese Landesregierung mit einem Umweltminister Wilhelm Dietzel. Der hat erneuerbare Energien ausschließlich als Lobbyarbeit für seine Bauern und Landwirte betrieben. Das war der Anfang.

Dann erinnere ich mich noch an einen, damals Generalsekretär, heute Minister Boddenberg, der in seiner Zeit als Generalsekretär Plakate gegen „Windkraftmonster“ geklebt hat. Das ist nicht etwa 14 Jahre her; es ist gerade einmal fünf Jahre her, dass Sie diese Plakate geklebt haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Das hat zu einer Diffamierung geführt, mit der wir noch heute zu kämpfen haben.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ein Teil der Probleme kommt daher, dass Sie damals die Leute auf die Bäume getrieben haben, ohne dass Sie die Leiter hingestellt haben, damit sie wieder herunterkommen

können. Herr Boddenberg, Sie tragen die Verantwortung für einen Teil der Bürgerproteste. Das sage ich Ihnen an dieser Stelle deutlich.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Judith Lannert (CDU))

Dann hatten wir einen Wirtschaftsminister Rhiel, der im Jahr 2008 in der CDU-Postille „Hessen Kurier“ Folgendes behauptet hat – ich zitiere –:

(René Rock (FDP): Wir schauen nach vorne!)

Wer behauptet, die Energiegewinnung aus Kohle- und Kernkraftwerken mittelfristig durch erneuerbare Energien ersetzen zu können, ... kann auch gleich ein Gesetz zur Abschaffung der Erdanziehungskraft einbringen.

Das sagte Herr Rhiel. Ich frage mich, wo Herr Rhiel heute herumschwebt. Das war Diffamierung à la CDU. Das müssen wir an dieser Stelle einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD – Judith Lannert (CDU): Reden Sie doch einmal zur Sache!)

Dann kam die Kurzzeit-Umweltministerin Silke Lautenschläger. Die hat die Brocken gleich hingeschmissen. Sie hatte von Ministerpräsident Koch den Auftrag, Hessen zum Musterland der erneuerbaren Energien zu machen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Sie hat sich in ihrer eigenen Fraktion nicht durchsetzen können. Das ist doch die Wahrheit.

Jetzt haben wir das Duo Bouffier/Puttrich. Die sind erst zwei Tage, nachdem die Kanzlerin den Atomausstieg erklärt hat, eingeknickt und haben auch eher widerwillig das Aus von Biblis verkündet.

Ich sage Ihnen heute: Wenn morgen die VGH-Klage von RWE zulasten des Landes ausgeht und das Land 190 Millionen € zahlen muss, dann tragen Sie dafür die politische Verantwortung. Hätte es einen rot-grünen Atomausstieg gegeben, hätte es diese Klage erst gar nicht gegeben. – Das gehört dazu. Das müssen Sie sich in Ihr Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU) – Holger Bellino (CDU): Abenteuerlich! – Weitere Zurufe von der CDU und der SPD)

Ich habe zitiert, was die letzten Minister zur Energiewende beigetragen haben. Aber auch die aktuellen schwarz-gelben Koalitionen in Wiesbaden und in Berlin liefern ein chaotisches Bild. Puttrich gegen Altmaier, wie wir heute gelesen haben, Altmaier gegen Rösler, Rentsch gegen Puttrich, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, wie wir an dem heutigen Antrag merken, gegen ihre Ministerin, und Herr Bouffier gegen sich selbst. Das ist das Chaos der hessischen und der Bundeskoalition von Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch alles andere als eine verlässliche Energiepolitik. Mit Ihrem Durcheinander verunsichern Sie nicht nur wichtige Investoren für die erneuerbaren Energien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie verunsichern die Verbraucher, und Sie schüren sehenden Auges Ängste.

(Lachen der Abg. Judith Lannert (CDU))

Dafür müssen Sie die politische Verantwortung tragen. Aus unserer Sicht – das sage ich ziemlich deutlich, weil wir als SPD eine glasklare Vorstellung haben, wie Energiewende geht –

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

kann die Energiewende zu einem zweiten Wirtschaftswunder in Deutschland führen, wenn wir sie ordentlich und konsequent umsetzen. Wir sehen im vollständigen Umstieg auf eine Versorgung aus erneuerbaren Energien und einer gleichzeitigen Steigerung der Energieeffizienz eine große wirtschaftliche Chance für Hessen, die wir gestalten wollen. Wir wollen sie gestalten; Sie wollen sie verwalten: Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen für die SPD auch: Die Energieversorgung ist für uns Teil der Daseinsvorsorge und gehört somit in die öffentliche Hand. Eine Schlüsselrolle für die Umsetzung der Energiewende kommt aus unserer Sicht den Kommunen zu. Die dezentrale Energieproduktion macht uns unabhängig von den großen Versorgern. Sie fördert den Mittelstand, sie fördert das Handwerk, und sie schafft kommunale Wertschöpfung, zahlreiche neue Arbeitsplätze und führt zu neuen Einnahmequellen für die meist klammen Kommunalhaushalte. Wir wollen und wir werden die Kreise, Städte und Gemeinden in die Lage versetzen, selbst verstärkt Akteure dieser Energieerzeugung zu werden.

Wir sind überzeugt, nur die Energiewende garantiert langfristig stabile Energiepreise. Durch die Endlichkeit der fossilen Energieträger, wie Kohle und Gas, würde es ohne eine Energiewende zu erheblichen Kostensteigerungen im Energiebereich kommen. Auch das gehört zur Wahrheit. Auch das muss man an dieser Stelle sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ab Januar nächsten Jahres werden wir Ihnen zeigen, wie man die Energiewende richtig macht. Zusammen mit den Menschen, zusammen mit den Kommunen, zusammen mit den Firmen und der Industrie werden wir Hessen zum Vorreiterland der Energiewende machen, damit der alte Slogan „Hessen vorn“ endlich auch bei erneuerbaren Energien gilt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Gremmels. – Am Pult steht schon Herr Kollege Rock für die FDP-Fraktion bereit. Sie haben das Wort.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Gremmels, manchmal muss man echt glauben, dass Sie eine Wahrnehmung haben, der viele andere nicht folgen können. Darauf komme ich in einigen Punkten meiner Rede noch einmal zurück.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Was Sie an der Stelle gesagt haben, hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun. Ich möchte an dieser Stelle feststellen, dass Hessen vorbildlich ist. Wir haben in Hessen ein vorbildliches Vorgehen. Wir können das immer nur wiederholen: Wir wollen integrieren. Wir wollen alle gesellschaftlichen Gruppen mitnehmen. Darum haben wir in Hessen einen Energiegipfel initiiert. Ich habe immer gedacht, dass alle – bis auf die LINKEN – der Meinung sind, der Energiegipfel sei ein Erfolg gewesen. Alle haben auf dem Foto gestanden, haben geklatscht und sich gefreut. Dann stelle ich fest, dass man jetzt, nachdem man festgestellt hat: „Oh Gott, jetzt kommt eine Wahl“, versucht, noch irgendwie politische Themen zu konstruieren, die es in dieser Form in Hessen gar nicht mehr gibt, weil diese Themen längst abgeräumt sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Oioioi! – Michael Siebel (SPD): Das war Ihre Wahrnehmung! – Petra Fuhrmann (SPD): Merkwürdige Wahrnehmung!)

Ich möchte die Punkte hier gerne vorstellen. Wir haben auf dem Energiegipfel sehr konstruktiv mit allen Verbänden, mit Interessierten und mit Fachleuten überlegt: Was ist notwendig, zu regeln? Was können wir in Hessen regeln? – Denn viele Dinge können wir in Hessen gar nicht gesetzlich abarbeiten. Wir haben überlegt: Was können wir in Hessen regeln? – Dann hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht – die Mehrheit von FDP und CDU hat diesen auch zum Gesetz erhoben –, in dem wir genau diese Punkte, die wir zugesagt haben, abgearbeitet haben. Das haben wir sehr schnell, sehr gut strukturiert abgearbeitet. Das Gesetz ist sehr gelobt worden.

Wir haben gleichzeitig gesehen, welche Ideen die SPD hat. Wir konnten die zwei Gesetzentwürfe nebeneinanderlegen und sehen, was der Unterschied ist, wie Schwarz-Gelb diese Energiewende umsetzt, wie die Hessische Landesregierung agiert, wie die Fraktionen agieren und wie Sie agieren. Ich will versuchen, Ihnen relativ plakativ deutlich zu machen: Unser Gesetz zeigt, wir sind Partner der Bürger. Ihr Gesetzentwurf zeigt, Sie wollen Lehrmeister der Bürger sein. – Das ist genau der Unterschied, den wir in der Grundstruktur haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen die Bürger fördern und nicht, wie Sie, überfordern. Genau da besteht der nächste Unterschied. Darauf will ich nachher in meiner Rede noch mehrfach zurückkommen.

Wenn man sich anschaut, was Sie hier vorgelegt haben und was wir als Gesetz sehr klug durchgesetzt haben, dann sieht man genau diese Unterschiede.

Der nächste Punkt, der jetzt kommt – er ist in der Kabinettsanhörung –, betrifft den Landesentwicklungsplan. Genau diesen Landesentwicklungsplan greifen Sie auf allen Ebenen an. Da kommen so skurrile Argumente – ich kann gar kein richtiges parlamentarische Wort finden, das zu beschreiben –, wir würden eine Planwirtschaft bzw. gesetzliche Preise bei der Landesplanung festlegen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Gremmels, Sie sitzen auch in der regionalen Planungsversammlung. Sie müssten doch das oberste Ziel der Landesplanung kennen. Das besteht darin, mit minimalem Flächenaufwand den maximalen Erfolg zu erzielen. Da ist

es doch das Logischste der Welt, was jeder begreifen müsste: Wenn ich eine hohe Energieausbeute aufgrund hoher Windgeschwindigkeiten habe, brauche ich für den gleichen Ertrag weniger Fläche als dann, wenn dies nicht der Fall ist. Das hat nichts mit wirtschaftlich festgesetztem Preis zu tun, sondern das ist einfach die Frage, wie man vernünftig und verantwortungsvoll Landesplanung betreibt.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Früher waren zumindest einmal die GRÜNEN der Meinung, dass man den Flächenverbrauch so niedrig wie möglich halten müsse. Das ist bei Ihnen allerdings nicht angekommen, sondern Sie kommen mit komischen Scheinargumenten, die keiner Betrachtung standhalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will noch einmal feststellen: Wir haben ein Gesetz gemacht, um das umzusetzen, was wir beim Energiegipfel gemeinsam vereinbart haben. Dann haben wir den Landesentwicklungsplan auf den Weg gebracht, um die Voraussetzungen zu schaffen, die wir auch gemeinsam vereinbart haben. Dann hat dieses Parlament mit Mehrheit einen Haushalt beschlossen, in dem künftig über 171 Millionen € im Doppelhaushalt zur Verfügung stehen, um die Ziele bei der Energiewende umzusetzen. Das ist eine immense Summe.

Damit haben wir drei wichtige Schritte vollzogen: Wir haben das Gesetz gemacht, den Landesentwicklungsplan auf den Weg gebracht, und wir haben mehr als genug Geld zur Verfügung gestellt, um hierbei voranzukommen. Genau so macht man vernünftige Politik und arbeitet die Ergebnisse des Energiegipfels ab. Was Sie machen, ist einfach nur Klamauk, der aus Ihrer Sicht im Vorfeld einer Wahl vielleicht notwendig ist, an der Sache aber völlig vorbeigeht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie sagen, es gebe annähernd 100 Förderprojekte, und das mit einer Handbewegung abtun: Ich finde, da sind unglaublich gute und wichtige Förderungen dabei. Es sind Menschen bei ihrem Wunsch unterstützt worden, Energie zu sparen und etwas zur Energiewende beizutragen. Wir haben die Menschen mit fast 100 Förderprojekten unterstützt. Sie können sich natürlich hierhin stellen und sagen, das sei nichts wert – ich glaube aber, dass es wichtig und zentral ist.

Darum will ich noch hinzufügen: Wir haben 18 Neubauten nach höchstem Standard umgesetzt, 160 Millionen € Sanierung für Bestandsgebäude, wir haben ein ganz wichtiges Beratungsprojekt „Bei uns hat Energie Zukunft“, wir haben Beratungen beim Mittelstand vorangebracht – das sind nur einige kleine Beispiele. Wir haben sehr viele Förderprogramme auf den Weg gebracht, was wichtig und richtig ist. Das ist auch die richtige Form, nämlich als Partner der Bürger gemeinsam voranzugehen und die Energiewende voranzubringen, statt so, wie Sie es wollen, die Menschen mit Zwangsmaßnahmen und Gesetzen zu traktieren, zu überfordern und als Lehrmeister aufzutreten – das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich möchte noch einmal auf den einen oder anderen Beitrag von Ihnen eingehen – das wird von den GRÜNEN mit Sicherheit auch wieder kommen –, nämlich mit Blick auf Ihre Symbolpolitik. Sie sind unglaublich in diesen Symbolen verfangen. Es gibt fast nur noch das Thema Strom, über das Sie reden.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat die Debatte denn hochgefahren?)

Symbole wie Windräder oder die 2 % im Landesentwicklungsplan sind es, an denen sich für Sie entscheidet, ob man dafür oder dagegen ist. Das ist einfach von gestern, was Sie tun.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In weiten Bereichen Hessens haben wir volle Möglichkeiten, Windkraftanlagen zu errichten; da gibt es gar keine Beschränkungen. 120 Anlagen sind in den letzten drei Jahren errichtet worden. Das sind rund 40 Stück in einem Jahr. Wenn wir im Landesentwicklungsplan für 4.000 Anlagen Raum schaffen, könnten wir die nächsten 100 Jahre – wenn das Tempo bliebe, wenn wir es verdoppelten, die nächsten 50 Jahre – ausreichend planen, Windkraftanlagen zu errichten. Wenn wir die alle errichten würden, würden wir alle Ziele umsetzen können, die wir uns jemals erträumt und gewünscht haben. Da können Sie doch nicht behaupten, wir würden etwas verhindern, einschränken oder beschränken. Das ist alles nur Symbolpolitik, bei der Sie sich an Symbolen abarbeiten. Es hat aber überhaupt nichts mehr mit den Fakten und der Realität zu tun, was die wirklichen Hemmpunkte und Probleme bei der Energiewende angeht.

Sie müssen einmal aus der Vergangenheit kommen – mit der Herr Gremmels sich ja viel beschäftigt hat – und nach vorn schauen, was vor uns liegt. Die größten Probleme kommen doch erst jetzt. Da müssen wir uns auf neue Wege besinnen, statt immer mit den alten Wegen fortzufahren.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Rückfallposition von Herrn Gremmels gehört: Wenn die Bundesregierung ein Investitionsmodell in der Gebäudesanierung anschiebt, dann sagt er, wir hätten es gar nicht allein bezahlt, da hätten die Länder etwas dazugeben müssen und womöglich einen Steuerausfall gehabt.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Das ist aber ein Ding, wenn die Länder einen Steuerausfall gehabt hätten, da hätten sie gar nicht bei einem so wichtigen Vorgang mitmachen können. – Wir als Hessen hätten mitgemacht. Uns wäre es das wert gewesen. Wir hätten das Geld auf den Tisch gelegt, um diese Maßnahmen voranzutreiben. Das ist hessische Energiepolitik, das andere ist Ihre Energiepolitik. Wenn Sie Verantwortung übernehmen müssen, machen Sie sich vom Acker; das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Ich bin einmal auf die GRÜNEN gespannt, welche Ausrede die haben, um zu erklären, warum man, sobald man etwas tun kann und das erste Mal in einem Bundesland Verantwortung trägt, unter fadenscheinigen Gründen sagt, man sei plötzlich nicht mehr dabei, wenn man für die Energie-

wende etwas bezahlen muss und es nicht bei anderen ablegen kann. – Aus meiner Sicht ist das scheinheilig.

Wenn man im Landtag schon ein bisschen mehr Redezeit hat, möchte ich Ihnen noch sagen, was in den Fokus zu nehmen wirklich wichtig wäre: Wir haben neue Rahmenbedingungen. Wir müssen über die Ziele sprechen. Dann müssen wir uns darüber klar werden, was wir mit der Energiewende am Ende wirklich erreichen wollen. Ist der Klimaschutz unser Ziel? Ist die Autarkie unser Ziel? Ist Industrieförderung unser Ziel? – Wenn man beobachtet, was momentan in der Welt geschieht, muss man sagen, dass der politische globale Klimaschutz in den letzten Zügen liegt. Es gibt eigentlich nur noch ein großes Industrieland, das den Klimaschutz mit der gleichen Intensität wie wir verfolgt. Das ist ein wichtiger Punkt, an dem wir ansetzen müssen.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben etwas zu CO₂-Zertifikaten gehört. Das ist ein Thema, bei dem wir überlegen müssen, die Förderung, die wir haben, nicht mehr direkt ins EEG zu geben, sondern wie man Strukturen schafft. Durch direkte Förderung des EEG werden CO₂-Zertifikate konterkariert. Wir müssen Lösungen dafür finden, wie wir Ressourcen, die wir einsetzen, künftig auch wieder in eine gemeinsame Richtung einsetzen, statt im System gegeneinander zu arbeiten. Darum müssen wir uns mit den Rahmenbedingungen beschäftigen. Das wäre viel wichtiger gewesen, als irgendwelche Zahlen von 2008 vorzulesen.

Wir haben eine andere Umgebung. Ich nehme an, in Deutschland wird Fracking nicht das Maß aller Dinge sein. Aber überall sonst auf der Welt wird man sich von unseren Bedenken nicht aufhalten lassen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Amerika ist das beste Beispiel. Sie sehen doch die Energiepreise, über die wir vor fünf Jahren noch ganz anders gesprochen haben. Es gibt veränderte Rahmenbedingungen, auf die wir uns einstellen müssen. Dazu muss gesagt werden, man kann nicht einfach so weitermachen wie bisher. Wenn man sich vorstellt, dass nur noch ein Industrieland das in dieser Art und Weise betreibt, muss man sich auch selbst hinterfragen, ob man einen Sonderweg geht oder einfach noch einige Realitätsanpassungen vornehmen muss. Ich sage dazu ganz klar: Es muss stärker auf die vorhandenen Rahmenbedingungen eingegangen werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will das noch einmal an drei Beispielen festmachen. Wir haben den CO₂-Handel in Europa, der als vorbildlich gelobt wurde; immer waren alle dafür. Aus meiner Sicht ist das die beste Maßnahme, um Energieeinsparung und Energieeffizienz bzw. den Ressourceneinsatz optimal zu steuern – wenn es denn vernünftig gemacht wird. Die Systematik, die wir bis jetzt haben, bildet das nicht ab; das ist eindeutig.

Daher ist es die Überlegung, wie man ein deutsches Fördermodell – z.B. die Überführung des EEG in ein europäisches Quotenmodell, angeschlossen an den CO₂-Handel – in irgendeiner Form vernünftig verknüpft, damit die Systeme miteinander in die richtige Richtung arbeiten, statt sich gegenseitig aufzuheben, und die optimale Allokation unserer Ressourcen befördern statt diese zu verhindern.

Das wäre ein wichtiger Ansatz, der verfolgt werden müsste.

(Beifall bei der FDP)

Da bauen Sie aber symbolgetriebene Denkverbote auf. Genau das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Thema Fotovoltaik treibt uns um; das haben wir oft diskutiert. Der Zubau bei Fotovoltaik explodiert. Sie sagen immer, morgen habe Rösler den Zubau getötet, das Ende des Zubaus sei gekommen, die Fördersummen seien zu stark reduziert worden. – All dies hat sich nicht bewahrheitet.

Etwas anderes hat sich bewahrheitet: dass chinesische und koreanische Unternehmen unseren Unternehmen den Rang abgelaufen haben. Wir haben es alle letztes Jahr in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen verfolgen können: Wir haben ein Riesenproblem. Wir haben Abermilliarden Fördermittel in diese Unternehmen gesteckt, die jetzt in die Insolvenz gegangen sind, wo ein paar Jahre Party gefeiert wurde und wo jetzt leider Gottes keine Zukunft mehr ist – in vielen Unternehmen, nicht in allen.

(Timon Gremmels (SPD): Das ist ziemlich zynisch!)

Schauen Sie doch in die Wirtschaftsberichte. Das war nicht erst, als Rösler die Vergütung gesenkt hat, sondern das ist eine ganz klare Frage, der man sich stellen muss:

(Timon Gremmels (SPD): Menschenverachtend gegenüber den Leuten, die dort arbeiten! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ist diese Förderung richtig angekommen oder nicht? Die Förderung kommt heute in China an. Herr Gremmels, wollen Sie das bezweifeln? Wollen Sie bezweifeln, dass die Fotovoltaikanlagen in China produziert werden?

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das können Sie nicht bezweifeln. Das ist Fakt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Holger Bellino (CDU): Er kann das bezweifeln!)

Herr Gremmels, Sie haben gerade komische Wörter gesagt: Strompreisakzeptanz. Sie haben gesagt, die Strompreisbremse ist Klamauk.

(Timon Gremmels (SPD): Weil das zu kurz greift!)

Ich glaube, Sie haben kein Gefühl mehr, was eine Familie in Deutschland mittlerweile für das EEG aufwenden muss. Sie haben kein Gefühl mehr dafür.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Das ist Ihnen egal. Dann präsentieren Sie die SPD jetzt als die neue Steuersenkungspartei. Sie wollen plötzlich Steuern senken, den Menschen die Strompreise absenken. Die SPD ist die neue Steuersenkungspartei. Ist Herr Schröder bei Ihnen wieder aufgetaucht, oder was ist passiert?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Nein, der Steinbrück!)

Es gibt da manchmal Überlegungen. Wahrscheinlich ist in Hannover nicht nur eine neue Regierung, sondern auch der

Herr Schröder ist wieder da und senkt wieder die Steuern in Deutschland.

Ich muss sagen, dass man überhaupt noch darüber diskutiert, dass die Strompreise zu hoch sind, ist eigentlich eine Frechheit von Ihnen, Herr Gremmels. Das ist so, das sind Fakten.

(Zurufe der Abg. Timon Gremmels (SPD) und Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie wissen doch ganz genau, dass es nicht um Strompreisreduzierung ging, sondern es ging einzig und allein darum, den Anstieg zu verlangsamen. Wir können doch erst in zehn Jahren damit rechnen, dass beim EEG der erste kleine Turnaround kommt. Wenn wir heute die Förderung einstellen würden, würde es zehn Jahre dauern, bis der erste Cent eingespart werden kann. Wir haben einen Anstieg der Förderung um 1,5 Milliarden € im Jahr. Davor können Sie doch nicht die Augen verschließen: 16 Milliarden €.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erklären Sie uns einmal, warum die Strompreise so hoch sind!)

Ich habe es einmal in Lehrerstellen umgerechnet. 320.000 Lehrerstellen könnte man mit dem Geld fördern.

(Beifall bei der FDP)

320.000 Lehrerstellen für 16 Milliarden €. Sie müssen doch ein bisschen ein Gefühl dafür bekommen, was mittlerweile von den Menschen in Deutschland dafür geleistet wird.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dann reden wir einmal über das EEG. Ich lasse die SPD einmal aus, die GRÜNEN sind ganz still. Die GRÜNEN sind die einzige Partei – vielleicht noch die hessische SPD –, die so verliebt ist in das EEG. Dabei haben sie es noch nicht einmal erfunden.

(Timon Gremmels (SPD): Doch, das hat sogar die Ministerin gesagt: Rot-Grün!)

Ich sage Ihnen, das Stromeinspeisegesetz, das der Vorläufer des EEG ist, hat Schwarz-Gelb gemacht. Was war der Unterschied beim Stromeinspeisegesetz? Die Förderung kam aus dem Haushalt. Jetzt müsste der eine oder andere Sozialpolitiker, den es in der SPD noch gibt, sagen: Aha, soziale Marktwirtschaft, diejenigen, die mehr haben, zahlen mehr Steuern; damit besteht ein sozialer Ausgleich, weil nur die von der Energiewende profitieren, die auch Geld zum Investieren haben. Nur wer Geld hat zum Investieren, profitiert von der Energiewende, sonst niemand.

(Timon Gremmels (SPD): Das ist falsch!)

– Stopp, der Staat profitiert auch noch. So ist es.

(Petra Fuhrmann (SPD): Genossenschaften!)

Durch das EEG selbst haben wir eine Situation herbeigeführt, dass jedes Jahr 16 Milliarden € umverteilt werden zu denen, die Kapital haben, um in die Energiewende zu investieren, von denen, die es nicht gemacht haben oder es nicht konnten. Das ist eine Umverteilung von 16 Milliarden €, die jedes Jahr intensiv weiter steigt, und das halte ich für falsch.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das sind nicht nur die Menschen, die das Geld zum Investieren haben. Es sind längst nicht mehr Bürger aus der Gemeinde, wo die Windkraftanlagen stehen. Sie haben selbst gesagt, Investmentfonds beauftragen Projektierer. Die machen große Anlagen, und dann werden die Anlagen an die Fonds verkauft. Das ist die gängige Praxis. Das ist doch das, was momentan stattfindet.

(Timon Gremmels (SPD): Wir wollen es auch den Kommunen ermöglichen! Das haben Sie blockiert! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Darum will ich Ihnen nur sagen: Es ist zwingend notwendig, dass man über diese Systematik des EEG nachdenkt. Darum gibt es für die, die sich intensiv damit beschäftigen, außer man ist ideologisch verblendet, nur die Frage: Muss man eine große, grundlegende Reform des EEG machen? – Dazu sage ich persönlich: So ein vermurkstes Förderprogramm, das jetzt übrig geblieben ist, nachdem man 15-mal daran herumgearbeitet hat, macht keinen Sinn. Wir brauchen einen Systemwechsel. Das ist meine Überzeugung. Das EEG muss auslaufen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Timon Gremmels (SPD): Wir brauchen einen Regierungswechsel! Das ist der beste Systemwechsel!)

Die Bürgerinnen und Bürger können gerne darüber abstimmen, was sie für richtig halten.

(Timon Gremmels (SPD): Ja!)

Ich glaube, der Systemwechsel hin zu einem europäischen Quotenmodell – wir haben bald wieder Verhandlungen auf europäischer Ebene über die Ziele; die Verträge laufen aus – mit einer Verknüpfung an die CO₂-Zertifikate, das wäre eine kluge Möglichkeit.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Natürlich weiß ich auch, dass das nicht von heute auf morgen zu schaffen ist. Natürlich weiß ich auch, dass in diesem Bereich die europäischen Partner mittlerweile andere Probleme haben, wenn ich nach Spanien gucke, nach Italien gucke. Dort ist die Förderung Geschichte, die kämpfen mit ganz anderen Problemen.

Trotzdem müssen wir in die Zukunft schauen. Ich will auf das zurückkommen, was die Ministerin gesagt hat. Sie hat gesagt – sie ist nicht mehr da; es wird einen nachhaltigen Grund haben –: Es ist doch nicht die Frage, ob wir die Energiewende gestalten, sondern die Frage ist, wie wir das tun. – Dem schließe ich mich zu 100 % an.

Aber ich stelle noch eine Frage hintendran. Es ist auch entscheidend, wie schnell es geht. Denn das ist entscheidend dafür, welche Kosten wir demnächst haben. Wir haben die Ziele gesetzt, und unter die wollen wir gar nicht laufen. Aber hören Sie bitte auf, immer und immer wieder Ihre ideologischen Symbole überzubewerten. Fangen Sie einfach einmal an, über die wirklichen Fragen zu diskutieren, sich über die wirklichen Themen auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Auch Sie müssen erkennen, dass wir andere Rahmenbedingungen haben als 2010. Jeder, der aus dem Fenster schaut, der Zeitung liest, muss erkennen: Wir haben andere Rahmenbedingungen als 2010. Die Liebe zum EEG ist bei den GRÜNEN so verwurzelt. Sie haben unser Stromeinspeise-

gesetz sozusagen aus dem Haushalt herausgerissen. Sie hatten die Riesenidee, das Geld, das dazu im Haushalt steht, sonst wie ausgeben zu können und eine kleine Umlage auf die Bürger zu machen. Die merken es schon nicht. – Das war der große Innovationsprung beim EEG: Ich verteile die Belastung auf alle Bürger, dann merken sie es nicht so leicht.

(Timon Gremmels (SPD): Das ist transparenter als die Kohle- und Atomförderung aus Steuermitteln!)

Das lief ohne soziale Komponente. Der Hartz-IV-Empfänger wurde genauso belastet –

(Lebhafte Zurufe von der SPD und der LINKEN – Petra Fuhrmann (SPD): Wo leben Sie eigentlich? Wer zahlt denn für den Atommüll?)

– Wir sprechen doch gerade darüber, dass wir für das Erneuerbare-Energien-Gesetz 16 Milliarden € im Jahr ausgeben. Ich weiß gar nicht, was Sie da sagen. Wollen Sie das nicht hören?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich habe den Eindruck, Sie verschließen vor der Realität die Augen. Aber das wäre bei Ihnen nichts Neues.

(Norbert Schmitt (SPD): Wer hat die 40 Milliarden € für die Atomindustrie bezahlt? Das wollen wir wissen!)

Seit zehn Jahren gibt es das EEG. Wissen Sie, was in den zehn Jahren schon für das EEG verausgabt worden ist?

(Timon Gremmels (SPD): Weniger als für die Atomindustrie!)

Herr Altmaier hat eine vorsichtige Schätzung von 1 Billion € genannt. Ich beteilige mich an diesen Zahlen nicht.

(Zuruf von der SPD)

– Hören Sie mir doch erst einmal zu. Sie haben noch ein paar Minuten Redezeit. Dann können Sie noch etwas dazu sagen.

Ich will Ihnen nur deutlich machen, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz in vielen Bereichen längst schon überholt ist, dass es längst schon an der Realität vorbei fördert. Herr Gremmels, früher waren Sie doch auch immer bei SMA usw. Da haben uns die Fotovoltaikhersteller gesagt: Wenn die Netzparität erreicht ist, brauchen wir keine Förderung mehr.

Netzparität heißt: wenn die Fotovoltaikanlage zu einem geringeren Preis Energie erzeugen kann, als die Energie draußen kostet. – Dann brauchen sie keine Förderung mehr. Wollen Sie bestreiten, dass die Netzparität längst erreicht ist? Das können Sie nicht bestreiten. Wir sind an dem Punkt angekommen.

Wenn Sie das EEG einmal durchgelesen haben – das ist eine intellektuelle Leistung, und dann braucht man einen Rechtsbeistand, um alles das, was darin steht, zuordnen zu können; es ist mittlerweile ein recht komplexes Werk –, wenn Sie sich die Vergütungstarife anschauen, dann werden Sie feststellen, dass bei der Windkraft der Vergütungstarif schon unter dem Marktpreis liegt. Da können Sie nicht sagen

(Timon Gremmels (SPD): Onshore!)

– onshore –, dass eine Windkraftanlage an einem windreichen, vernünftigen Standort heute nicht wirtschaftlich zu betreiben ist. Das ist so.

Warum brauchen wir an der Stelle noch Förderung? – Dass die Windkraftanlagen einmal so weit sind, dafür haben wir viel Geld investiert. Irgendwann muss man sagen: Dieses EEG war nicht dafür gedacht, dass wir eine dauerhafte 100-%-Förderung regenerativer Energien in Deutschland durchsetzen. Es war eine Förderung für die Einführung einer Technik. Haben Sie das vergessen?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist doch Ihr Gesetz. Wissen Sie das noch? – Wir sind bei einigen Techniken schon so weit, dass die gar keine Förderung mehr brauchen. Natürlich gibt es noch Techniken – die Ministerin hat es gesagt –, wo wir noch weiter schauen und überlegen müssen: Hat z. B. die Bioenergie dadurch, dass sie auch grundlastfähig ist, besondere Aspekte der Förderung, die wir auch aus Systemüberlegungen brauchen? All das sind doch Dinge, die wir jetzt diskutieren müssen.

Wer sich einmal mit dem EEG intensiv auseinandersetzt, erkennt relativ schnell, dass nur noch Verschlimmbessern stattfindet. Wir brauchen einen Systemwechsel, der bürokratiearm und endlich kompatibel mit der klügsten Form der Vermeidung von CO₂ ist. Das sind nämlich die CO₂-Zertifikate. Diesen Handel damit brauchen wir, und diesen Weg müssen wir gehen. Wir dürfen uns davon nicht abwenden.

Ich sage Ihnen auch: Sie werden sich bei der Frage der Kosten nicht davonmachen können. Die werden jedes Jahr ansteigen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Egal, wer die nächsten vier Jahre regiert, er wird sich immer dieser Herausforderung stellen. Jede politische Partei, jede Fraktion im Deutschen Bundestag wird mit dem Rücken zur Wand zu dieser Argumentation stehen. Wenn jetzt die GRÜNEN mit den energieintensiven Unternehmen kommen – das ist ihr Lieblingsbeispiel –: Wer hat denn eigentlich das erste Mal energieintensive Unternehmen im EEG befreit? Wer war das eigentlich?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

War das vielleicht Herr Trittin? – Ach, ja. Warum hat er sie befreit? – Damals war die EEG-Umlage bei 0,003 Cent oder 0,004 Cent. Da hat er schon über 100 Unternehmen befreit. Heute ist sie bei 5,27 Cent.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch ganz klar, dass wir auch dort agieren müssen. Überall, wo ich ein Gesetz mache und nachher nachsteuern muss, ist es doch selbstverständlich, dass es zu Fehlern kommt. Das ist genau das: Je mehr Regeln ich schaffe, umso eher gibt es auch Fehler bei der Umsetzung. Das geht irgendwann nicht mehr so zielgenau.

Darum sage ich Ihnen: Das ist auf Dauer nicht der richtige Weg, weil die Bürgerinnen und Bürger jetzt schon, was weiß ich, im Vierpersonenhaushalt 200 € im Jahr zahlen. Ich weiß noch, was Sie hier für ein Theater bei den 8 € Zahlung an die Krankenkassen veranstaltet haben, 96 € im Jahr – das war das Ende des Abendlandes. Jetzt sind wir

bei 200 € für einen Vierpersonenhaushalt, Tendenz massiv wachsend.

Das ist doch nur ein kleiner Teil der Rechnung. Wenn Sie heute in einen Zug einsteigen, zahlen Sie EEG-Umlage. Wenn Sie heute Güter kaufen, zahlen Sie EEG-Umlage, weil die Unternehmen, die sie umlegen können, sie natürlich umlegen. Sie zahlen als Bürger doch nicht nur einmal 200 €. Sie zahlen mehrfach und häufig und dauerhaft immer wieder diesen Betrag. Darum können Sie den nicht kleinreden. Die Bürger werden Ihnen das auch vorhalten.

(Fortgesetzte Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich sage ehrlich: Darum ist die CO₂-Zertifikatsteuerung die einzig vernünftige Maßnahme zur CO₂-Vermeidung, weil dann die Wirtschaft schaut, wo der höchste Anreiz ist. Darum glaube ich, dass wir einen Mechanismus brauchen, damit das Geld, das über die CO₂-Zertifikate in den Haushalt gespült wird, wieder direkt genau in diesem Bereich, und zwar ausschließlich und ordentlich zugewendet – am besten noch bei der Wärme –, durch Förderprogramme verausgabt wird.

Damit könnten wir den Effekt der CO₂-Steuerung an dieser Stelle verdoppeln – nicht, dass das Geld für sonst irgendwelche Projekte ausgegeben wird. Da besteht noch viel Diskussionsbedarf. Man wird trotzdem diese Veränderung nur durch eine grundlegende Reform erreichen können. Ich bin auch der Meinung, dass wir in der Erkenntnis, zumindest was die SPD angeht, gar nicht so weit auseinanderliegen, dass natürlich die Überforderung der Bürger gesehen wird. Ausgenommen davon sind vielleicht die GRÜNEN. Sie erkennen vielleicht nicht, dass es eine Überforderung gibt. Aber die Bundes-SPD hat auch das erkannt.

Anders kann ich die Ausführungen von Herrn Gremmels nicht deuten. Wenn Herr Gremmels hier vorne steht und sagt: „Wir müssen Steuern senken“, bin ich immer noch überrascht. Die SPD hat in ihrem Landtagswahlprogramm so ein Bündel Erhöhungen vorgesehen. Aber hier vorne erklärt Herr Gremmels – und versucht glaubwürdig zu sein –, dass man eine Steuersenkung braucht, weil die Belastung der Bürger zu hoch ist. Das haben Sie doch selbst hier gesagt. Das kann man bestimmt im Protokoll nachlesen. Das müssen Sie doch erkennen.

Darum gilt der Grundsatz, den Ministerin Puttrich gesagt hat, dass genau an dieser Stelle am Strompreis auch eine Akzeptanz gemessen wird. Das müssen Sie doch verstehen. Sie haben doch schon mehr als einen Wahlkampf gemacht. Sie wissen auch, dass die Bürger über eine gewisse Grenze nicht belastbar sind.

Ich kann immer nur an Sie appellieren: Wenn Sie es mit der Energiewende ernst meinen, dann müssen Sie von diesem reinen Subventionsweg, Förderweg, oder wie immer Sie das nennen wollen, des EEG weg. Sie können genau nachrechnen, was das die nächsten zehn Jahre kosten würde. Die nächsten zehn Jahre gibt es keinerlei Absenkungen von diesen 10 Milliarden €, sondern es kommt immer nur obendrauf. Dann können Sie die Belastung für die Bürger 1 : 1 linear abbilden.

Von daher kann ich nur sagen: Sie können hier ein paar Rechentricks veranstalten. Ich habe den Antrag der GRÜNEN gelesen. Ich habe vorhin in einer Lobbyzeitung genau dieselbe Argumentation gelesen – die EEG-Lobbyzeitung könnte Originaltext der GRÜNEN sein. Also 1 : 1 im Ar-

gument überführt. Sie müssen sich einmal von dieser Denkweise lösen und überlegen,

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

wie wir da weiterkommen. Darum appelliere ich an Sie: Sie müssen wirklich versuchen, einmal innezuhalten, Luft zu holen, sich von den Symbolen zu lösen.

(Zurufe der Abg. Timon Gremmels (SPD) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie sollten versuchen, diese Emotionalität aus Ihrer Diskussion herauszunehmen, nicht emotional zu diskutieren, einfach einmal nicht über den Bauch zu denken,

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nicht verstanden, was Frau Puttrich gesagt hat!)

sondern ganz einfach einmal den Kopf einzuschalten, den Rechenschieber herauszunehmen und eine rationale Energiewende anzustreben. Dann können wir auch wieder zusammenkommen, weil das der richtige Weg für Hessen ist. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Es ist unschwer festzustellen, wer als Nächste sprechen wird: Frau Kollegin Dorn für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie hat nachgefragt, und wir haben zugelassen, dass eine kleine Tabelle gezeigt werden darf,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Logisch!)

um vorab an dieser Stelle gleich eine Diskussion darüber zu vermeiden. – Frau Dorn, Sie haben das Wort.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, vielen Dank! Herr Rock, eines besseren Beweises hat es eigentlich nicht bedurft als diese platte Rede: Sie stehen einfach nicht zur Energiewende.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Frau Puttrich, ich gebe zu, spätestens seit heute habe ich eine gewisse Bewunderung für Sie. Es gibt eigentlich wenige Politikerinnen, die so strahlend, die selbstbewusst etwas verkaufen können, was gar nicht existiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Ein Zweites. Ich kenne eigentlich nur Bundeskanzlerin Merkel, die es so wunderbar schaffen kann, so zu tun, als ob sie nichts, aber auch gar nichts mit der schwarz-gelben Koalition zu tun hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Frau Puttrich, das macht eine geschickte Politikerin aus. Aber das macht noch lange keine gute Energiepolitik in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Puttrich, wo ist sie denn? Wo ist denn diese Energiewende eigentlich? Wo ist denn der Komplettumbau der Energieversorgung, von dem Sie gesagt haben, dass wir gerade mittendrin sind? Sie versagen doch vollkommen beim Aufbau einer regenerativen Energiewirtschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meinen Sie wirklich, die Leute draußen würden sagen: „Wow, nach Fukushima ist echt etwas passiert, hier überall brummt es, die Energiewende ist in vollem Gang“? Meinen Sie, dass das die Leute da draußen sagen? – Wissen Sie, die Einzigen, die hier brummen, sind die Bürgermeister. Die brummen vor Zorn, weil Sie die Gemeinden beim Windkraftausbau behindern.

(Lachen bei der CDU)

Sie behindern sie darin, die Energiewende vor Ort zu gestalten, weil Sie verhindern, dass die Wertschöpfung vor Ort generiert werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Das ist so etwas von dumm!)

Frau Puttrich, wen kritisieren Sie eigentlich in Ihrer Regierungserklärung, wenn Sie sagen, dass man nicht immer nur über den Strompreis reden sollte?

(Timon Gremmels (SPD): Herrn Altmaier!)

Wer war es denn, der die ganze Zeit nur über die Energiekosten gesprochen hat? – Ja, es ist absolut richtig. Die Stromkosten haben einen viel geringeren Anteil an den gesamten Haushaltskosten als die anderen Bereiche. Ich habe Ihnen hier eine Tabelle mitgebracht.

(Die Rednerin hält eine Grafik hoch.)

Wohnen ist ein ganz großer Block, der Verkehrsbereich ist ein ganz großer Block. Das ist der Strom, und das ist die EEG-Umlage; diese sind sehr kleine Blöcke. Darum streiten wir gerade. Herr Rock, genau über diesen Punkt streiten wir die ganze Zeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD) – Wortmeldung des Abg. René Rock (FDP))

– Ich möchte meine Ausführungen erläutern, bevor es Zwischenfragen gibt.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Dorn?

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein.

(René Rock (FDP): Sehr mutig! Mich ansprechen, aber keine Zwischenfrage zulassen!)

Wer hat denn diese Strompreiskampagne die ganze Zeit hochgezogen? Wer wollte denn die erneuerbaren Energien schlechtmachen? – Das waren Ihre schwarz-gelben Kollegen auf Bundesebene, und Sie haben in Hessen alle kräftig mitgemacht. Sie sind doch schuld an dem Thema.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Puttrich, für wen reden Sie eigentlich, wenn Sie fordern, dass man die CO₂-Zertifikate verknappen sollte? – Das stimmt, das ist absolut notwendig. Das ist notwendig, damit wir beim Thema Energieeffizienz vorankommen, damit es mehr Möglichkeiten für Einnahmen gibt, um gerade die energetische Sanierung zu finanzieren. Aber wer hat es denn in der EU verhindert? – Das war doch Ihre schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene. Was sind denn das für Krokodilstränen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Puttrich, ich muss schon feststellen, etwas hat geholfen. Es hat geholfen, dass Sie sich gerade mit unserer grünen Wirtschaftsministerin aus Rheinland-Pfalz, Eveline Lemke, treffen, um über die EEG-Änderung zu verhandeln. Sie vertreten nun nicht mehr diesen ganzen Wahnsinn von Altmaier und Rösler, der die erneuerbaren Energien in die Knie zwingen würde.

(Timon Gremmels (SPD): Das kann morgen wieder anders aussehen!)

Aber, Frau Puttrich, was ich bei Ihrer Regierungserklärung noch nicht verstanden habe: Für wen haben Sie hier eigentlich geredet? Reden Sie auch für Ihren Koalitionspartner? – Herr Rock hat gerade das komplette Gegenteil erzählt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Reden Sie auch für Ihren Finanzminister? Reden Sie für die ganze Koalition? Wo ist denn genau der Antrag zu Ihren Änderungen? – Ich glaube, das ist Ihre ganz persönliche Meinung, und Sie verbreiten hier einfach nur Chaos.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Timon Gremmels (SPD): Die Meinung von heute!)

Frau Puttrich, eines ist klar: Für die Verbraucherinnen und Verbraucher reden Sie leider nicht. Denn Sie haben nicht gefordert, dass die ganzen massiven Befreiungen der Industrie, die unter Schwarz-Gelb geschehen sind, zurückgenommen werden. Sie wollen weiterhin Klientelgeschenke austragen, auf dem Rücken der Verbraucherinnen und Verbraucher, auf dem Rücken der kleinen und mittleren Unternehmen.

(René Rock (FDP): Wer hat denn damit angefangen? Sie haben es erfunden!)

– Herr Rock, wir haben die stromintensive Industrie befreit. Sie haben es genutzt, um einfach mal alle ausufernd zu befreien. Das ist ein großer Unterschied. Das sind keine fairen Strompreise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wie schaut es denn in Hessen aus?

(Zurufe von der CDU: Gut!)

13 Jahre haben Sie hier regiert, müde und erschöpft. Sie haben alle wirtschaftlichen Chancen, die diese Energiewende bietet, einfach davonziehen lassen. Frau Puttrich, Sie haben immer noch nicht verstanden, was für ein wichtiger Wirtschaftsfaktor die Energiewende in Hessen ist. Sie haben einmal über wirtschaftliche Chancen gesprochen; das war beim Thema Umwelttechnologie und Energietechnologie. Aber was Sie noch nicht verstanden haben, ist:

Die Energiewende zieht vor Ort doch viel mehr Effekte nach sich. Hier geht es wirklich um kommunale Wertschöpfung, um 40.000 Arbeitsplätze bis 2030. Wir haben Arbeitsplätze vom Handwerker bis zum Ingenieur. Schauen Sie doch nach Nordhessen, Sie können es doch erleben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Puttrich, was haben Sie denn getan, statt über diese Chancen zu reden? – Sie haben gewarnt, dass der Wirtschaftsstandort durch die Energiewende nicht gefährdet werden dürfe. Genau das Gegenteil ist doch der Fall. Durch die Energiewende können wir genau unseren Wirtschaftsstandort in Hessen dauerhaft stärken.

Ein vernichtenderes Zeugnis als das, das Sie gerade wieder ausgestellt bekommen haben, gibt es wahrscheinlich kaum. Hessen ist beim Ausbau der erneuerbaren Energien schon wieder das letzte aller Flächenländer. Dann beschwerten Sie sich immer: Diese Studie ist doch unfair; die bezieht gar nicht ein, was für Anstrengungen wir mit dem Energiegipfel unternommen haben; wir haben doch so viel getan. – Jetzt schauen wir doch einmal genau in die Studie. Wenn man schaut, wie sehr sich die Bundesländer für die Energiewende angestrengt haben – auch da gibt es ein Ranking –, stellt man fest, da sind Sie ganz am Ende.

(René Rock (FDP): Baden-Württemberg!)

Wissen Sie, was? – Wenn Sie beim Profifußball wären, würde man von einem Abstiegsplatz sprechen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

und alle würden nach einem Trainerwechsel rufen.

(Timon Gremmels (SPD): Das nützt nichts, das haben sie schon! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dann müsste die ganze Mannschaft gehen!)

– Das tun wir gern, wir können gern die ganze Mannschaft auswechseln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das eine Problem der Energiewende ist, dass Sie die ganzen letzten Jahre die Energiewende torpediert haben. Das andere Problem ist, Sie haben es einfach noch nicht erkannt und werden weiterhin die Energiewende völlig an die Wand fahren.

Frau Ministerin, Sie haben ganz geschickt versucht, es zu verstecken – darin sind Sie wirklich gut –, und haben gesagt: Wir haben doch die erneuerbaren Energien in den letzten zehn Jahren verdreifacht. – Verdreifachen ist auch nicht schwer, wenn man fast nichts zu bieten hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist denn der Anteil von Windstrom an unserem hessischen Gesamtstromverbrauch? – Jämmerliche 3 %. Was kann denn Rheinland-Pfalz bieten, das wirklich vergleichbar mit uns ist? – 10 %. In Ostdeutschland sind wir bei 50 %, und Hessen bietet 3 %. Das ist einfach armselig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Herr Rock, was tun Sie eigentlich, um unabhängig von fossilen Energien zu werden? – Sie haben das Fracking-Thema angesprochen, aber nicht wirklich gesagt, was Sie da

eigentlich wollen. Was tun Sie eigentlich, damit wir in Hessen kein Fracking machen müssen, damit wir unabhängig von fossilen Energien werden? – Ich kann Ihnen einmal zeigen, wie sich die Preise der fossilen Energien entwickelt haben.

(Die Rednerin hält eine Grafik hoch.)

Das ist die Entwicklung der Preise vom Jahr 2002 bis 2012. Darin stecken die größten Erhöhungen der Strompreise und nicht in erneuerbaren Energien. Ihre Strompreislüge ist einfach nur erbärmlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir könnten der Welt beweisen, dass ein Industrieland wie Deutschland wirtschaftlich stark sein und den Klimaschutz einhalten kann, wenn wir vorgehen. Aber Sie lassen diese Chance seit Fukushima völlig verstreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Sie haben nichts aufzubieten, was der Erwähnung wert wäre. Frau Puttrich, Sie sagen selbst, Sie haben keinen Masterplan. Aber wir als GRÜNE haben einen Masterplan; denn wir können Energiewende.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir können Energiewende und setzen uns ganz bewusst nicht ein Ziel 2050, das unendlich weit entfernt ist. Wir setzen uns ein Ziel 2030. Bis 2030 wollen wir 100 % Strom aus erneuerbaren Energien haben. Wenn Sie immer nur über 2050 reden und keine Zwischenschritte vornehmen, keine Umsetzungsschritte definieren, dann ist das natürlich sehr bequem für Sie. Denn dann müssen Sie heute nicht anfangen und können sich einen schlanken Fuß auf Kosten der nächsten Generation machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir sagen ganz klar, wir wollen in allen drei Bereichen vorankommen, beim Strom, beim Verkehr und bei Wärme. Wir wollen für alles ganz klare Etappen. Wir haben in den letzten Jahren schon unendlich viele Vorschläge gemacht – Sie haben alle abgelehnt.

(René Rock (FDP): Auch das stimmt nicht!)

Was kam dann? – Ein Gesetz als Antwort auf den Hessischen Energiegipfel. Das war nicht mehr als ein klappriges Gerüst, das zusammenfällt, sobald man es belastet. Dieses Gerüst hat seitdem keinen Backstein, keinen Pfeiler, keine Stütze gesehen. Sie haben das Gerüst sogar selbst eingerissen.

Schauen wir uns doch die Windenergie an. Wirtschaftsminister Rentsch hat einen Verhinderungserlass geschickt, den Landesentwicklungsplan. Das Umweltministerium wollte sich nicht lumpen lassen und hat noch eines obendrauf gesetzt: Dann kam der Naturschutzerlass. Mit diesen beiden Erlassen haben Sie künstlich und mutwillig die Standorte für Windenergie – –

(Lebhafte Zurufe von der CDU – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Im Gegensatz zu Ihnen haben wir eine Lösung für Naturschutz und Windkraft. Sie haben keine Lösung, Sie wollen

Windkraft verhindern. Wir haben eine Idee, wie wir genau das kombinieren können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die 2 % werden Sie so nicht erreichen. Das ist übrigens nicht nur unsere Meinung, das ist auch die Meinung Ihrer Kollegen. Fragen Sie doch einmal Ihre Kollegen von CDU und – –

(Zurufe der Abg. Peter Stephan und Kurt Wiegel (CDU))

– Jetzt beruhigen Sie sich einmal. Sie kommen doch aus Mittelhessen. Fragen Sie doch einmal Ihre Kollegen in der Regionalversammlung, was genau da beschlossen worden ist. Die Regionalversammlung Mittelhessen – –

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten, damit man die Rednerin besser hören und verstehen kann. – Frau Dorn, bitte schön.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich verstehe, dass es Ihnen wehtut, dass Sie kritisiert werden. Aber lassen Sie mich doch wenigstens einmal ausreden. Ich zitiere:

Die Regionalversammlung Mittelhessen kritisiert die Vorgabe des Landes Hessen, die zu einer erheblichen Einschränkung in der Planung führt, deren Ziele damit gefährdet und Investitionen in Windkraft zu verhindern droht.

Da haben Ihre Kollegen mit zugestimmt. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Für den Naturschutz muss es gewisse Gebiete geben, bei denen es einen kompletten Ausschluss gibt. Aber es gibt einen ganz großen Bereich Graufäche, bei dem man individuell je nach dem Ort schauen kann, ob es da wirklich Probleme hinsichtlich des Naturschutzes gibt.

Weil es ziemlich bequem ist, sagen Sie: Wir schließen einfach alles aus. – Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie behindern die Nutzung der Windkraft vor Ort. Sie legen den Genossenschaften und den Kommunen Steine in den Weg. Sie bevorzugen Windkraftparks auf dem Meer.

Wer profitiert davon? Wer profitiert von Ihrer Politik? – Das sind die großen Unternehmen und nicht die Bürgerinnen und Bürger. Sie machen weiterhin Energiepolitik für die großen Konzerne. Wir wollen eine Energiewende in Bürgerhänden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

In ganz vielen Sonntagsreden betonen Sie die Themen Energieeinsparung und Energieeffizienz. Man könnte all das unterschreiben, was Sie da sagen. Frau Puttrich, was machen Sie aber wirklich ganz konkret in diesem Bereich? Vor allem lenken Sie erst einmal ab.

Ja, wir sind da einer Meinung: Die Blockade im Bundesrat hinsichtlich der energetischen Sanierung muss gelöst werden. Dazu gehören aber immer zwei Seiten.

Frau Puttrich, eines lassen wir Ihnen bei diesem Thema nicht durchgehen. Sie nennen das immer, wenn es um die energetische Sanierung geht. Sie verstecken sich mit diesem Angriff doch nur vor Ihrer eigenen Untätigkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was haben Sie denn genannt? – Sie haben das Förderprogrammchen zum Austausch alter Heizungspumpen genannt. Ja, das ist ein sinnvoller Beitrag. Das ist keine Frage.

(Peter Stephan (CDU): Sie verhindern in Berlin etwas Gescheites!)

Daraus wird aber keine Energiewende. Herr Stephan, Sie zeigen keinerlei Mut für konsequente Schritte. Warum schreiben wir in Hessen eigentlich vor, welche Farbe der Gartenzaun und welche Form die Dachziegel haben müssen, aber wenn es um den Klimaschutz geht, dann ist alles ganz plötzlich großer Zwang?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen auf eine kluge Kombination. Wir glauben, das Wichtigste ist das Fördern. Es geht aber auch darum, die Hauseigentümer für den Klimaschutz in die Pflicht zu nehmen. Das würde uns wirklich weiterbringen.

Frau Puttrich, Sie haben über Beratung geredet. Ja, die Beratung ist wichtig. Wir fordern sie seit den Achtzigerjahren. Seitdem hat sich aber einiges getan. Wir haben mittlerweile nicht zu wenig Beratung, sondern wir haben Beratung wie Sand am Meer.

Das Problem besteht doch jetzt darin, dass die Verbraucher gar nicht mehr wissen, wohin sie sich wenden sollen. Welcher der Energieberater und welcher der Handwerker ist denn für eine energetische Sanierung richtig qualifiziert? – Genau da brauchen wir eine Offensive für die Verbraucher. Sie sind auch die Verbraucherschutzministerin. Warum haben Sie sich diesen riesigen Bereich nie angesehen und da nie etwas getan?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Puttrich, da Hessen beim Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien so weit hinten liegt, könnte es wenigstens zum Energieeffizienzland Nummer eins werden. Aber da haben andere Länder wie Baden-Württemberg Sie bei Weitem überholt. Es gibt eben auch Bundesländer, in denen mehr gemacht wird, als einfach nur Sonntagsreden zu halten.

Jetzt möchte ich auf den Aufbau einer regenerativen Energiewirtschaft zu sprechen kommen. Das ist eine große Herausforderung. Das haben Sie alles richtig beschrieben. Sie haben auch viele Forschungsprogramme aufgelegt, die wir durchaus positiv finden.

Frau Puttrich, angesichts all dieser Aspekte frage ich mich: Gibt es da eigentlich ein System? Wohin wollen Sie eigentlich? – Ich glaube, Sie haben keinerlei Ahnung, wohin Sie wollen. Deswegen herrscht bei dem ganzen Thema ein einziges Chaos.

(Kurt Wiegel (CDU): Aber Sie!)

– Ja, wir haben eine Idee. Ich kann einmal mit dem Netzausbau anfangen. Da sind wir uns eigentlich einig. Sie soll-

ten nicht dauernd dazwischenrufen. Wir brauchen für den Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien den Netzausbau.

Jetzt geht es um die spannende Frage: Welches Netz brauchen wir da? – Im Moment können alle Bundesländer anmelden, in welchem Umfang sie die Nutzung der erneuerbaren Energien ausbauen wollen. Dementsprechend wird das Netz dann angepasst werden.

Jetzt tun Sie gerade so, als ob Sie eigentlich mehr machen wollten, aber die rot-grün geführten anderen Bundesländer würden so egoistisch sein – Sie haben gesagt: föderal egoistisch – und würden so viel von diesem Strom liefern, deswegen könnten Sie nicht mehr erbringen. Frau Puttrich, wir haben nicht 25 % zu viel an der Nutzung der erneuerbaren Energien in Deutschland. Wir haben da 75 % zu wenig. Wir haben in Hessen noch ganz schön viele Möglichkeiten, unseren Beitrag zu leisten.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn wir jetzt nicht sagen, dass wir viel Strom aus erneuerbaren Energien liefern wollen, dann bekommen wir ein Netz, das dementsprechend ausgebaut ist. Was werden wir dann für ein Problem bekommen? – Wir werden von den nördlichen Bundesländern abhängig werden. Wir haben dann nicht die Wertschöpfung vor Ort, die wir haben könnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Timon Gremmels (SPD))

Ich möchte jetzt auf das Thema Gaskraftwerke zu sprechen kommen. Frau Puttrich, auch dazu haben Sie in Ihrer Regierungserklärung Krokodilstränen geweint. Sie haben gesagt, es gebe keine Anreize. Wer ist denn daran schuld, dass es keine Anreize gibt? Das sind Ihre Kollegen auf Bundesebene von Schwarz-Gelb. Außerdem sind es Sie selbst. Wer weigert sich denn, einen Markt für Kapazitäten einzurichten? Sie sagen, das wäre nicht möglich, und das wäre alles zu teuer.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir brauchen Anreize. Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, müssen ganz schnell andere Energiekapazitäten zugeschaltet werden. Das müssen Kapazitäten sein – das haben Sie immer noch nicht verstanden –, die keine Belastung für das Klima darstellen. Vielmehr müssen das emissionsarme Kapazitäten sein. Die bekommt man über Gaskraftwerke und Biogasanlagen.

Die Industrie steht bereit, ein Lastenmanagement zu betreiben. Sie lassen all diese Möglichkeiten vollkommen verstreichen.

Was machen Sie? – Sie verstopfen die Netze mit Kohlestrom. Das ist Ihre einzige Antwort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Herr Stephan, haben Sie sich eigentlich einmal mit der Abschaltverordnung beschäftigt? Haben Sie einmal gesehen, was Sie da auf Bundesebene machen? – Sie geben den klimaschädlichen Kohlekraftwerken einen Wettbewerbsvorteil. Sie setzen auf das falsche Pferd, nämlich auf die schmutzigen Kohlekraftwerke. Warum ist das so? – Es ist

so, weil Sie das bleiben, was Sie schon immer waren, nämlich die Vasallen der großen Energiekonzerne.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel, Timon Gremmels (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Widerspruch bei der CDU)

– Sie fühlen sich ganz schön getroffen. – Ihr klappriges Gerüst der Energiewende ist schon längst zusammengebrochen. Bei uns liegen lauter lose Teile. Keiner weiß, wohin damit, welchen Zusammenhang sie haben und wie sie miteinander wirken könnten.

Frau Puttrich, ich komme nun auf Ihren Vorschlag zum Erneuerbare-Energien-Gesetz zu sprechen. Ich nehme mit Interesse zur Kenntnis, dass Sie in den letzten Tagen gemerkt haben, dass Ihre beiden Bundesminister mit ihren Vorschlägen vollkommen über das Ziel hinausgeschossen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Timon Gremmels (SPD): Frau Puttrich hat einmal auf uns gehört!)

Ich sehe aber nicht, was die Meinung der Koalition ist. Ich finde, sie hat eine andere Meinung. In ihrem Dringlichen Entschließungsantrag steht nichts von Ihren Vorschlägen. Herr Rock hat nichts dazu gesagt.

(René Rock (FDP): Was?)

– Sie haben nichts zu den Vorschlägen der Frau Puttrich in ihrer Regierungserklärung gesagt. Herr Rock, Sie haben nur davon gesprochen, dass wir ein Quotenmodell bräuchten. Das wäre die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und genau das Gegenteil von dem, was Frau Puttrich erzählt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen einen Antrag mit ganz konkreten Inhalten vorgelegt. Würden unsere Änderungsvorschläge umgesetzt, würde die Nutzung der erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Wir würden 4 Milliarden € einsparen. Herr Rentsch, das wären 50 € für einen vierköpfigen Haushalt. Wo ist eigentlich Ihr Antrag?

Die Strompreislüge ist eine ganz lang angelegte Kampagne gewesen. Sie wurde von Ihnen und gerade auch von der FDP ordentlich unterstützt.

Sie wollen den Menschen Angst machen. Sie wollen ihnen Angst vor der Nutzung der erneuerbaren Energien machen. Ich erinnere an die Äußerungen des Ministerpräsidenten Bouffier. Im September letzten Jahres hat er noch davon gesprochen, bei der Nutzung der erneuerbaren Energien gebe es einen Wildwuchs, und wir müssten aufpassen, dass die Stromrechnungen nicht unbezahlbar würden.

(Zuruf von der FDP: So ist es! – Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

– „So ist es!“ Ich darf Sie noch einmal an das Bild erinnern, mit dem Sie bei dem Strom gerade übertrieben haben.

(René Rock (FDP): Ich durfte nicht fragen! Vielleicht darf ich jetzt einmal fragen!)

– Wenn ich am Ende meiner Rede noch Zeit habe, dürfen Sie gerne fragen.

(Zuruf von der CDU: Ich befürchte, nicht!)

– Es tut mir leid, dass Sie mir nicht zuhören. Wenn Sie die ganze Zeit dazwischenrufen und ich hier nicht weiterkomme, habe ich am Ende auch keine Redezeit mehr.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, Herr Altmaier hat in den letzten Tagen eine schockierende Zahl an die Wand gemalt. Das geschah absichtlich, um den Menschen Angst zu machen. Er sagte, die Energiewende würde 1 Billion € kosten.

(Zuruf)

– Ja, es ging um 1 Billion €. – Eines haben Sie immer noch nicht verstanden. Das hat Herr Altmaier völlig vernachlässigt. Es geht darum, wie viel Einsparungen wir mit der Energiewende erzielen könnten. Erinnern Sie sich an die Grafik hinsichtlich der Nutzung der fossilen Energien.

Es gibt Schätzungen, denen zufolge wir 10 Billionen € bis zum Jahre 2030 einsparen könnten. Diese 1 Billion € entbehren jeder Grundlage. Sogar das Umweltministerium musste ihm in den Rücken fallen, weil es so ein Schwachsinn war, was da verbreitet wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Na, na, na, was ist das für eine Wortwahl?)

Nun kam immer mehr ans Tageslicht, was diese Ausbaubremse für erneuerbare Energien eigentlich anrichtet.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Wer ist bei Ihnen eigentlich Spitzenkandidatin? – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eine schwache Rede! – Gegenruf des Abg. Timon Gremmels (SPD): Frau Dorn ist besser als Ihre Ministerin!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, ich bitte darum, dass Frau Dorn jetzt wieder alleine zu Wort kommt und nicht andere versuchen, sie zu übertönen.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es tut mir leid, dass Sie bei der Energiewende so kläglich gescheitert sind und dass Sie hier gerade Ihre Regierungserklärung in den Sand gesetzt haben. Aber lassen Sie Ihre Aggressionen nicht an mir aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten Tagen wurde deutlich, was Sie den erneuerbaren Energien antun. Die Münchner Stadtwerke, das größte kommunale Unternehmen in Deutschland, haben wegen Ihrer Pläne ihre gesamten Investitionen für erneuerbare Energien auf Eis gelegt. Herr Kollege Gremmels hat das gerade erwähnt. Hessen-Energie hat sich heute zu Wort gemeldet und aufgezeigt, was das für ihre Projekte hier vor Ort, bei uns in Hessen bedeuten würde, was alles nicht mehr laufen würde. Spätestens hier haben auch die Menschen draußen gemerkt, was Sie eigentlich vorhaben. Sie versuchen mit allen Mitteln, die Energiewende zu torpedieren.

Frau Puttrich, Ihre Kanzlerinnentaktik hier ist ja ganz nett: so zu tun, als ob Sie mit alledem auf Bundesebene nichts zu tun hätten. Was haben Sie in all diesen Abstimmungsgesprächen, die Sie mit Bundesumweltminister Altmaier ge-

führt haben, eigentlich gesagt? Was haben Sie da eigentlich besprochen? Was hat eigentlich Ministerpräsident Bouffier im CDU-Vorstand gesagt? Wie haben Sie denn über das Erneuerbare-Energien-Gesetz geredet? Reden Sie über solche Themen nicht? – Das glaube ich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es absolut richtig, wenn Sie sagen, bei Bestandsanlagen darf nicht gekürzt werden. Der Staat muss halten, was er versprochen hat, absolut d'accord. Das ist genau das, was auch in unserem Antrag steht.

Genauso, dass die Vergütung von Windkraft durch das Land nicht pauschal gekürzt werden soll: absolut d'accord, denn das würde genau uns treffen, die Windräder im Süden.

Was sagt aber eigentlich der Kollege Rentsch dazu? Das würde mich doch sehr interessieren.

Dann Ihre Forderung, die Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage abzuschaffen. Haben Sie eigentlich einmal mit dem Finanzminister darüber geredet, was das bedeutet? Sagt der Finanzminister: „Ja, es ist kein Problem, dass wir allein in Hessen 50 bis 60 Millionen € weniger einnehmen“? Ist das alles mit ihm schon längst besprochen? Warum gibt es dann von Ihnen keinen Antrag dazu?

Wenn Sie das machen: Wie wollen Sie dann eigentlich die ganzen energetischen Sanierungen finanzieren?

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Wie wollen Sie die einkommensschwachen Haushalte dabei fördern? Ich frage mich: Was haben Sie da eigentlich vor, und was sagt Finanzminister Schäfer angesichts des desaströsen Schuldenstandes dieses Landes dazu?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Es gibt einen anderen Weg: Die Industrieprivilegien endlich abschaffen – von denjenigen, die Sie massiv von den Abgaben befreit haben. Wir würden wirklich die stromintensive Industrie entlasten, die im internationalen Wettbewerb steht, der Rest sind reine Klientelgeschenke, die nicht notwendig sind. Das sind Geschenke zulasten der Verbraucherinnen, zulasten der kleinen und mittleren Unternehmen,

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

übrigens die Mehrzahl der Unternehmen hier in Hessen. Das sind keine fairen Strompreise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Timon Gremmels (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Frau Puttrich, für wen reden Sie? Reden Sie für sich selbst? Reden Sie für die Arbeitsgruppe der Bundesländer? Reden Sie für Ihren Kollegen Rentsch mit? Reden Sie für Ihren Kollegen Schäfer mit? Reden Sie für Ihre Koalition, die bei ganz wichtigen Passagen Ihrer Rede gar nicht geklatscht hat, sondern nur wir GRÜNE? Für wen reden Sie? Das Einzige, was ich merke: heute dies, morgen das. Ihre Energiepolitik ist ein einziges Chaos. Sie haben noch nicht verstanden: Eine richtig gute Energiepolitik macht eines aus – Verlässlichkeit. Genau dies aber bieten Sie nicht.

(Timon Gremmels (SPD): Das wollen sie nicht!)

Gute Energiepolitik braucht einen Plan. Genau den bieten Sie nicht. Deswegen: Schwarz-Gelb kann und will diese Energiewende nicht. Wir können die Energiewende. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Judith Lannert und Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Dorn.

Bevor ich die nächste Rednerin ankündige, freue ich mich, auf der Zuschauertribüne unseren ehemaligen Kollegen Herrn Dr. Jürgens begrüßen zu dürfen. Seien Sie uns willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt haben Sie das Wort, Frau Kollegin Wissler, für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, das Bild, das Sie hier von der hessischen Energiepolitik gezeichnet haben, hat leider mit der Realität nur sehr wenig zu tun. Sie sprachen von einer Straße, die Sie jetzt bauen, damit die nächste Generation sie befahren könne. Frau Ministerin, ich muss aber feststellen: Ihre Politik gleicht doch eher einer Sackgasse, aus der man erst mühsam wieder wird herausfinden müssen.

Meine Damen und Herren, es gibt zwei wirklich große Erfolge in der hessischen Energiepolitik der letzten Jahre, aber mit denen hat die Landesregierung herzlich wenig zu tun. Der erste große Erfolg ist, dass Biblis für alle Zeit vom Netz ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Dagegen hat sich aber gerade diese Landesregierung lange mit Händen und Füßen gewehrt.

Der zweite Erfolg ist das Aus für den Kohlekraftwerksblock Staudinger 6. Dass diese Dreckschleuder nicht gebaut wird, ist nicht zuletzt der Bürgerinitiative und ihrem ausdauernden Protest zu verdanken.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zeigt aber auch: In diesem Land ändert sich ohne gesellschaftlichen Druck, ohne Proteste energiepolitisch nichts zum Guten.

Frau Ministerin, in Ihrer Regierungserklärung bejubeln Sie jetzt Ihre Energiepolitik und produzieren genau das, was wir in Sachen Klimaschutz am wenigsten brauchen, nämlich ganz viel heiße Luft.

Nach den Bildungswochen, den Sicherheitswochen, den Wirtschaftswochen hat die Landesregierung jetzt die Energiewochen ausgerufen. Das Problem ist: Dabei geht es Ihnen vor allem um pressewirksame Auftritte. Es geht Ihnen um schöne Fotos. In der Sache aber ändern Sie leider überhaupt nichts.

Der CDU-Generalsekretär Beuth hat in der letzten Woche eine Presseerklärung herausgegeben, in der er eine positive Bilanz der Energiewende in Hessen zieht. Für Herrn Beuth

ist die Energiewende offenbar bereits abgeschlossen – ich weiß nicht, wie das sonst zu verstehen ist.

In dieser Presseerklärung warnte Herr Beuth vor zu großer Eile; Zeitdruck sei kontraproduktiv. Ich meine, man sollte Herrn Beuth vorschlagen, den Begriff „Erderwärmung“ einmal zu googeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun weiß ich, dass das schwarz-gelbe Weltbild auch durch die Wirklichkeit meist nicht zu erschüttern ist. Dennoch möchte ich einige Fakten nennen, um den Stand der Dinge in diesem Land einmal zu beschreiben.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das DIW, hat erst kürzlich – das wurde schon angesprochen – seinen Ländervergleich zum Ausbau der erneuerbaren Energien veröffentlicht. Das DIW kommt zu dem Schluss: „Engagement und Erfolge der Bundesländer unterscheiden sich stark“. Im Gesamtranking befindet sich Hessen von den 16 Bundesländern auf dem 13. Platz, also weit hinten. Schlechter sind nur Berlin, Hamburg und das Saarland.

Nun muss man sagen, Berlin und Hamburg sind Stadtstaaten, und man kann nicht einfach einmal einen Windpark auf den Alexanderplatz bauen. Bei den Flächenländern ist Hessen auf dem vorletzten Platz.

Ich will Ihnen auch nicht verschweigen, wer auf Platz 1 ist: Das ist Brandenburg, gefolgt von Bayern und Schleswig-Holstein.

Ich sage Ihnen das nur, um zu verdeutlichen, wo Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern steht. In Sachen Energiewende ist Hessen eben nicht Vorreiter, sondern Schlusslicht. Natürlich liegt das auch an den energiepolitischen Dinosauriern in der hessischen CDU.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, jetzt haben Sie leider zu einem sehr wichtigen energiepolitischen Thema, das insbesondere die Menschen in Nordhessen bewegt, kein Wort gesagt, nämlich zum Thema Fracking. Das Thema kommt morgen, aber ich sage Ihnen meine Meinung dazu schon heute – vielleicht kann ich Sie positiv beeinflussen, und Sie können das in Ihre morgige Rede mit einfließen lassen.

Gestern hat sich die Bundesregierung darauf verständigt, Fracking zuzulassen. Zu Recht sind die Menschen deshalb sehr aufgebracht.

(Heinrich Heidel (FDP): In Niedersachsen machen die das seit 30 Jahren!)

Es ist eine absolute Wahnsinnsidee, Chemikalien unter die Erde zu pumpen, um Erdgas zu gewinnen – zumal die Ausbeute, um die es in Nordhessen überhaupt geht, wohl kaum die Energie der Zukunft sichern wird: bei den Mengen, die dort vermutet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Auswirkungen auf das Grundwasser können verheerend sein. Das zeigen die Beispiele aus den USA.

Die Gesundheit der Menschen in Nordhessen darf nicht den Profitinteressen von Konzernen geopfert werden. Frau Ministerin, bisher haben Sie keine Genehmigung dafür erteilt. Das begrüßen wir ausdrücklich. Ich will Sie aber auffordern: Schaffen Sie Klarheit, und erklären Sie Hessen zur Fracking-freien Zone.

(Beifall bei der LINKEN)

Gestern hat sich die Bundesregierung auf Regeln für das Fracking geeinigt. Ich finde es schon bemerkenswert – vielleicht als einen Nebenaspekt –, wie wenig Rücksicht Schwarz-Gelb an dieser Stelle auf das ästhetische Empfinden der Menschen nimmt.

Im Gegensatz zu Windrädern, die Sie ja gern als „Windkraftmonster“ bezeichnet haben, die die Landschaft „verspargeln“, scheinen Sie Bohrtürme für das Fracking in der Landschaft nicht weiter zu stören.

Fracking ist eine Risikotechnologie. Die einzig sinnvolle Regelung, auf die man sich in Bezug auf Fracking verständigen kann, ist ein vollständiges Verbot – bundesweit.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bundesumweltminister orakelte vor einigen Tagen, die Energiewende werde bis 2040 1 Billion € kosten. Er sprach von einer „Explosion der Strompreise“ und von „ungebremsten Ausgaben für Ökostrom“. – Was für ein verantwortungsloses Schüren von Ängsten. Die „Süddeutsche Zeitung“ bezeichnete Altmaier als einen „Minister auf Irrfahrt“. Langsam wird mir auch klar, warum Norbert Röttgen damals gehen musste. Offenbar hat er die Energiewende nicht zufriedenstellend behindert.

Altmaier spekuliert jetzt über Kosten, die sich überhaupt nicht überprüfen lassen und die den Menschen Angst machen sollen, dass sie sich in Zukunft ihre Stromrechnungen nicht mehr leisten können.

Dass Investitionen in erneuerbare Energien aber nicht nur Kosten, sondern selbstverständlich auch Erträge bedeuten, das verschweigt Altmaier. Das halte ich für absolut fahrlässig.

Die eigentliche Frage will Altmaier gar nicht stellen. Die eigentlich entscheidende Frage, wenn wir über die Kosten der Energiewende reden, lautet nämlich: Was kostet es denn, wenn es keinen Umstieg auf erneuerbare Energien gibt? – Diese Frage hat Peter Altmaier leider nicht beantwortet. Aber der Journalist Franz Alt hat es getan. Er kommt zu einer sehr interessanten Antwort, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Ich zitiere:

Die deutsche Gesellschaft muss jedes Jahr knapp 80 Milliarden € für den Import von Kohle, Gas und Öl an die russischen Gasbarone und an die arabischen Ölscheichs überweisen.

(Minister Dr. Thomas Schäfer: Auch an Gerhard Schröder!)

– Gerhard Schröder profitiert auch davon.

Das sind in 30 Jahren, mit denen Altmaier für die Energiewende etwa rechnet, 2,4 Billionen €. Hinzu kommen die Folgekosten des Klimawandels, die ohne die Energiewende anfallen. Der frühere Chefvolkswirt der Weltbank ... schätzt, dass diese Folgekosten fünfmal höher sein werden als die Kosten für die Energiewende. Das wären noch mal 5 Billionen €. Wenn wir mal genauso großzügig rechnen wie der Umweltminister, dann kostet eine unterlassene Energiewende ungefähr 7,4 Billionen €.

Franz Alt fragt folgerichtig: Was wollen wir denn zahlen, 1 Billion € oder 7,4 Billionen €? – Wir haben die Wahl. Ich finde diese Berechnung eine ganz wichtige; denn die entscheidende Frage ist nicht, was uns die Energiewende

kostet, sondern die entscheidende Frage ist: Was kostet es, wenn es keine Energiewende gibt und die fossilen Rohstoffe sich dem Ende zuneigen?

(Beifall bei der LINKEN)

Öl, Gas und Uran gehen bald zu Ende, und deshalb werden sie immer teurer. Es ist vollkommen paradox, dass erneuerbare Energien, die auf kostenloser Primärenergie basieren, die überall verfügbar sind und keine ökologischen Schäden verursachen, auf den Energiemärkten teurer sind als die konventionellen Energien aus endlichen Rohstoffen, die in aufwendigen Verfahren gewonnen werden müssen und mit hohen Folgekosten verbunden sind.

Das wäre natürlich ohne die jahrzehntelange milliarden-schwere Subventionierung von Kohle- und Atomstrom überhaupt nicht denkbar. Angesichts der fast 200 Milliarden €, die im Laufe der Jahrzehnte in die Atomenergie gesteckt wurden, und angesichts der gesellschaftlichen Kosten für den Transport und die Lagerung von Atommüll ist es doch geradezu absurd, wenn Sie die erneuerbaren Energien jetzt als Preistreiber in der Energiewirtschaft hinstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt will Schwarz-Gelb eine sogenannte Strompreisbremse einführen. Das ist genauso eine Mogelpackung wie die Schuldenbremse. Der Strompreis ist zweifelsohne viel zu hoch, und er muss gesenkt werden. Ich halte es wirklich für einen Skandal, wenn Menschen Strom und Heizung abgestellt werden, weil sie ihre Rechnung nicht mehr bezahlen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Abklemmungen müssen deshalb verboten, und die staatliche Strompreisaufsicht muss wieder eingeführt werden. Herr Rock, was Sie hier machen, ist vor allem eines, nämlich unglaubwürdig. Ausgerechnet die FDP schwingt sich jetzt zur Anwältin der Hartz-IV-Empfänger auf, und ausgerechnet Sie meinen, Sie müssten die soziale Frage thematisieren, die Sie sonst überhaupt nicht interessiert.

(Widerspruch bei der FDP)

Die interessiert Sie nur dann, wenn Sie sie gegen die Energiewende zu Felde führen können. Deshalb ist es überhaupt nicht glaubwürdig, was Sie hier machen. Wenn Sie in der sozialen Frage aktiv werden wollen, Herr Rock, dann fordere ich Sie auf, sich für höhere Hartz-IV-Regelsätze zu engagieren, sich für Sozialtarife zu engagieren, sich dafür zu engagieren, dass es keine Abklemmungen mehr gibt, dass armen Menschen nicht auch noch der Strom abgestellt wird. Die Menschen haben aber mit Sicherheit nichts davon, wenn Sie hier nur Reden halten und sich am Ende überhaupt nichts ändert. Niemand nimmt Ihnen von der FDP ab, dass Sie die Anwälte der Einkommensschwachen in diesem Lande sind.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der FDP)

Eine Studie im Auftrag der LINKEN im Bundestag kam zu dem Ergebnis, dass der Strompreis allein dann, wenn man die Industrierabatte abschaffen würde, um 1,5 Cent niedriger wäre – nur durch diese eine Maßnahme. Herr Rock, Sie könnten in Ihrer Umverteilungsdebatte auch einmal berücksichtigen, dass wir die Situation haben, dass die privaten Haushalte die Großindustrie subventionieren. Es ist doch überhaupt nicht hinnehmbar, dass die Großindustrie

einen hohen Energieverbrauch hat und die privaten Haushalte dafür blechen sollen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der FDP)

Frau Puttrich, jetzt behaupten Sie, der Strompreis sei ein Gradmesser für die Akzeptanz der Energiewende. Der Preis wird genutzt, um die Akzeptanz der Energiewende zu schwächen. Da wird ganz bewusst an der Preisschraube gedreht. Es ist doch logisch: Wer auf Offshore-Windkraft setzt, statt in die viel günstigere Windenergie an Land zu investieren, der treibt die Kosten natürlich in die Höhe. Angesichts knapper werdender fossiler Energieträger gilt doch gerade umgekehrt: je höher die Energiepreise, desto dringender der Umstieg auf erneuerbare Energien.

Statt bei den Privilegien für die Industrie anzusetzen, will die Bundesregierung die Vergütungen für Ökostrombetreiber jetzt drastisch kürzen. Das hat verheerende Folgen. Viele Projekte stehen vor dem Aus. Sie gefährden damit Investitionen, Sie gefährden Arbeitsplätze, und Sie gefährden den Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Sonst reden Sie immer gerne vom „Vertrauen der Investoren“, von „Investitionssicherheit“ und von „verlässlichen Rahmenbedingungen“. Hier aber nehmen Sie gerade den Landwirten, den Genossenschaften, den Privatpersonen und den Stadtwerken die Grundlage für ihre Investitionen. Das ist einfach nicht in Ordnung. Das ist für die Energiewende absolut kontraproduktiv.

Die Preistreiber sind eben nicht die erneuerbaren Energien, sondern in allererster Linie die vermachteten Marktstrukturen, mit denen wir es auf dem Energiemarkt zu tun haben. Die vier großen Energiekonzerne kontrollieren nämlich weiterhin den Energiemarkt und diktieren die Preise. Ich habe mir den aktuellen Bericht des Bundeskartellamts und der Bundesnetzagentur angeschaut. Der Marktanteil der vier großen Energiekonzerne an der Energieerzeugung beträgt immer noch über 70 %, trotz der acht stillgelegten Atomkraftwerke. Deshalb geht es bei der Energiewende nicht nur um den Umstieg auf erneuerbare Energien, sondern auch um den gesamten Umbau der Energiewirtschaft. Dazu gehören die Entmachtung der Konzerne und eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Hermann Scheer schrieb in seinem Buch „Der energetische Imperativ“, dass es in den politischen Auseinandersetzungen um die Energiewende „nur vordergründig um das Pro oder Contra zu erneuerbaren Energien, im Kern doch stets um die Strukturen der Energieversorgung und die Verfügungsmacht darüber“ gehe.

(Timon Gremmels (SPD): Recht hat er!)

– Natürlich hat er recht. Ich bedauere noch heute, dass Hermann Scheer nicht Wirtschaftsminister in diesem Lande geworden ist.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Vorhin ist der Punkt angesprochen worden, dass gerade die Dezentralisierung der Energieversorgung eine ganz entscheidende Frage ist, auch wenn man über die Kosten des Netzausbaus diskutiert. Wenn nämlich Energie dezentral

vor Ort gewonnen werden kann und nicht erst quer durch das Land transportiert werden muss, dann senkt das natürlich die Kosten der Energiewende. Deshalb ist es vollkommen richtig, auch auf eine Dezentralisierung der Energieversorgung hinzuwirken. Natürlich wollen das die großen Konzerne verhindern, weil sie auf zentrale Kraftwerksstrukturen setzen, weil sie an Kohle und Atomkraft festhalten wollen. Das ist aus ihrem Interesse heraus logisch, weil das ihre Machtstrukturen zementiert.

Die Macht der großen Vier muss zerschlagen werden. Wenn Konzerne so viel Macht haben, dass sie den gesellschaftlichen Fortschritt blockieren können, dann ist das ein Problem.

Deshalb wurde 1946 in Art. 41 der Hessischen Verfassung festgehalten, dass die Energiewirtschaft sozialisiert werden muss, damit sie demokratisch kontrollierbar ist und im Interesse der Menschen funktioniert.

(Beifall bei der LINKEN)

Man darf die öffentliche Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen; denn der Markt regelt eben nicht alles zur Zufriedenheit aller. Ich finde, dass Oliver Welke das vor Kurzem in der „heute-show“ ganz gut auf den Punkt gebracht hat, als es um die Privatisierung des Wassers ging. Er sagte:

Sobald etwas dem freien Markt überlassen wird, wird es erst teurer und dann schlechter. Der Markt ist nämlich ein ...

Dann benutzt er einen unparlamentarischen Ausdruck, den ich hier nicht wiederholen möchte.

(Timon Gremmels (SPD): Aber recht hat er!)

Ich finde diese Einschätzung der „heute-show“ absolut richtig, und ich kann mich ihr in Bezug auf die Energiewirtschaft nur anschließen.

(Peter Seyffardt (CDU): Wie in der DDR! – Gegenruf des Abg. Timon Gremmels (SPD): Herr Seyffardt, der Welke kommt nicht aus der DDR!)

Meine Damen und Herren, es ist bei der Energiewende immer viel von Akzeptanz die Rede. Das ist für CDU und FDP ein relativ neues Thema; bei der Atomenergie und der Kohlekraft hat die gesellschaftliche Akzeptanz Sie nicht besonders beschäftigt. Im Zweifelsfall wurde mit der Polizei gegen Demonstranten vorgegangen, und so wurden gegen den Willen der Bevölkerung Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke errichtet.

Aber sie reden jetzt über Akzeptanz. Ich finde, Akzeptanz erreicht man durch die Einbeziehung der Menschen, durch transparente Verfahren und auch dadurch, dass man die Gewinne, beispielsweise aus dem Betrieb der Windkraftanlagen vor Ort, nicht an weit entfernte Konzernzentralen fließen lässt.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Diese Gewinne müssen doch den Menschen vor Ort – also in den Kommunen – zugutekommen; sie müssen dort bleiben. Wenn die Gewinne aus der Stromerzeugung beispielsweise in lokale Sport- oder Bildungsangebote fließen, wenn vor Ort Arbeitsplätze geschaffen werden und das örtliche Handwerk bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wird, steigt auch die Akzeptanz für die Energiewende; denn die Menschen haben das Gefühl, dass sie profitieren

und über Entwicklungen in ihrem Umfeld mitentscheiden können.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Nun geht es bei der Energiewende um den Umbau der Energiewirtschaft und auch um eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Das betonen auch immer wieder Energiepolitiker aus den Reihen der SPD. Aber das Problem ist, dass sie jetzt Peer Steinbrück an der Backe haben. Ich meine den „Problem-Peer“.

(Timon Gremmels (SPD): Bis jetzt war die Rede gut! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich habe in der letzten Woche im „Handelsblatt“ unter der Überschrift „Steinbrück umgarnt die Wirtschaft“ gelesen, es habe ein Geheimtreffen zwischen Steinbrück und Vertretern der Großindustrie gegeben, an dem unter anderem Vertreter von RWE und Vattenfall teilgenommen hätten, komischerweise aber keine Vertreter der Branche der erneuerbaren Energien. In diesem Artikel war zu lesen – ich zitiere –:

Steinbrücks Botschaft, so berichten Teilnehmer, sei gewesen: Die Wirtschaft brauche keine Sorge vor einer SPD-Regierung zu haben, auch in der Steuerpolitik werde es keine Wende nach links geben.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Da sind wir aber überrascht! – Timon Gremmels (SPD): Da hat er doch recht!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Ich persönlich nehme ihm das voll ab.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

In der SPD-Zentrale hieß es zu dem Treffen, dass sich Steinbrück jetzt intensiver als wirtschaftsnah positionieren wolle. Ich dachte eigentlich, dass er das durch seine Vorträge, aber auch durch seine Politik als Finanzminister bereits ausreichend getan hätte.

(Timon Gremmels (SPD): Was würden Sie denn ohne Steinbrück machen?)

Herr Gremmels, die Frage ist, was das für die zukünftige Energiepolitik der SPD bedeutet. Brauchen sich vielleicht auch die Energiekonzerne keine Sorgen wegen der SPD zu machen? Ich finde, wer sich mit Vertretern von RWE und Vattenfall zu einem Geheimtreffen einfindet, um Wirtschaftsnähe zu demonstrieren, muss sich kritische Fragen gefallen lassen.

(Timon Gremmels (SPD): Was ist denn ein Geheimtreffen?)

Frau Ministerin, es gibt in Hessen eine ganze Menge Maßnahmen, die dringend umgesetzt werden müssten. Ich will einige Punkte nennen:

Erstens – ich glaube, das ist eine der wichtigsten Forderungen für Hessen –: Beenden Sie die Gängelung der Kommunen und der Stadtwerke.

(Beifall bei der LINKEN – Timon Gremmels (SPD): Jetzt wird es wieder gut! – Mathias Wagner (Taus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit die Stadtwerke dann wieder mehr an den Steinbrück zahlen können! – Gegenruf des Abg. René Rock (FDP): Genau so ist es! Da hast du recht!)

– Nein, wir wollen die Stadtwerke nicht stärken, damit sie Steinbrücks Vortragshonorare bezahlen. Ich bin mir ganz sicher, dass Herr Gremmels das auch nicht will.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Die Gemeindeordnung schränkt die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen massiv ein, gerade im Energiesektor. „Privat vor Staat“ lautet das Credo dieser Landesregierung. Sie haben sogar eine sogenannte Drittschutzklausel eingeführt und sichern damit den großen Konzernen Einfluss und Marktanteile auf Kosten der Kommunen.

Ich bin aber der Meinung, das Umweltministerium ist keine Außenstelle von E.ON oder RWE. Ich bin auch der Meinung, eine Landesregierung sollte sich nicht als verlängerter Arm der Energielobby betätigen; denn es sind doch gerade die Stadtwerke und die Kommunen, die die Energiewende dezentral voranbringen können. Die Energieversorgung ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die HGO muss ganz dringend geändert werden, damit die Kommunen und die Stadtwerke zum Motor der Energiewende werden können.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Zweitens. Räumen Sie den Kommunen endlich wieder ein Satzungsrecht ein, das die Schaffung solch kluger Instrumente wie der Marburger Solarsatzung ermöglicht.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Timon Gremmels (SPD): Das stand in unserem Gesetzentwurf!)

– Herr Gremmels, deswegen haben wir Ihrem Gesetzentwurf auch zugestimmt. – Damit ist es möglich, vor Ort die Energiewende und auch die Klimaschutzziele voranzubringen. Die Landesregierung hat den Kommunen damit ein wirksames Instrument aus der Hand geschlagen. Im Baurecht ist wirklich alles reglementiert, der Anschluss an die Kanalisation oder die Höhe der Bebauung. Es ist völlig unklar, warum ausgerechnet diese wichtige und entscheidende Frage für die Zukunft nicht geregelt werden darf.

Drittens. Die Landesregierung hat dem Bau von Windkraftanlagen völlig unnötige verwaltungstechnische Steine in den Weg gelegt – Frau Kollegin Dorn hat bereits darauf hingewiesen –, beispielsweise durch die Festlegung einer unsinnig hohen Windgeschwindigkeit als Genehmigungsvoraussetzung. Die Mindestwindgeschwindigkeit für den Betrieb von Windrädern muss gesenkt werden, damit die Auswahl an Flächen größer ist.

Herr Rock, an anderen Stellen warnen Sie vor einer Regelungswut und zu vielen gesetzlichen Vorschriften. Gerade haben Sie wieder ein Plädoyer dafür gehalten, die Menschen nicht zu bevormunden und sie stattdessen mitzunehmen. Sie haben darauf hingewiesen, dass das nicht mit Zwang funktioniert. Dann frage ich Sie, warum Sie völlig sinnlose Regelungen erlassen. Warum überlassen Sie nicht dem Einzelnen die Entscheidung darüber, bei welchen Windgeschwindigkeiten er investiert?

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Herr Gremmels, in einem Punkt will ich Ihnen widersprechen: Ich halte das, was Schwarz-Gelb dort macht, nicht für Planwirtschaft, sondern für „Planloswirtschaft“.

(Timon Gremmels (SPD): D'accord! Darauf können wir uns verständigen!)

Frau Ministerin, Sie haben die energetische Sanierung angesprochen. Dort gibt es in der Tat enorme Energieeinsparpotenziale, vor allem beim Gebäudebestand. Hier stellt sich die Frage, wer die Kosten trägt. Derzeit dürfen Bauherren pro Jahr 11 % der Renovierungskosten auf die Mieten aufschlagen. Das ist für viele Mieterinnen und Mieter eine ganz gewaltige Belastung. Die gesellschaftliche Akzeptanz der energetischen Gebäudesanierung wird untergraben, wenn Gering- und Normalverdiener ihre Mieten deswegen nicht mehr zahlen können.

Die maximale Umlage von Modernisierungskosten muss auf 5 % pro Jahr beschränkt werden. Nur so kann vermieden werden, dass einkommensschwache Mieter aufgrund von Maßnahmen zur energetischen Sanierung aus ihren Wohnungen verdrängt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen des Ministers Boris Rhein)

– Ich weiß nicht, was da so witzig ist. Herr Rhein, Sie wissen doch, wie in Frankfurt die Situation bei den Mieten aussieht. Jetzt brauchen Sie das nur noch zu addieren. Das war auch ein wichtiges Thema im OB-Wahlkampf; Sie erinnern sich sicherlich.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Deshalb musste er auch lachen!)

Die Landesregierung strebt eine jährliche Sanierungsrate von 2 bis 3 % des Wohnungsbestands an; das erklärt sie auf jeden Fall. Frau Ministerin, das halte ich auch für sehr erstrebenswert. Aber laut Institut Wohnen und Umwelt kostet das in Hessen allein für den Wohngebäudesektor ca. 450 Millionen € jährlich. Ohne eine massive Ausweitung der Förderprogramme wird sich dieses Ziel kaum realisieren lassen.

Frau Ministerin, ich will noch etwas zu der Kritik sagen, die Sie vorgebracht haben, nämlich dass im Bundesrat der Vorschlag bezüglich der steuerlichen Absetzbarkeit von Sanierungsmaßnahmen abgelehnt wurde. Sie wissen, auch im Bundesrat wird seit vielen Jahren eine Diskussion darüber geführt. Ich fand, dass der damalige saarländische Ministerpräsident Peter Müller, CDU, ziemlich kluge Argumente dafür vorgebracht hat, warum das ein schwieriges Instrument ist. Ich will das noch einmal kurz problematisieren.

Die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur energetischen Sanierung führt dazu, dass identische Sanierungsmaßnahmen unterschiedliche Förderungen erfahren. Wenn nämlich ein Eigentümer ein sehr hohes Einkommen hat und demnach höhere Steuern bezahlt, erhält er natürlich sehr viel mehr Förderung als jemand mit einem geringen Einkommen. Bei einem solchen System würden Besserverdienende bei der energetischen Sanierung bevorzugt.

Deswegen muss man über eine direkte Förderung reden. Ich glaube, dass die steuerliche Absetzbarkeit gerade denjenigen, die sich das sonst nicht leisten können, relativ wenig helfen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es gibt viele gute Beispiele in Hessen, wie eine Energiewende von unten funktionieren kann, und zwar trotz dieser Landesregierung. Es gibt Energiegenossenschaften, es gibt Energieberatungen, es gibt

Rekommunalisierungen in Hessen sowohl der Netze als auch von Stadtwerken, und es gibt Kommunen, die sich auf den Weg zu 100- %-Kommunen gemacht haben.

Ich persönlich finde, dass die Stadtwerke Union Nordhessen, die SUN, ein sehr beeindruckendes Beispiel ist, die eine ganz tolle Arbeit machen und versuchen, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Nordhessen voranzubringen.

(Beifall der Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) und Timon Gremmels (SPD))

Leider finden diese Initiativen sehr wenig Unterstützung seitens der Landesregierung.

Frau Ministerin, Sie haben den Hessischen Energiegipfel angesprochen. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, dass da sehr viele Menschen mit sehr viel Engagement mitgearbeitet haben. Herausgekommen ist aber leider wenig bis nichts. Wir haben das vage Ziel, bis zum Jahr 2050 100 % des Stroms aus erneuerbaren Energien zu haben. Aber das wird in diesem Raum kaum noch jemand überprüfen können.

(Zuruf)

– Okay, es gibt Hoffnung.

(Timon Gremmels (SPD): Ihr seid dann nicht mehr im Landtag!)

Aber es wird kaum jemand zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn das 2050 verfehlt ist. Deswegen frage ich Sie: Warum legen Sie nicht konkrete, verbindliche und nachprüfbar Etappenziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien fest? Sie bezeichnen das explizit als kontraproduktiv und den Ruf nach einem Masterplan für verfehlt. Das verstehe ich nicht, gerade bei dieser Landesregierung. Sie haben alle Gesetze auf fünf Jahre befristet. Sie evaluieren permanent irgendetwas. Gerade Sie müssten doch ein Interesse daran haben, dass es Etappenziele gibt, dass man im Jahr 2020 oder im Jahr 2030 sagen kann: Wo stehen wir jetzt? – Frau Ministerin, ich finde, solange keine Zwischenziele definiert sind, bleibt dieses Ziel vage.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie erklären, nicht Schnelligkeit werde entscheidend für das Gelingen der Energiewende sein, sondern Gründlichkeit. Aber die Landesregierung arbeitet weder schnell noch gründlich. Mit Ihnen gäbe es keinen Pfusch am Bau, sagten Sie. Frau Ministerin, so kann man dem Bauherrn nach zehn Jahren Bauzeit auch erklären, warum der Keller noch nicht fertig ist.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Aber teurer geworden!)

– Aber um einiges teurer geworden.

Frau Ministerin, meine Fraktion hat immer wieder kritisiert – den Punkt will ich noch ansprechen –, dass Sie den gesamten Verkehrsbereich ausklammern. Gerade in Hessen hat der Verkehr einen enorm hohen Anteil am Energieverbrauch. Die Landesregierung setzt auf eine immer weitere Steigerung des Automobil- und Flugverkehrs. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens ist klima- und energiepolitisch vollkommen kontraproduktiv. Frau Ministerin, ich sage Ihnen: Ohne eine Verkehrswende wird die Energiewende überhaupt nicht umsetzbar sein. Wir müssen dahin kommen, dass es eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs gibt. Wir brauchen eine Reduzierung des Flugverkehrs, und wir brauchen einen Ausbau des ÖPNV.

Nur dann können wir die Ziele der Energiewende überhaupt erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun habe ich gelesen, dass Pitt und Schmidt in der „Frankfurter Rundschau“ kommentiert haben, dass sich niemand daran erinnern könne, dass in Regierungserklärungen einmal etwas Neues verkündet wurde. Ich glaube, mit Fug und Recht sagen zu können, dass das auch für die heutige gilt.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Wir haben in den letzten Monaten die Bildungswochen, die Sicherheitswochen, die Wirtschaftswochen und jetzt die Energiewochen erlebt. Das war immer verbunden mit einer Regierungserklärung des zuständigen Ministers. Herr Bellino, ich befürchte, das wird sich in diesem Wahljahr so fortsetzen, bis das ganze Kabinett noch einmal dran war.

(Holger Bellino (CDU): Schaffen wir das noch? Das muss ich durchrechnen! Wir können ja zwei machen! – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Ich prognostiziere, dass wir demnächst die Haushaltswochen und die dazugehörige Regierungserklärung des Finanzministers erleben werden. Herr Hahn wird sicher nicht darauf verzichten, sich hier noch einmal in aller Länge zu produzieren.

(Holger Bellino (CDU): Wir machen deshalb eine Sondersitzung!)

Das könnte er natürlich über Integrationswochen tun. Aber das liefe dann der liebsten Wahlkampfstrategie der CDU entgegen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ein Schwachsinn!)

Deshalb wird es wohl Europawochen geben. Sozialminister Grüttner wird vielleicht noch eine Regierungserklärung zu seinem völlig untauglichen Konzept zu den kommunalen Krankenhäusern machen.

(Minister Boris Rhein: Sportwochen!)

– Herr Innenminister, Sie waren schon dran.

(Minister Boris Rhein: Ich komme aber noch einmal! Mich werden Sie so schnell nicht los!)

– Sie waren schon dran. Wissen Sie, fair wäre, wenn als Nächster Herr Boddenberg dran wäre. Das Problem bei Herrn Boddenberg ist, dass er quasi keinen Geschäftsbereich hat und deswegen ziemlich unklar ist, über was er seine Regierungserklärung halten sollte.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Aschermittwoch war am 13. Februar! – Zuruf des Ministers Axel Wintermeyer – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch kein Unterschied zu sonst!)

– Herr Wintermeyer, Sie können über die LINKEN sprechen. Bitte schön, machen Sie hier eine Regierungserklärung zur LINKEN, wenn Sie meinen, dass das Hessen irgendwie voranbringt.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Herr Minister Rhein, für Ihre Theorie, dass Sie noch einmal drankommen, spricht:

(Minister Boris Rhein: Nächstes Jahr komme ich wieder! – Clemens Reif (CDU): Sie sind dann nicht mehr dabei! Das ist der Segen!)

Das Problem ist, wenn der Finanzminister dran war, der Sozialminister und der Justizminister, dann wäre als Nächstes die Wissenschaftsministerin dran. Das ist ein Problem. Denn sie hat gerade erfolgreich ihren letzten Platz als bundesweit schlechteste Wissenschaftsministerin verteidigt. Ob sie die Regierungserklärung im Wahljahr noch halten sollte, daran würde ich ein Fragezeichen machen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe der Abg. Holger Bellino (CDU) und Timon Gremmels (SPD) – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): EBS-Wochen!)

– Die EBS-Wochen, genau. Das wäre eine schöne Idee. Von daher bin ich äußerst gespannt, was wir in den nächsten Wochen noch so erleben und welche Regierungserklärungen wir hier noch zu hören bekommen.

(Zurufe der Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Clemens Reif (CDU))

Ich hoffe, ich muss nicht mehr auf allzu viele antworten, weil es manchmal etwas schwerfällt, zu diesem vielen nicht Neuen erschöpfend zu reden.

(Holger Bellino (CDU): Sie können verzichten! Wir brauchen Sie hier nicht!)

Für den Energiebereich und auch für die anderen Ministerien gilt: An den Taten sollt ihr sie erkennen. – Ich sage: Diese Nichtregierungserklärungen bringen die Energiewende und auch sonst die hessische Politik überhaupt nicht voran. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Na, na, na!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Wissler, vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat sich der Kollege Stephan zu Wort gemeldet.

Peter Stephan (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wer wie Sie von der zweiten Oppositionsfraktion SPD die Energiewende als das Zählen von Windrädern oder das Zählen von Megawatt installierter Solaranlagen sieht, hat bis heute nicht begriffen, was eine Energiewende ist.

(Beifall bei der CDU)

Über was reden wir bei der Energiewende? – Energiewende ist eine Generationenaufgabe. Es ist keine Aufgabe, die wir in fünf Jahren erledigen können. Sie muss von den Menschen mitgetragen werden. Wir können sie auch niemandem befehlen. Voraussetzung für eine Energiewende ist vor allem und zuallererst, das Bewusstsein bei den Menschen zu erzeugen, dass die traditionellen Energieresourcen endlich sind.

Energiewende ist das Energieeinsparen und danach der effiziente Einsatz von Energie. Ein wesentliches und viel wichtigeres Feld ist der Bau von neuen Stromleitungen, von der neuen Stromerzeugung hin zum Verbrauch. Es ist der Stromspeicher, der uns vielfach noch fehlt. Es ist die Entwicklung in der Forschung: Es ist die Entwicklung neuer Technologien für alle Facetten der Energiewende. Es ist auch der Umstieg auf die regenerativen Energien. Das sind die Facetten, über die wir bei der Energiewende reden müssen.

Manchmal scheint mir, dass die SPD in Bezug auf die Energiewende in den letzten fünf Jahren nicht weitergekommen ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (FDP))

Vor fünf Jahren ist getönt worden: Biblis abschalten und Windräder bauen. – So verengt ist der Blick auch heute noch, wenn wir über die Energiewende reden. Wenn wir dann die gremmelsche Forderung zum unbegrenzten Ausbau des Milliardengrabs Fotovoltaik dazurechnen, dann wissen wir, was die SPD unter Energiewende versteht.

(Zurufe der Abg. Timon Gremmels (SPD) und Clemens Reif (CDU))

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lassen Sie mich das eine oder andere Thema aufgreifen, das in der bisherigen Debatte dargestellt worden ist. Herr Gremmels, ich wusste, dass Sie Solarlobbyist sind. Aber dass Sie RWE-Lobbyist sind, ist mir erst vorhin klar geworden, als Sie über RWE gesprochen haben. Sie von der SPD haben Biblis gebaut, die CDU hat es abgeschaltet. Jetzt jammern Sie, dass das möglicherweise etwas kosten könnte. Herr Gremmels, da verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (FDP) – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Frau Dorn, Sie haben dargestellt, dass plötzlich der Naturschutz hinter dem Ausbau der Windenergie zurückstehen muss. Ich glaube, das haben Sie selbst nicht so gemeint. Aber das ist so rübergekommen. Das ist das Denken, das Sie haben: erst Windräder, dann Naturschutz. – Nein, wir wollen beides. Da müssen Sie aufpassen, dass Sie nicht eine Naturschutzwende im Rahmen der Energiewende machen.

Lieber Herr Gremmels, Sie haben vorhin getwittert, als Frau Puttrich geredet hat, ob sich die heiße Luft in der Energierede der Ministerin auch energetisch nutzen lässt – in Twitter und raus. Herr Gremmels, wenn Sie aufgepasst hätten, statt zu twittern, dann hätten Sie sicherlich einiges gelernt, wie man eine Energiewende richtig macht. Dann hätten Sie einen echten Nutzen davon gehabt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Den Angst- und Wutschweiß auf Ihrer Stirn hätten wir sicherlich sehr viel besser für die Energiegewinnung nutzen können.

Frau Dorn, noch ein weiterer Punkt. Ich komme später noch einmal dazu. Der Naturschutz: Warum will Rot-Grün in Südhessen den Abstand der Windanlagen zur Siedlungsbebauung auf 750 m reduzieren? Ich frage Sie: Warum?

(Beifall bei der CDU und des Abg. Frank Sürmann (FDP))

Der Naturschutz wird hochgehoben, und bei den Menschen in Südhessen macht man Abstriche.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das macht es so problematisch, in Südhessen zu planen. Das sind die Beschlüsse der Kammer in Frankfurt. Das sind auch die Beschlüsse der Regionalversammlung. Ich glaube, da sollte man abgewogen und nicht so einseitig arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Debatte zur Energiepolitik der Hessischen Landesregierung erinnert mich ein bisschen an die Fabel vom Hasen und vom Igel. Wie beim Hasen und beim Igel geht es bei der Energiewende nämlich nicht darum, die schnellste Lösung zu haben, oder wer am schnellsten die Windräder bauen kann.

(Timon Gremmels (SPD): Die Landesregierung ist da eher eine Schnecke!)

Sie treten auf wie der Hase, wir wie der Igel. Wir wollen die klügste Lösung mit dem größten Weitblick, und wir nutzen Verstand und Klugheit, um zum richtigen Ziel zu kommen. Wir wollen einen Weg zur Energiewende nutzen, der nicht mit Kollateralschäden gepflastert ist.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Was sagt Wikipedia zu dieser schönen Fabel vom Hasen und vom Igel? Dort steht:

Gewöhnlich wird der Blickwinkel des „Hasen“ beschrieben,

– so, wie Sie es gemacht haben –

der bei wiederholter Auseinandersetzung mit dem immer gleichen Konkurrenten zu dem immer gleich frustrierenden Ergebnis kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das entspricht dem, was Sie hier in Sachen Energiepolitik betreiben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin Frau Ministerin Puttrich sehr dankbar, dass sie deutlich gemacht hat, dass wir in der Energiewende gut gestartet sind und einen guten Lauf haben; denn Energiewende muss innovativ sein. Das ist der Trend, den wir brauchen. Sie muss zukunftsfähig sein, verlässlich, natürlich das Thema Umweltschutz berücksichtigen, und sie muss vor allem gesellschaftlich akzeptiert werden. Darauf haben sich die Teilnehmer des Energiegipfels auch geeinigt.

Heute ist der kritischste Punkt bei der Akzeptanz die Frage der Strompreise. Ich gestehe zu – und das macht mich auch manchmal etwas betroffen –, dass wir kaum über den Benzinpreis, den Ölpreis oder den Gaspreis reden, auch in Veranstaltungen draußen. Das sind alles Dinge, die die Menschen eher hinnehmen, weil sie nicht vom Staat beeinflussbar sind.

(Timon Gremmels (SPD): Wie bitte? Das ist doch Quatsch, was Sie hier erzählen!)

Aber beim EEG, beim Strompreis, greift der Staat in den Markt ein. Deswegen sind wir dort auch angreifbar.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Bundesumweltminister Altmaier hat mit seinen Überlegungen für eine Strompreis-sicherung wieder einmal die Nase vorn gehabt. Er war der Erste, der ein Set von Vorschlägen auf den Tisch gelegt hat.

(Timon Gremmels (SPD): Haben Sie der Ministerin nicht zugehört? Sie hat in vier Punkten widersprochen!)

Die Opposition läuft auch dort wieder einmal hinterher. Ich bin froh, dass jetzt auch einige Vorschläge kommen und in diesen Korb hineingepackt werden. Es ist wichtig, dass wir in Berlin entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Einzelne Vorschläge von Herrn Altmaier will ich gar nicht wiederholen. Dazu gehört auch die Frage, dass wir bestimmte Vergünstigungen abbauen müssen. Das ist von Ihnen immer infrage gestellt worden.

(Norbert Schmitt (SPD): Der Herr Altmaier ist auch ein Igel!)

Das ist ein Element dessen, was Herr Altmaier vorgestellt hat.

Worauf die Landesregierung aber in den drei Punkten, die Frau Puttrich heute vorgetragen hat, Wert legt, ist, dass wir dort – als Hessen, als Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen – andere Vorstellungen in dieses Set einbringen wollen.

(Timon Gremmels (SPD): Herr Rock hat dazu nichts gesagt!)

Das Erste betrifft die rückwirkenden Eingriffe in bestehende Regelungen. Auch das ist sicherlich überlegenswert, wenn man an der einen oder anderen Stelle schaut, wie die Gewinnsituation bei den regenerativen Energien aussieht. Aber über allem steht, dass wir glaubwürdig bleiben müssen. Das ist der Punkt, den wir als Hessen dort vorantreiben wollen.

1,5 % stehen als mögliche Reduzierung im Raum. Wenn Sie das einmal mit einem guten oder schlechten Windjahr, mit viel oder wenig Sonne oder einem gewissen Stillstand vergleichen, ist das in der Schwankungsbreite all dessen, was beim Ertrag der regenerativen Energien ohnehin zu beachten ist. Allerdings: Wenn wir heute sagen, dass wir dort abschöpfen wollen, sind wir in einer Situation, dass wir in Zusagen eingreifen, die wir gegeben haben. Es wäre fahrlässig, diesen Vertrauens- und Bestandsschutz dort nicht bestehen zu lassen. Das gilt im Übrigen auch für die Biogasanlagen. Gerade diese Anlagen sind oftmals ein wichtiges Standbein auch für unsere landwirtschaftlichen Betriebe.

Auch die angesprochene Sonderdegression, 1 Cent bei der Windenergie an Onshore-Windanlagen, kann ein Punkt sein, über den geredet werden muss. Nur darf er nicht pauschal über die ganze Republik gelegt werden. Die Sonderdegression mag dort, wo man billig bauen und viel Windstrom erzeugen kann – also an der Küste –, durchaus Sinn machen, nicht aber bei uns im Inland. Wir wissen, dass die Windanlage bei uns, auch wenn sie gleich hoch ist, nicht die Menge an regenerativem Strom erzeugt. Wir wissen auch, dass bei uns der Bau dieser Anlagen teurer ist, weil wir in einem anderen Gebiet mit höheren Investitionskosten leben. Was zudem zu bedenken ist: Es kostet uns auch eine Menge Geld, diesen Strom von der Nordsee nach Hessen zu bekommen. Wir brauchen die Leitungen. Deren

Baukosten tragen aber nicht diejenigen, die dort produzieren, sondern die Stromverbraucher.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP) – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Das Credo, hier zu handeln, ist richtig. Wir wollen keine Rasenmähermethode, wir wollen ein Referenzmodell, um zu fragen, wo man für künftige Anlagen etwas an der Einspeisevergütung ändern kann, damit wir am Schluss die angestrebte Kostenreduzierung beim Strompreis erreichen.

Rot-Grün verweigert sich in Berlin weiterhin der steuerlichen Begünstigung der Wohngebäudesanierung. Hessen würde ein solches Verfahren unterstützen, auch wenn dieses Verfahren – wäre es denn bisher zum Zuge gekommen – dem Land Steuermindereinnahmen gebracht hätte. Das ist klar, weil wir über die Steueraufteilung daran mit bezahlen müssen.

Wenn Frau Puttrich heute in Abstimmung mit dem Finanzminister sagt, wir seien bereit, unser Scherflein – rund 100 Millionen € – beizutragen, um die Strompreise zu reduzieren, indem wir sagen, die EEG-Umlage solle von der Mehrwertsteuer befreit werden, dann ist es konsequent das, was die Landesregierung auch schon vorher getan hätte: nämlich Geld einzusetzen oder auf Einnahmen zu verzichten, um regenerative Energien voranzubringen oder eben um den momentan wichtigen Punkt der Strompreise etwas zu deckeln.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir halten weiterhin daran fest, dass jedes Bundesland, jeder an diesem Energiemarkt Beteiligte sein Scherflein dazu beitragen muss.

Genauso halten wir es für richtig und wichtig, die ganzen gesetzlichen Regelungen zu reformieren. Das findet sich auch in unserem Antrag. Ich weiß nicht, wer behauptet, der Antrag würde nichts zu diesen Punkten sagen. Sie müssen ihn sich einfach bis zu den Punkten 5 und 6 durchlesen. Darin sind diese Fragen angeführt und ist dargestellt, was wir wollen. Dort haben Sie es dann zum Nachlesen.

(Timon Gremmels (SPD): Warum sagen Sie nichts zu den Altmaier-Vorschlägen?)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die SPD des Herrn Schäfer-Gümbel hat uns oft den Weltuntergang vorhergesagt bzw. den Untergang der Industrie, wenn Einspeisevergütungen reduziert würden. Wie oft haben wir hier über Fotovoltaik gesprochen. Herr Gremmels hat immer gesagt: Noch ein Cent weniger, und die Welt geht unter. – Lieber Herr Gremmels, mit Ihren Prognosen bezüglich der regenerativen Energien und der Einspeisevergütung liegen Sie permanent falsch.

(Beifall bei der CDU)

Sie liegen permanent falsch, und der Wähler bewahre Hessen bitte vor Ihrer energiepolitischen Inkompetenz.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Aber wir müssen daran denken, dass das EEG umgebaut werden muss und wir dort Änderungen brauchen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Noch eine Anmerkung zum Thema HGO. Das ist die immer wieder geäußerte Leier, und auch beim VKU heißt es immer wieder: Die Gemeinden können nicht, können nicht, können nicht. – Ich frage jedes Mal nach drei Beispielen. Ich habe in all der Zeit keine Beispiele genannt bekommen. Wenn ich sie einmal bekomme, beschäftige ich mich damit.

Ich weiß aber, dass viele Kommunen an dieser Stelle arbeiten – 50 % Kommune, 50 % Bürger, genossenschaftlich organisiert. Warum geht das nicht? Das geht, das kann man machen. Aus dem Grunde sage ich: Abwarten, bis dort wirklich die Fälle so liegen, dass man sich darüber unterhalten muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur EEG-Änderung und Reduzierung des Zuwachses an regenerativem Strom: Es ist wichtig, dass wir die Entwicklungen dort im Auge behalten. Wir wissen heute, dass es immer wieder Zeiten gibt, in denen wir mehr Wind- oder Sonnenstrom haben, als wir in Deutschland verbrauchen können. Was passiert? Wir geben diesen Strom zu billigsten Preisen nach Holland ab – manchmal müssen wir sogar dafür bezahlen, dass uns jemand diesen Strom abnimmt, weil wir ihn nicht speichern und die Netze nicht überlasten können –, und wenn der Wind mal nicht weht und die Sonne nicht scheint, kaufen wir den Strom von dort zurück, mit einem Aufschlag, der in die Hunderte von Prozent geht. Dann wird unsere Energieversorgung teuer.

Deswegen ist es ausgesprochen richtig und wichtig, dass die Entwicklungspfade – sowohl die Netze als auch die Speicher und zum Dritten natürlich die wichtige regenerative Energieerzeugung – parallel geführt werden und nicht die Produktion nach vorn getrieben wird, sodass wir anschließend noch mehr Kosten haben.

Mit der Energiewende – das steht über allem – schlagen wir einen wichtigen Weg in Richtung Nachhaltigkeit ein. Frau Puttrich hat es gesagt: Wir sind auf einem guten Weg, die Nachhaltigkeit steht ganz oben. Wir haben aber auch Risiken, und wir dürfen die Augen nicht vor den Risiken der Energiewende verschließen. Auch in dieser Übergangszeit müssen wir eine verlässliche Energieversorgung sicherstellen. Im Winter des vergangenen Jahres haben wir gezittert – im Nachhinein hat man uns erklärt, es sei manchmal knapp gewesen –, in diesem Winter ist es sehr viel besser. Wir müssen es im Auge behalten, dass die Energie immer dann verfügbar ist, wenn wir sie brauchen – ob in unseren Rechenzentren, den Flughäfen oder in den Fabriken.

Wir müssen die Umweltbelange entsprechend beachten. Da gilt es sicherlich auch Abstriche zu machen in der Frage, wie viele Kilometer der Rotmilan vom Windrad entfernt wohnen darf. Aber wir können nicht ohne Weiteres mit den Windanlagen in die Natura-Gebiete hineingehen. Wir brauchen die Akzeptanz der Menschen. Wir dürfen uns auch nicht deindustrialisieren. Bezahlbare Strompreise sind wichtig. Auch da ist ein Risiko, das wir zu beachten haben.

Wir dürfen außerdem nicht außer Acht lassen, dass sich die Technologien schnell weiterentwickeln. Deswegen sollten alle Entscheidungen, die wir heute treffen, auch bei den Windenergieanlagen, das berücksichtigen. Der Energiegipfel hat gesagt: keine Höhenbegrenzung, keine Leistungsbegrenzung. Die Anlagen entwickeln sich intensiv weiter. Wir müssen sehr viel in die Technologie des Energiespa-

rens hineinstecken, des Energieverteilens, der Netze, was alles dazugehört. Das sind die Risiken am Wegesrand der Energiewende.

Genau deswegen, damit wir diese Risiken im Auge behalten, ist es wichtig, dass wir mit Vernunft, mit Augenmaß vorgehen. Verlässlich, umweltschonend und bezahlbar muss die Energie bleiben. So wollte es der Energiegipfel, und so macht es auch die Hessische Landesregierung, so führt die Hessische Landesregierung die Energiewende voran.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir wissen auch, niemand kann es jedem recht machen. Das werden wir mit der Energiewende auch nicht können. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Wir müssen Akzeptanz erzeugen. Aber wir müssen auch jedem klarmachen: Energiewende bedeutet für den Einzelnen, da und dort gewisse Einschränkungen auf sich zu nehmen. Auch diesen Mut müssen wir haben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig! Ehrlich sein!)

– Wir müssen auch ehrlich sein, Herr Wagner. – Wir müssen ehrlich mit den Menschen umgehen. Wir müssen ihnen sagen, dass wir Windräder brauchen. Wir müssen aber auch sagen, dass wir alles tun, damit die Belastungen nicht zu groß werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jeder Teil dieser Gesellschaft hat seinen Beitrag zu leisten. Das schaffen wir nicht mit der Hasentaktik – schnell hin- und herrennen –, sondern das schaffen wir nur dann, wenn wir sehr sorgfältig schauen.

Ich glaube, die Chancen der Energiewende, das sind die wichtigen Themen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Der Umbau in eine nachhaltige Energieversorgung – das ist hier schon angesprochen worden – bietet uns riesige Chancen. Er bietet uns Chancen für Arbeitsplätze heute und in der Zukunft. Er bietet Chancen für Wertschöpfung für all diejenigen, die innovativ sind, die klug sind und die sich fortschrittlich an diesen Themen beteiligen.

Die Hessische Landesregierung hat an dieser Stelle mit den Förderprogrammen Beispielhaftes geleistet, so gut wir es als Bundesland eben können. Es sind auch die Punkte genannt worden, ob es der Eichhof ist, ob es die Brennstoffzellen sind. Wir leisten vieles. Wir haben tolle Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die von uns unterstützt werden. Wir brauchen neue Technologien, wir brauchen neue Methoden, wir brauchen die Kreativität der Forscher und Entwickler. Die stehen auch im Fokus der Förderung durch die Hessische Landesregierung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dieser technische Fortschritt wird uns die Energiewende erleichtern. Wenn wir erst einmal intelligente Netze haben, wenn wir erst einmal die Stromeinspeisung besser steuern können, wenn wir erst einmal Speicher haben, wird es sehr viel einfacher sein, mit dem wachsenden Anteil der regenerativen Energien eine stabile Stromversorgung aufrechtzuerhalten.

Ich bin überzeugt: Wenn wir es richtig machen, werden wir am Ende der Energiewende Weltspitzenreiter auf diesem Gebiet sein. Wir haben dann eine leistungsfähige, eine starke Wirtschaft. Aber wir müssen auf dem Weg dorthin sehr sorgfältig vorangehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind vor eineinhalb Jahren gestartet, nach dem Energiegipfel. Von der Landesregierung ist der Maßnahmenplan erstellt worden. Darüber ist gesprochen worden. Wir haben 82 dieser Maßnahmen jetzt in der Umsetzung oder umgesetzt: die Akzeptanzkampagne, der Förderkompass, wo wir uns informieren können, wie wir am besten Förderung bekommen können, die Potenzialanalysen, die gemacht worden sind.

Ich will noch etwas stärker darauf eingehen: Wir weisen 2 % der Landesfläche als Vorranggebiet aus und 98 % als Ausschlussgebiet. Das ewige Herumgemäkel, dass wir es nicht wollen, geht mir langsam auf den Kieker.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schauen Sie bitte das Energiezukunftsgesetz an. Dort steht es ganz oben, gesetzlich geregelt. Das ist die Absicht, das wollen wir.

(Zurufe der Abg. Timon Gremmels und Norbert Schmitt (SPD))

Herr Gremmels, schauen Sie einmal in die zwei Regionen, die im Moment ihre Vorrangflächenpläne schon offengelegt haben oder sie beschlossen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Fangen Sie einmal im eigenen Kreis an!)

Beide Regionalversammlungen sind mit Plänen zu den Menschen hinausgegangen, in denen mehr als 2 % Windvorrangflächen enthalten sind. Glauben Sie uns, wir wollen das.

In Südhessen haben wir noch keine Pläne, wie Sie gerade fälschlicherweise dargestellt haben. In Südhessen wird an den Plänen gearbeitet, und im Sommer soll der Beschluss über die Offenlage erfolgen und im August die Offenlage stattfinden. Aber in Südhessen gibt es ein riesenproblem mit den Abständen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, eben!)

Da sagt die Verbandsammer Frankfurt: „Wir wollen 750 m“, obwohl im Entwurf des Landesentwicklungsplans 1.000 m stehen.

(Timon Gremmels (SPD): Es gibt keinen Landesentwicklungsplan, es gibt nur einen Entwurf!)

Jetzt muss der RP auf Beschluss der Regionalversammlung Abstände von 750 m planen. Dann gehen die Planer zu den Menschen und sagen: Im übrigen Hessen sind es 1.000 m, aber bei euch sind es 750 m. – Herr Gremmels, damit machen wir uns die Energiewende schwierig. Damit erschweren wir uns die Arbeit, nicht nur den Behörden und Planern, sondern auch denjenigen, die die Energiewende politisch zu vertreten haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Sorgen Sie mit dafür, dass wir möglichst schnell in Südhessen Regionalpläne haben; denn dann hört das Goldgräbertum auf, wo jeder sagen kann: Ich habe einen schönen Platz, dorthin will ich ein Windrad bauen. – Dann plant er, geht zum RP, und der muss es genehmigen, weil wir den Wildwuchs haben, weil wir Privilegierung haben und weil wir in Südhessen noch keine Pläne haben.

Dass es so langsam geht, hängt im Wesentlichen mit den unterschiedlichen Auffassungen auch der Verbandsammer in Frankfurt zu den 750 m zusammen.

Lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zum Thema Windräder im Wald und Naturschutz machen. Wir haben in Deutschland derzeit 150 Windräder, die in Waldflächen gebaut sind. In Hessen haben wir zwölf Windräder, die in Waldflächen gebaut sind. Derzeit sind 127 Windräder auf Waldstandorten von Hessen-Forst im Gespräch. 127 Windräder auf Waldstandorten von Hessen-Forst – wer da behauptet, die Hessische Landesregierung würde versuchen, die Energiewende zu behindern, der hat meines Erachtens den Blick für die Realität verloren, oder er hat trübe Augengläser.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Hessische Landesregierung hat die Windenergie und auch die Förderung und Entwicklung der Windenergie sehr wohl im Fokus. Es ist sehr viel Geld durch die Landesregierung, durch die sie tragenden Parteien und Fraktionen in den Haushalt eingestellt worden: 170 Millionen € im Doppelhaushalt 2013/2014, 160 Millionen € für die energetische Sanierung unserer Landesgebäude. Ich glaube, das sind wichtige Daten beispielsweise neben den 40 Millionen €, die wir aus dem KFA den Kommunen für die energetische Sanierung bereitstellen.

Nie gab es so viel Geld für die Energiewende, nie gab es so viel Geld für die energetische Sanierung. Ich glaube, das müssen Sie akzeptieren. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Dort werden gewaltige Anstrengungen unternommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, was Sie heute gesehen und gehört haben, zeigt doch, dass wir in Hessen sehr gut aus den Startlöchern der Energiewende gekommen sind.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir haben ein gutes Stück dieses Weges bestritten, und wir wissen auch, dass dies ein Marathonlauf ist und kein 100-m-Sprint.

Die Energieerzeugung aus regenerativen Anlagen – das ist dargestellt worden – ist auch in Hessen deutlich angestiegen. Es gibt eine Verdreifachung beim Solarstrom. Beim Energieeinsparprogramm haben wir beträchtliche Erfolge erreicht – das lässt sich irgendwann leichter addieren –, bei der Gebäudesanierung, den Maßnahmen, die das Land eingeleitet hat. Die Hessische Landesregierung und auch die Fraktionen, die sie tragen, haben ihre Hausaufgaben gemacht. Wir werden diese Hausaufgaben weiterhin machen, und zwar in der Art und Weise, dass die Energiewende in Hessen verträglich für alle ist, dass sie zügig vorangeht, dass sie keine Kollateralschäden hinterlässt und dass wir die Zielsetzung des Energiegipfels erreichen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir wissen, woher wir kommen. Wir wissen, wohin wir bei der Energiewende wollen. Der Energiegipfel ist das Dokument, auf dem alles basiert. Wir wissen, wo die Fallen und Risiken sind. Wir wissen, wo die Chancen sind. Wir müssen aufmerksam sein, dass wir nicht, wie gerade in der aktuellen Situation in der Diskussion über Energiepreise, die Akzeptanz, die wir uns lange erkaufte haben, leichtfertig verspielen. Wir müssen aufmerksam sein, dass wir die Risiken und Stolperfallen erkennen.

Ich habe mit der Fabel von dem Igel und dem Hasen begonnen. Wir müssen die richtige Energiewende machen, wir müssen sie richtig machen, so wie der Igel: bedächtig,

klug, entschlossen. Der Hase – ich habe den Eindruck, die Opposition in Hessen fühlt sich als der Hase – wird schnell an den Chancen vorbeilaufen. Er wird die Risiken nicht berücksichtigen, und er wird am Ende sein Ziel verfehlen.

Wir kennen den kürzesten, den effizientesten Weg zur Energiewende. Wir kennen die Chancen, und wir kommen ohne viele Opfer aus. Der Hase mag schreien, er mag schimpfen, wie es heute passiert ist. Er mag sagen, es gehe alles nicht schnell genug, und es sei alles nicht gut genug.

Am Ende wird die CDU/FDP-geführte Landesregierung als Erste im Ziel sein. Dann sind wir wieder zurück bei der Fabel. Die Opposition wird am Ende der Energiewende frustriert zurückbleiben. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir wollen die Energiewende. Das haben wir ausdrücklich bewiesen. Wir können auch die Energiewende. Das haben wir auch in dem bewiesen, was wir die letzten Jahre geleistet haben. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir machen die erfolgreiche Energiewende hier in Hessen, wie sie angepasst ist an Geschwindigkeit und an Inhalte. Dafür danke ich jetzt gemeinsam für die CDU und FDP auch dem Umwelt- und Energieministerium,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Die Landesregierung ist der Igel!)

das uns gezielt führt und mit uns zusammen intensiv diesen Weg der Energiewende geht. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg.
Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Worterteilung vornehme, begrüße ich auf der Tribüne unsere Gastgeber von nachher, das fast komplette Präsidium des Landesfeuerwehrverbandes mit Herrn Präsidenten Dr. Ackermann an der Spitze. Herzlich willkommen, viel Spaß mit uns für den Rest des Abends.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt zu einer Kurzintervention der Kollege Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur zwei Anmerkungen zum Kollegen Stephan. Erstens haben Sie gesagt, Sie machten es wie der Igel, und haben bei der Fabel offensichtlich etwas durcheinandergebracht. Der Igel war in der Fabel der Betrüger; die waren nämlich zu zweit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der
SPD und der LINKEN)

Wenn Sie die Regierung mit dem Igel gleichsetzen, dann finden Sie dabei unsere volle Zustimmung.

(Clemens Reif (CDU): Der Hase war tot!)

Die Regierung ist in der Tat die Betrügerin, was nämlich die Aussage angeht, die Energiewende tatsächlich voranzubringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der
SPD und der LINKEN)

Zweiter Punkt. Der Kollege Stephan hat aus der Regionalversammlung Südhessen und aus dem Regionalverband berichtet.

(Clemens Reif (CDU): Bei der Märchenstunde?)

Nur, was er berichtet hat, war nicht die Wahrheit. Insoweit passt es zum schwarzen Igel, zum Betrüger, dazu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Regionalversammlung Südhessen die Ergebnisse des Energiegipfels exakt umgesetzt, wo nämlich die Abstandsgebote waren – 1.000 m, im Einzelfall geringer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Stephan, die Logik macht einem deutlich, dass man unterhalb von 1.000 m schauen muss, wenn man insbesondere mit Ausschlusswirkung später die richtigen Flächen finden will. Das genau haben Sie offensichtlich übersehen.

Wir haben darüber hinaus gemeinsam beschlossen – die CDU war natürlich dagegen, die FDP sowieso, aber die spielt da keine große Rolle –, dass innerhalb dieses Gebietes bei vorzüglicher Eignung und Zustimmung der Örtlichen, sprich: der Gemeinden, dann auch von 1.000 m Abstand im Einzelfall abgewichen werden kann – genau so, wie es im Energiegipfel vereinbart wurde. Was Sie uns hier erzählen, ist genau das, wogegen Sie sich wehren.

Aber, Betrug zum Dritten, Sie wollen in Wahrheit weiterhin gegen die Energiewende und gegen die Nutzung der Windkraft in diesem Land kämpfen.

(Clemens Reif (CDU): Das ist doch gar nicht wahr!)

Der Igel lässt grüßen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Zur Erwidmung hat Herr Abg. Stephan das Wort.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt entschuldigt er sich! – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Peter Stephan (CDU):

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Kaufmann, das Ende dieser Fabel war, dass der Hase tot war und der Igel triumphiert hat.

(Timon Gremmels (SPD): Lieber tot als Betrüger! – Zurufe von der CDU und der FDP: Ah! – Glockenzeichen des Präsidenten)

Herr Gremmels, die Fabel scheint Sie ziemlich heftig getroffen zu haben, habe ich den Eindruck. Lassen wir das so stehen. Wesentlich wichtiger ist, dass ich auf Herrn –

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Stephan, einen Augenblick bitte. Lassen wir es erst einmal ruhig werden, damit es hier nicht zu fabulös wird. – Sie haben das Wort ganz allein.

Peter Stephan (CDU):

Herr Kollege Kaufmann, wir hatten vor einiger Zeit einen Briefaustausch. Sie haben einen offenen Brief geschrieben, weil ich mich damals darüber beklagt habe, dass die Regionalversammlung Südhessen Planungsvorgaben von 750 m gemacht hätte. Ich habe Ihnen damals geantwortet und gesagt, wo die 1.000 m herkommen und warum wir die 1.000 m brauchen. Soweit ich mich erinnern kann, hat die Regionalversammlung dann eine Sitzung später beschlossen, beides zu planen – 750 m und 1.000 m.

Es war natürlich klar, dass der Landesentwicklungsplan 1.000 m vorgeben wird. Das steht im Entwurf. Das werden wir auch so beschließen. Dann wäre die ganze Planung obsolet gewesen. Sie haben – ich weiß nicht, warum – jedenfalls dort zum zweiten Mal diese andere Planung gemacht.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Zweites. Deswegen habe ich es eben erwähnt. Ich hatte vorletzte Woche ein Gespräch mit dem Regierungspräsidenten, weil ich einfach einmal wissen wollte, wie es mit der Planung vorangeht, wann die einzelnen Meilensteine erreichbar sind. Er hat mir gesagt: Ja, da gibt es die Verbandskammer in Frankfurt in dem dicht besiedelten Raum. Die wollen allein in der Verbandskammer Frankfurt 2 % Fläche haben. Es geht dort möglicherweise nur, wenn wir 750 m nehmen. Diese 2 % sind Landesfläche, sie sind nicht für eine Gemeinde oder einen Kreis. Regierungsbezirksmäßig planen wir das, aber nicht für eine Verbandskammer in Frankfurt.

Deswegen sage ich: Das, was dort momentan mit den 750 m gemacht wird, ist schädlich. Es wird dem Landesentwicklungsplan nicht standhalten. Dann müssen wir noch einmal neu beginnen, zu planen. Lieber Herr Kollege Kaufmann, als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet – ich glaube, das ist im Moment der Ausdruck für Ihren Beitrag eben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Bauer (CDU): Der Hase ist tot!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es liegen keine Igel mehr da!)

Ich gehe davon aus, dass Punkt 39, der Antrag vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an den Umweltausschuss überwiesen wird.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen direkt abstimmen!)

– Ihr wollt direkt abstimmen, okay, und dann auch direkt über den Dringlichen Entschließungsantrag. Alles klar.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit, damit Sie zum richtigen Zeitpunkt die richtige Hand heben. Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Punkt 39, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass bei Zustimmung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei –

(Clemens Reif (CDU): Das hätte ich nicht gedacht!
– Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich wiederhole das Abstimmungsergebnis: Bei Zustimmung zu diesem Antrag durch die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, bei Enthaltung der SPD und Ablehnung durch die Fraktionen der CDU und der FDP ist der Antrag abgelehnt worden.

Dann rufe ich zur Abstimmung des Dringlichen Entschließungsantrages der Fraktionen der CDU und der FDP auf. Wer diesem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das ist viel einfacher festzustellen. Bei Zustimmung der Fraktionen der CDU und der FDP und Ablehnung der übrigen Fraktionen des Hauses ist dieser Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal zur Geschäftsordnung. Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Handeln im Interesse von Hessen – Klage gegen den Länderfinanzausgleich kann den notwendigen Handlungsdruck für Verhandlungen erzeugen, Drucks. 18/7053. Widerspricht jemand der Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall. Dann ist er dringlich. Er wird Tagesordnungspunkt 60, und wir können ihn mit Punkt 44, 53 und 59 aufrufen. – Kein Widerspruch, dann verfahren wir so.

Dann ist eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend nur die Liebe zählt – Bundesverfassungsgericht stärkt Kindeswohl, Drucks. 18/7054.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie den Titel noch einmal vorlesen? – Horst Klee (CDU): Nur die Liebe lässt uns leben!)

– Jetzt bitte nicht alle Liebesdinge. Wir haben gerade dafür einen Oscar bekommen – die Österreicher mehr oder weniger. Es geht um etwas anderes. Es geht um einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel.

(Clemens Reif (CDU): Ach so, das müssen Sie gleich sagen!)

– Ich habe Zeit. – Ich frage Sie: Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es dringlich. Der Antrag wird Punkt 61, und wir rufen ihn nach Punkt 48, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, auf und werden ihn ohne Aussprache abstimmen. Einverstanden? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den auf Ihren Plätzen verteilten Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kinderbetreuung neu aufstellen – Entwurf des KiföG zurückziehen – Betreuungsgipfel einberufen, Drucks. 18/7055, auf. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Punkt 62 und kann, wenn nicht widersprochen wird, nach Punkt 49, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen und ohne Aussprache abgestimmt werden. – Auch dieser Vorschlag wird akzeptiert. Dann verfahren wir so.

Schließlich ist noch eingegangen und an Sie verteilt worden zu Tagesordnungspunkt 7 ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/7057, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses

für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Drucks. 18/6977 zu Drucks. 18/6180. Die Fraktionen der CDU und der FDP ziehen hiermit ihren Änderungsantrag Drucks. 18/6999 zu dem genannten Gesetzentwurf zurück. Das heißt, wir haben eine andere Antragslage.

Das waren noch Mitteilungen zur Geschäftsordnung.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Aufgaben nach §§ 802k Abs. 1, 882h Abs. 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung und § 6 Abs. 1 Schuldnerverzeichnisverordnung zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder – Drucks. 18/7006 –

Vereinbart ist, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache in der ersten Lesung an den Rechtsausschuss zu überweisen, allerdings bitte ich zunächst um Einbringung. – Herr Staatssekretär Kriszeleit, Sie haben das Wort.

(Clemens Reif (CDU): Ohne Aussprache!)

– Einbringung muss immer sein.

(Minister Axel Wintermeyer: Ein Satz!)

Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:

Drei Sätze. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf heute für die Landesregierung den vom Herrn Präsidenten genannten Gesetzentwurf hier einbringen. Da die Einbringung ohne Aussprache erfolgen soll, möchte ich nur ganz kurz auf Folgendes eingehen.

Der Staatsvertrag und das dazugehörige Zustimmungsgesetz sind Folge des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung vom 29. Juli 2009. Durch die Neuregelung ist unter anderem die Möglichkeit der Einrichtung eines bundesweiten Vollstreckungsportals geschaffen worden, sodass Gläubiger bundesweit Kenntnis über eventuelle Einträge im Schuldnerverzeichnis erlangen können. Die Einsicht in dieses zentrale Schuldnerregister ist wie bisher jedem gestattet, der hierfür ein berechtigtes Interesse darlegt. Seit dem 1. Januar 2013 ist das Portal unter www.vollstreckungsportal.de verfügbar.

Voraussetzung für diese Änderungen war der Abschluss des Staatsvertrages. Dadurch wurde von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit einer länderübergreifenden Zusammenarbeit Gebrauch gemacht. Alle Länder verfolgen dieses Ziel, alle Länder haben deshalb den Staatsvertrag gezeichnet.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, weitere Einzelheiten können bei den Ausschussberatungen erörtert werden. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Aussprache ist erfolgt.

Damit überweisen wir diesen Gesetzentwurf nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Rechtsausschuss. – Dem widerspricht keiner, dann ist es so beschlossen.

Dann habe ich **Tagesordnungspunkt 7** aufzurufen:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) – Drucks. 18/6977 zu Drucks. 18/6180 –

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP – Drucks. 18/7057 –

Hierzu wird uns der Abg. Wiegel Bericht erstatten.

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ökodumping bei Sonderabfällen verhindern – echte Lösungen für die Steuerung von Sonderabfällen – Drucks. 18/6744 –

Zunächst gebe ich dem Berichterstatter, Herrn Abg. Wiegel, das Wort.

Kurt Wiegel, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Dann kommen wir zur Aussprache. Ich erteile dem Abg. Landau für die Fraktion der CDU das Wort.

Dirk Landau (CDU):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Abfallsystem wird mit dem hier vorgelegten Gesetzentwurf konkretisiert und langfristig gesichert. Das System der nachrangigen Abfallverwertung hat sich etabliert und bewährt. Kaum ein anderes Land in dieser Welt hat ein so gut organisiertes, funktionsfähiges und umweltfreundliches System.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier in Hessen nur eine geringe Regelungskompetenz. Es geht vor allem darum, die Bundesregelungen zu konkretisieren und unsere Strukturen anzupassen. Das hessische Ausführungsgesetz wird den hohen Standard, den wir seit Jahren haben, festigen und an neue Erfordernisse anpassen.

Nachdem wir im September letzten Jahres an dieser Stelle erstmals über dieses Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes gesprochen haben, fand im November letzten Jahres eine Anhörung im Landtag statt.

Vertreter der HIM und der Arbeitsgemeinschaft der Sonderabfall-Entsorgungs-Gesellschaften der Länder, kurz AGS, haben die Argumente der GRÜNEN, die gegen eine Aufhebung der Andienungspflicht sprachen, scheinbar unterstützt, aber eben auch anerkannt. Vom „Ökodumping“, wie von den GRÜNEN postuliert, wurde allerdings von beiden nicht gesprochen; dafür waren ihre Ausführungen auch viel zu sachlich. Hinter dem, was die GRÜNEN in ih-

rem Antrag „Ökodumping“ nennen, verbirgt sich die Tatsache, dass durch die Abkehr von monopolartigen Organisationsstrukturen die Voraussetzung geschaffen wird, eine Leistung im Wettbewerb günstiger werden zu lassen.

Die Verbände der Wirtschaft, VhU, VCI und IHK, aber auch der Landkreistag und der Hessische Städtetag haben die Aufhebung der Andienungspflicht begrüßt, die in keinem anderen EU-Land so bekannt ist. Ein Anzuhörender des VCI sagte, man möchte mit der HIM freiwillig zusammenarbeiten, es aber nicht gezwungenermaßen tun müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Andienungspflicht hatte vor vier Jahrzehnten, in Zeiten einer mangelhaften Entsorgungskapazität, den Sinn, für Entsorgungssicherheit zu sorgen. Ihren Sinn verlor sie aber bereits zehn Jahre später, als mehr als genügend Kapazitäten bereitstanden, als eine Überwachungsbedürftigkeit durch ein umfangreiches elektronisches Abfallnachweisverfahren mit einem System aus Verbleibkontrolle, Übernahmeprotokoll und Abfallregister nicht mehr zeitgemäß war und auch nicht mehr die Notwendigkeit dafür bestand.

Im Vergleich zu damals hat sich auch die Weiterbehandlung von Sonderabfällen geändert. Heute werden bereits zwei Drittel umweltverträglich verwertet, und nur noch ein Drittel kommt als Beseitigungsabfall für die Andienungspflicht infrage.

Ein Ende der Andienungspflicht erfüllt auch ein anderes, für uns wichtiges politisches Ziel, das wir uns gesetzt haben, nämlich den Bürokratieabbau. Dass in diesem Fall eine Menge an bürokratischem Aufwand entfällt, haben die Vertreter der Wirtschaft in der erwähnten Anhörung deutlich gemacht. Dieser Bürokratieaufwand liegt in der Verankerung der Andienungspflicht in vier Verordnungen begründet.

Das primäre Interesse des Landes ist die verlässliche und umweltverträgliche Entsorgung, und dazu bedarf es nicht zwingend einer Andienungspflicht. Dass man das nicht überall so sieht, darauf habe ich vorhin bereits hingewiesen.

Die Andienungspflicht hat sich überlebt. Es gibt mittlerweile sicherere, verlässlichere und nachvollziehbarere Entsorgungswege für diese Abfälle. Zudem lässt die erfolgte Privatisierung der HIM womöglich wettbewerbsrechtlich ein Aufrechterhalten derzeitiger Strukturen nicht mehr zu.

Deshalb ist es richtig, die Andienungspflicht an ein Unternehmen mittelfristig abzuschaffen. Dabei müssen wir aber planungssicher und praktikabel vorgehen. Alle betroffenen Unternehmen müssen sich auf die Veränderung einstellen können. Wir sehen dabei eine entsprechende Übergangsfrist bis 2014 vor, damit alle Beteiligten in diesem Markt ihr Geschäftsmodell an die neue Lage anpassen können.

Bezüglich der HIM stellt die CDU fest, sie hat auf dem Markt für Sonderabfälle eine gute Position, auch ohne Andienungspflicht. Wie in unserem Änderungsantrag Drucks. 18/7057 aufgeführt, wollen wir die HIM noch bis Mitte 2014, genau bis zum 30.06., als zentralen Träger der Andienungspflicht für gefährliche Beseitigungsabfälle belassen. Hintergrund für die nun um ein halbes Jahr kürzere Übergangsfrist ist eine zwischenzeitlich einvernehmliche Verständigung aller Betroffenen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Als Nächstem erteile ich Herrn Abg. Eckert für die Fraktion der SPD das Wort.

Tobias Eckert (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie haben bei der Einbringung des Gesetzentwurfs in diesem Landtag gesagt – ich zitiere Sie –:

Zum zeitlichen Ablauf. Wir sind in Hessen mit unseren Novellierungsaktivitäten bundesweit an der Spitze.

Es ist schön, dass Sie seinerzeit den zeitlichen Aspekt angesprochen haben. Denn das ist wirklich das Einzige, bei dem wir spitze sind. Frau Ministerin, denn inhaltlich sind wir das mit diesem Gesetzentwurf nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Müller wird wahrscheinlich bestätigen, dass es beim Sport erstrebenswert ist, schneller als andere zu sein. Das ist aber nicht bei der Novellierung der Gesetze der Fall, der die Substanz fehlt.

Gerade dieser zeitliche Aspekt wird jetzt von Ihren eigenen Fraktionen, denen der CDU und der FDP, konterkariert. Einmal wird der 31. Dezember 2013, ein anderes Mal der 30. Juli 2013 vorgesehen. Das ist ein Hin und Her. Frau Ministerin, da das hin und her geschoben wird, erhebt sich die Frage, was noch von dem Fetisch „Wir waren die Ersten“ bleibt.

Die einzig schwerwiegende Änderung mit diesem Gesetzentwurf wird der Wegfall der Andienungspflicht an die HIM sein. Den wollen Sie jetzt weiter nach hinten schieben. Frau Puttrich, damit erhebt sich die Frage: Warum die ganze Hatz?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben bei Ihrer Rede zur Einbringung des Gesetzentwurfs gesagt, inhaltlich beschränke sich der Gesetzentwurf auf redaktionelle Änderungen. Auch hier zitiere ich wieder:

..., das ist nicht so ganz aufregend.

Ja, das ist richtig. Aber ich kann Ihnen dazu nur sagen: schade. Es ist schade, dass Sie sich von Ihrem eigenen inhaltlichen Anspruch hinsichtlich der Abfallwirtschaft verabschieden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Hinsichtlich der Frage der Abfallvermeidung, hinsichtlich der Frage der Überwachung der gefährlichen Abfälle und hinsichtlich der Frage nach einem wirklich umfassenden Abfallwirtschaftskonzept in den Landkreisen und kreisfreien Städten unseres Landes hat man mit diesem Gesetzentwurf weiterhin überhaupt keine Ambitionen. Sich dem Grundsatz der Förderung der Kreislaufwirtschaft und dem dort beschriebenen Grundsatz „Vermeidung vor Verwertung und Beseitigung“ zu verschreiben ist vor dem Hintergrund der immer stärker zunehmenden Bedeutung der Rohstoffwirtschaft der richtige Ansatz.

Uns fehlen in diesem Gesetzentwurf weiter gehende Anreize, damit der Müll überhaupt nicht entsteht. Zum anderen

müssen aber die entstandenen Abfälle idealerweise so verwertet werden können, dass sie den vorhandenen Rohstoffen in der Kreislaufwirtschaft wieder zugeführt werden können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Bereits während der ersten Lesung habe ich gesagt, dass bei der Abschaffung der Andienungspflicht der Teufel im Detail steckt. Die Anhörungsunterlagen und insbesondere die Anhörung im Ausschuss haben noch einmal aufgezeigt, dass die durch Bundesgesetz vorgegebenen Mechanismen derzeit offenbar nicht ausreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann aber auf der einen Seite ein Verfahren nicht abschaffen, wenn ich auf der anderen Seite keine überzeugenden Antworten geben kann, wie ich die Kontrolle denn gewährleisten will. Deswegen ist das völlig richtig, was in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschrieben wird: Der Hauptfehler im Konstrukt der Andienungspflicht, so wie wir sie derzeit haben, entstand in der Zeit der Alleinregierung der CDU mit der Privatisierung der HIM. Wenn das gleiche Unternehmen, das die Abfälle zuteilen soll, auch eigene Entsorgungsanlagen betreibt, dann kann doch an dem System etwas nicht richtig sein.

Dass man das verändern will, ist richtig. Aber einfach etwas abzuschaffen, ohne Alternativen zu bieten, kann nicht der richtige Weg sein.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir haben uns im Umweltausschuss damit befasst, wie im Land Hessen aktuell die Kontrollpraxis hinsichtlich gefährlicher Abfälle aussieht. Da haben wir hier im Lande Hessen im Jahr 2013 die klare Aussage von Praktikern bekommen: Mit dem derzeitigen elektronischen Nachweisverfahren finden wir die weißen Schafe, nicht die schwarzen. – Viel deutlicher kann ich es doch nicht machen, dass da offensichtlich vieles im Argen liegt und das System, so wie wir es haben, nicht richtig funktioniert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deswegen muss zweierlei getan werden. Zum einen muss man sich auf der Bundesebene für Veränderungen einsetzen. Auf der anderen Seite müssen in Hessen Kontrollinstrumente jenseits der privatisierten HIM geschaffen werden. Das wären die richtigen Ansätze und Wege. Es ist traurig, dass aus dem Ministerium nichts dergleichen zu hören ist. Sich einzig und allein auf den Zeitfaktor zu beschränken ist zu wenig. Aber das ist nun einmal so, wenn man sich auf den zeitlichen Faktor beschränkt und die Inhalte dabei vergisst.

Frau Ministerin, nicht alle alten Sprüche sind richtig und zutreffend. Ich glaube, der Spruch „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ hätte Ihnen da deutlich besser getan. Lassen Sie es einfach so, wie es ist. Lassen Sie uns die Zeit nehmen, ein richtiges Gesetz hinzubekommen. Dieser Gesetzentwurf, so wie Sie ihn vorgelegt haben, ist es unserer Auffassung nach nicht.

Ich hatte beim letzten Mal davon gesprochen, dass dieser Gesetzentwurf deutlich Luft nach oben hat. Diesen Spielraum haben Sie nicht genutzt.

Hessen wird mit diesem Gesetz nicht Vorreiter beim Abfallrecht werden. Von diesem Anspruch haben sich die Regierungsfractionen dieses Hauses schon vor einiger Zeit verabschiedet. Inhalte sollten uns wichtiger als der bloße zeitliche Aspekt sein. Der zeitliche Aspekt mag beim Sport eine Rolle spielen. Aber uns sollten die Inhalte wichtiger sein. Diesem Gesetzentwurf mit seinen Fehlern können wir dann so auch nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort erhält nun Frau Abg. Dorn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Hier erleben wir ein weiteres Beispiel dafür, dass die Opposition arbeitet und Lösungen für Probleme sucht, während die Regierung nichts tut.

(Lachen des Abg. Kurt Wiegel (CDU))

Ein weiterer Punkt. Sie haben im Jahr 2006 einen großen Fehler gemacht. Da haben Sie die HIM privatisiert. Wir haben das als GRÜNE damals abgelehnt.

Da ist übrigens auch ein großes finanzpolitisches Problem. Wenn das bekannt gewesen wäre, was man im Nachhinein wusste, hätte man das sicherlich nicht gemacht. Ich denke, da würden Sie mir sogar zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Dr. Arnold sicherlich nicht! Er sagt immer: privat vor Staat!)

Sie wollen mit dieser Gesetzesnovelle die Andienungspflicht aufheben. Das ist die Pflicht, dass nur ein Unternehmen alle gefährlichen Abfälle bekommt.

Sie sind schuld daran, dass das Unternehmen, das im Moment die Andienungspflicht hat, privatisiert wurde. Das ist Ihre Schuld. Jetzt haben Sie den Schlamassel.

(Zuruf des Abg. Ulrich Caspar (CDU))

– Das sehen Sie als Verdienst an? – Sie haben einem Unternehmen jahrelang eine Monopolstellung eingeräumt. Es hat alle gefährlichen Abfälle bekommen. Das sehen Sie als Ihr Verdienst? – Ich sehe das als ein großes Problem an, das Sie da geschaffen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wollen Sie diese Andienungspflicht ohne jegliche Lösung einfach abschaffen. Das soll einfach in den freien Wettbewerb.

Wir reden hier über Sondermüll. Es gab einen Grund, weshalb damals die Andienungspflicht in den Siebzigerjahren eingeführt wurde. Damals wurde nämlich Sondermüll einfach illegal entsorgt. Es gab damals riesige Probleme. Deswegen wurde die Andienungspflicht eingeführt.

Jetzt wollen Sie diese einfach abschaffen. Es gibt ganz wenige Beispiele in anderen Bundesländern, mit denen man

das überhaupt evaluieren könnte. Klar ist: Das, was Sie vorhaben, ist ganz schön gefährlich. Das Problem ist doch, dass der Sondermüll ein Produkt ist, bei dem man schauen muss, ob es gerade wirtschaftlich ist, ihn zu verwerten.

(Clemens Reif (CDU): Sondermüll ist kein Produkt, sondern Abfall!)

– Sondermüll ist Abfall. Man kann ihn eventuell noch verwerten.

(Zuruf von der CDU: Dann wird er zum Wertstoff!)

– Sie können mir hier jetzt alle möglichen fachlichen Beispiele zurufen. Das Problem ist aber, dass Sie keine Lösung dafür haben, was wir machen sollen, wenn – –

(Clemens Reif (CDU): Wenn man kritisiert, muss man auch exakt sein!)

– Oh Gott. Sie haben heute ein besonderes Problem mit mir. Unabhängig davon, was ich hier sage, müssen Sie mich unterbrechen. Sie hören mir nicht zu. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen als einzige Fraktion im Landtag einen ganz konkreten Vorschlag gemacht, was wir machen könnten, damit wir eine sichere, wirtschaftliche und kostengünstige Entsorgung des Sondermülls haben. Da Sie nicht zuhören, werden Sie auch nie verstehen – –

(Clemens Reif (CDU): Ich höre zu!)

– Ich bin gespannt, zu erleben, ob Sie jetzt zuhören.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen das Monopol der HIM abschaffen. Das ist ganz klar. Aber wir wollen eine hohe Qualität der Abfallentsorgung haben.

Es würde Probleme geben, wenn Sie einfach nur die Andienungspflicht abschaffen. Es würde dann um Ökodumping, Scheinverwertung und Mülltourismus gehen. Gerade wenn ein Unternehmen nur kleine und besondere Mengen Abfall hat, dann geht es um die Frage: Haben die den gleichen Zugang wie andere?

Es geht einfach darum, ob alle den gleichen Zugang haben, wenn sie ihren Müll weitergeben wollen, oder ob sie gezwungen sind, ihn weit über Ländergrenzen hinweg zu verschieben, vielleicht sogar international. Sie aber sagen, das sei alles kein Problem. Wir lebten jetzt im Jahr 2013 und hätten dieses wunderbare elektronische Nachweisverfahren.

Wenn es mir als Oppositionspolitikerin nicht gelungen wäre, mit viel Mühe einen Experten zu finden, der dieses elektronische Nachweisverfahren besser erklären kann, dann hätten wir uns mit dem Anschauen einer Power-Point-Präsentation mit lauter netten Bildern begnügen müssen. Die Experten, die Sie gebracht haben, konnten auf alle unsere Fragen keine Antwort geben. Glücklicherweise konnte ich noch einen anderen Sachverständigen aufreiben, und das hat mich, aus der Opposition heraus, wirklich viel Mühe gekostet. Der hat das eigentliche Problem beim elektronischen Nachweisverfahren erklärt.

Auf Bundesebene wurde ein Nachweisverfahren eingerichtet, das im Vollzug für uns Länder unglaublich schlecht ist. Dieses Nachweisverfahren kann nicht einmal über die Grenzen von Bundesländern hinweg sagen, wohin ein bestimmter Abfallstoff gelangt ist. Es kann die wesentlichen Prinzipien der Abfallentsorgung überhaupt nicht garantieren.

ren, wie beispielsweise den Vorrang der Verwertung bei gefährlichem Müll. All das kann es nicht garantieren.

Es gibt sehr viele privilegierte Entsorger, und die sind noch schlechter zu kontrollieren. Der Sachverständige hat es sehr deutlich gemacht: Dieses elektronische Nachweisverfahren wirkt nicht.

Wir hatten den Fall Woolrec. Darüber haben wir lange diskutiert.

(Zuruf des Abg. Frank Sürmann (FDP))

Dazu sage ich nur eines: Wenn wir auf Landesebene aus dem Fall Woolrec eines lernen können, dann das, dass dieses elektronische Nachweisverfahren überhaupt nicht funktioniert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir haben den Vorschlag gemacht.

Präsident Norbert Kartmann:

Haben Sie das eben gehört?

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gibt es eine unabhängige Stelle für die Andienungspflicht. Die kontrolliert dann die Wege des Abfalls. Das ist kostengünstig, denn es geht über Gebühren. Es ist sicher, denn der Müll wird nicht überall in der Welt herumgekartt, sondern wird ganz dezentral dort entsorgt, wo es zulässig ist. Das wäre eine Lösung. In anderen Bundesländern funktioniert das wunderbar. Sie aber glauben an den freien Wettbewerb und wollen nicht nach links und rechts schauen. Das ist sehr schade.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Timon Gremmels (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Sürmann für die Fraktion der FDP.

Frank Sürmann (FDP):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde es jetzt ganz kurz machen, um Ihre Geduld nicht länger zu missbrauchen. Aber ein Wort zum Kollegen Eckert.

Auf der einen Seite haben Sie uns hier dargestellt, dass das System, so wie es im Moment ist, funktioniert, dass alles gut ist – und in einem Gedankensprung haben Sie dann gesagt, dass das System, das wir einführen wollen, nicht richtig funktioniert, und sind dann wieder zurückgekommen und haben gesagt, so, wie das System jetzt ist, funktioniert es auch nicht richtig.

Was Sie da gesagt haben, war nicht zu verstehen. Entweder funktioniert es, wie es jetzt ist, und dann ist das neue nicht in Ordnung, oder umgekehrt. Dass aber beides nicht funktioniert, das kann nicht wahr sein.

Frau Dorn hat es so ähnlich gemacht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wider besseres Wissen behaupten Sie hier immer wieder, das elektronische Nachweissystem würde nicht funktionieren.

Dass Woolrec ein schlechtes Beispiel ist, wissen Sie selbst. Die haben mit fast krimineller Energie Stoffe nach Nordrhein-Westfalen transportiert, die nicht als Abfall deklariert waren und deshalb dort zu Unrecht gelagert wurden, mit den entsprechenden Konsequenzen. Die Firma hatte diese Konsequenzen auch zu tragen.

Das elektronische Nachweissystem – so wurde es in der Anhörung von Frau Dr. Hellmann vorgestellt – funktioniert sehr wohl. Nun hat man endlich eine Möglichkeit, den Abfall so lange nachzuverfolgen, bis er beim Entsorger angelangt ist. Wenn das aber nicht in der vorgegebenen Frist beim Entsorger ankommt, gibt es heiße Ohren für denjenigen, der das transportiert: Dann funktioniert die Maschinerie der Nachforschung.

Es ist doch vernünftig, das so zu regeln, anstatt ständig eine Information darüber zu bekommen, in welchem Bundesland der Transport gerade herumfährt.

Ansonsten hat der Kollege Landau richtig ausgeführt, dass dieser Gesetzentwurf im Wesentlichen Anpassungsvorschriften enthält. Wir haben der HIM nochmals eine kurze Übergangsfrist eingeräumt, damit sich das Unternehmen an die neuen Regelungen anpassen kann, an die veränderte Marktlage. Wir zweifeln überhaupt nicht an der Vernünftigkeit der Abschaffung der Andienungspflicht. Bitte tun Sie doch nicht so, als ob die HIM von heute auf morgen verschwinden würde. Das ist ein privates Unternehmen, das mit seinen Entsorgungsanlagen hervorragend ausgestattet ist. Mit Sicherheit werden die nach wie vor im Wesentlichen in Hessen beauftragt werden, weil sie als hier ansässige Firma selbstverständlich einen Standortvorteil haben. Es ist doch Augenwischerei, hier so zu tun, als ob von heute auf morgen das alles verschwinden würde.

Die gefährlichen Abfälle können ordentlich entsorgt werden. Es gibt für die Unternehmer eine gewisse Freiheit, dass sie auch woanders hingehen können, wenn sie den Entsorgungsweg nachweisen.

(Günter Rudolph (SPD): Sie wollten es doch kurz machen!)

Das nenne ich Freiheit und Selbstverantwortung, wie es sich gehört: unter Berücksichtigung größtmöglicher Sicherheit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Jetzt liegt mir noch die Wortmeldung von Frau Staatsministerin Puttrich vor. Bitte schön.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Über die Gründe und Inhalte des Gesetzentwurfs habe ich bei der Einbringung, bei der ersten Lesung, bereits gesprochen. Deshalb möchte ich jetzt die Gelegenheit nutzen, die wesentlichen Aspekte der Expertenanhörung vom 29. November aufzugreifen.

Zum Ersten geht es um den Wegfall der Andienungspflicht. Um das kompetent beurteilen zu können, muss man sich schon mit der Vergangenheit befassen. In den Siebzigerjahren gab es bei den Sonderabfallanlagen einen Engpass und in dessen Folge eine Reihe von Umweltskandalen durch illegale Sonderabfallbeseitigung. Um diesem Problem entgegenzuwirken, wurden damals ein Träger für die Sonderabfallentsorgung sowie eine Überlassungspflicht für Sonderabfälle geschaffen.

Diese Gründe, die eine quasi monopolartige Organisationsform der hessischen Sonderabfallentsorger gerechtfertigt hatten, bestehen heute nicht mehr. Insbesondere ist der frühere Anlagenengpass heutzutage nicht mehr gegeben.

Zweiter Punkt: die Abfallüberwachung und das elektronische Nachweisverfahren, das hier eben kritisiert wurde.

Das elektronische Nachweisverfahren ist durch Bundesrecht bundeseinheitlich geregelt. Hierdurch besteht auch eine ausreichende Überwachungssicherheit für gefährliche Abfälle. Wie das bei der Anhörung durch die Expertinnen und Experten des Regierungspräsidiums in Darmstadt veranschaulicht wurde, wird durch das Nachweisverfahren sichergestellt, dass alle gefährlichen Beseitigungsabfälle einem gemeinwohlverträglichen Entsorgungsverfahren zugeführt werden. Das Nachweisverfahren dient der Überwachung der ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung gefährlicher Abfälle von der Anfallstelle über den Transport bis zur Entsorgungsanlage. Abg. Sürmann hat das eben dargelegt.

Entgegen den Befürchtungen der Opposition ist die Überwachung auch dann gewährleistet, wenn der Abfall den Weg vom Erzeuger in unterschiedliche Behandlungsanlagen außerhalb Hessens nimmt. Für diese Fälle gibt es in Hessen und in anderen Bundesländern spezielle Ämter, sogenannte Inselämter, in denen bundeslandübergreifend Kontakt aufgenommen werden kann. Gibt es also Fragen zur Entsorgung, die mehrere Bundesländer betreffen, dann können die betreffenden Informationen über diese sogenannten Inselämter abgefragt werden.

(Unruhe)

Das funktioniert auch, wenn mehrere Landesgrenzen überschritten werden. Das heißt, neben dem Nachweisverfahren kontrollieren die Abfallbehörden die Entsorger sowie die Entsorgungsanlagen zusätzlich vor Ort.

(Unruhe)

Nun doch noch zwei, drei Sätze zur HIM. Die HIM hat in Hessen niemals Überwachungsaufgaben wahrgenommen. Überwachung ist in Hessen von jeher Aufgabe der Regierungspräsidien, und die vollziehen das kompetent und effektiv.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Deshalb ist auch der Wegfall der Andienungspflicht kein Umweltrisiko.

Der Fall Envio aus Nordrhein-Westfalen, der hier als Beispiel genannt wird, ist nicht vergleichbar. Dort ging es um Umweltbeeinträchtigungen nicht bei der Beseitigung, sondern bei der Verwertung. Dort wurde vorsätzlich getäuscht, und das hätte auch durch ein aufwendiges Überwachungssystem nicht verhindert werden können. Insofern passt dieses Beispiel schlicht und einfach nicht.

Frau Dorn, lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines klarstellen. Seit ihrer Gründung im Jahr 1972 ist die HIM eine private Gesellschaft. Sie wurde also nicht privatisiert, seit 1972 ist sie eine private Gesellschaft. Im Jahr 2006 wurde die HIM nicht privatisiert, sondern das Land hat seine Anteile verkauft.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nennt man normalerweise Privatisierung!)

Wenn man hier Sachverhalte darstellt, dann sollte man sie klar und richtig darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Die Monopolstellung besteht seit 1978, als die HIM zum Träger der Sonderabfallentsorgung bestimmt wurde.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Die Abschaffung dieser Monopolstellung ist überfällig.

Fazit: Mit der Aufhebung der Andienungspflicht wird eine unnötige bürokratische Last wegfallen. Durch den künftig möglichen Wettbewerb der Entsorger wird sich ein positiver Effekt auf die Kosten für die Entsorgung gefährlicher Abfälle für die betroffenen hessischen Unternehmen ergeben – die Entsorgung dennoch nicht unsicher werden. Schließlich können das Entsorgungsunternehmen und der Entsorgungsweg künftig frei gewählt werden. Wie bereits ausgeführt geht es hier um alles andere als ein Umweldumping, sondern schlicht und einfach um eine verantwortungsvolle Entsorgungsmöglichkeit. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das nennt man eine Punktlandung!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache beendet.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/7057. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass der Änderungsantrag mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der LINKEN angenommen worden ist.

Wir kommen nun in zweiter Lesung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz, Drucks. 18/6977 zu Drucks. 18/6180, in der jetzt gültigen Fassung. Wer dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zustimmen kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen

der SPD, der GRÜNEN und der LINKEN angenommen und zum Gesetz erhoben worden ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 13, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ökodumping bei Sonderabfällen verhindern, Drucks. 18/6744. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass der Antrag mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stim-

men der SPD, der GRÜNEN und der LINKEN abgelehnt worden ist.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf hinweisen, dass uns die Feuerwehr zu einem parlamentarischen Abend einlädt. Ich verabschiede Sie bis morgen früh, 9 Uhr.

(Schluss: 19:02 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)**Frage 824 – Abg. Dr. Thomas Spies (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie den Vorschlag des Berliner Senators Czaja, CDU, zur Verkürzung der Altenpflegeausbildung?

Antwort des Sozialministers Stefan Grüttner:

Die Vereinbarung zur „Ausbildungs- und Qualifizierungs-offensive Altenpflege“ wurde am 13. Dezember 2012 von den Beteiligten unterzeichnet. Neben dem Vereinbarungstext war auch der Wortlaut des Gesetzes zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege zwischen allen Beteiligten abgestimmt.

Der Vorschlag des Landes Berlin nach der Anfügung eines neuen Satzes 2 in § 4 Abs. 6 Altenpflegegesetz (AltPflG) entspricht nicht dem zwischen den Beteiligten erzielten Kompromiss. Dem Vorschlag kann deshalb im Zusammenhang mit der „Ausbildungs- und Qualifizierungs-offensive Altenpflege“ nicht zugestimmt werden.

Frage 825 – Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Umstände haben sie neuerlich daran gehindert, die Kleinen Anfragen Drucks. 18/6836 sowie 18/6838 bis 18/6844 innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgegebenen Frist zu beantworten?

Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch:

Die insgesamt acht Kleinen Anfragen mit den Drucksachennummern 18/6836 sowie 18/6838 bis 18/6844 wurden alle am 7. Januar vom Landtag übermittelt. Diese sind inzwischen sämtlich beantwortet. Gerade Ihnen ist bewusst, dass unsere Geschäftsordnung mit gutem Grund für Große Anfragen eine wesentlich längere Frist als sechs Wochen vorsieht. Dennoch ist meine Fachabteilung redlich bemüht, sämtliche Fragen der Abgeordneten des Hessischen Landtags umfassend und fachlich fundiert zu beantworten.

Aufgrund der Vielzahl der von Ihnen eingereichten Anfragen und des dadurch umfangreichen fachlichen Abstimmungsbedarfs für die Antworten bitte ich um Verständnis, wenn die Antworten teilweise um wenige Tage verspätet eintreffen.

Selbstverständlich haben die Abgeordneten Anspruch auf umfassende und schnelle Information. Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neben der Bearbeitung der Anfragen der Abgeordneten auch noch Gelegenheit gegeben werden muss, der ordentlichen Verwaltungsarbeit nachzugehen; denn nur dies schafft auch zufriedene Abgeordnete.

Frage 830 – Abg. Dr. Thomas Spies (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie einen Entwurf zur Novelle des Freiheitsentziehungsgesetzes bzw. für ein Gesetz zur Unterbringung psychisch kranker Menschen einbringen?

Antwort des Sozialministers Stefan Grüttner:

Die Landesregierung erarbeitet derzeit einen Entwurf für ein Hessisches Gesetz zur Unterbringung psychisch kranker Menschen. Hieran anschließend wird der Gesetzentwurf eingebracht werden.

Frage 831 – Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wer hat die Räumung des Frankfurter Sigmund-Freud-Institutes am 18. Februar 2013 angeordnet, obwohl die Zwischennutzung der leer stehenden Räumlichkeiten von der Geschäftsführung des Institutes bis zum 24. Februar 2013 toleriert war?

Antwort der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann:

Das Gebäude Myliusstraße 20 steht derzeit leer, weil die Sanierung und Erweiterung des Sigmund-Freud-Instituts, die im Landshaushalt mit rund 5,34 Millionen € etatisiert ist, durchgeführt wird.

Eigentümer der Liegenschaft ist das Land Hessen. Diese ist der Stiftung Sigmund-Freud-Institut zur Nutzung überlassen. Der Überlassungsvertrag regelt, dass die Stiftung das Hausrecht ausübt.

Nach Auskunft des Geschäftsführenden Direktors der Stiftung Sigmund-Freud-Institut, Herrn Prof. Dr. Dr. Haubl, hat das Direktorium am Nachmittag des 18.02.2013 im Rahmen einer Sondersitzung einstimmig beschlossen, die Studierenden zu bitten, das Gebäude zu verlassen. Dieser Bitte sind die Studierenden nachgekommen. Die Entscheidung des Direktoriums sei das Ergebnis einer Abwägung mit dem obersten Ziel gewesen, Schaden von der Stiftung Sigmund-Freud-Institut abzuwenden.